

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	17
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24

VERBÄNDE



Thema. Umwelt im Web 2.0	28
DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Partizipative Bildungsansätze	
Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung	

THEMEN DES MONATS

Stadtentwicklung

Vitaminopolis

In Städten erzeugte Lebensmittel und „neue Gärten“ sind eine Antwort auf die Wirtschaftskrise

Seite 2

Biochar

Klimaretter oder Bumerang?

Biokohle soll die Klima- und Ernährungskrise lösen, könnte aber noch mehr Monokulturen bringen

Seite 4

Moderne Kolonisierung

Schlafender Riese und sozialer Sprengsatz

Die Guinea-Savanne in Afrika soll für die industrielle Landwirtschaft erschlossen werden

Seite 6

Umweltverbände

Naturschützer zu Unternehmern gemacht

Die Europäische Kommission könnte Naturschutzverbänden den finanziellen Boden wegziehen

Seite 8

Interview: Ostdeutsche Seen

„Ufer frei!“

Brandenburgs Naturfreunde haben eine Kampagne gegen die Privatisierung von Biotopen gestartet

Seite 19

Nachhaltige Stadtentwicklung

Vitaminopolis

In Städten erzeugte Lebensmittel und „neue Gärten“ sind eine Antwort auf die Wirtschaftskrise

Die Rückkehr der Landwirtschaft in unsere Städte ist eine Reaktion auf die Ressourcenknappheit. Aber Gemeinschaftsgärten, die gestiegene Bedeutung innerstädtischen Grüns und eine neue Kultur des Selbermachens sind auch Zeichen von kreativer Eigeninitiative. Re-Lokalisierung statt Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion kann die Zukunft der Städte nachhaltig verändern. ■ VON CHRISTA MÜLLER, STIFTUNGSGEMEINSCHAFT ANSTIFTUNG & ERTOMIS

Die westlichen Gesellschaften haben sich von den Grundlagen der Versorgung scheinbar losgelöst. Jedoch wird heute mehr und mehr deutlich, dass es eine Illusion war zu glauben, man könnte Gesellschaft und Natur voneinander trennen, Menschen auf den Konsumentenstatus reduzieren und die Welt ungestraft als Rohstofflager für Privilegierte zurichten. Mit dem Versiegen des Erdöls steht nun zuallererst eine industrialisierte Nahrungsmittelproduktion zur Disposition, die vom unmittelbaren Bodenzugang abgekoppelt, globalisiert und komplett an den Konsum gehängt wurde. Stattdessen gewinnt eine Re-Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion mehr und mehr Terrain, und die Städte selbst geraten in den Blickpunkt als Stätten landwirtschaftlicher Produktion.

„Essen um die halbe Erde zu bewegen wird bald kurios erscheinen“

Der US-amerikanische Journalist Michael Pollan sagte im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 16. Februar: „... wir müssen uns mehr mit urbaner Landwirtschaft auseinandersetzen, das Potenzial zur Nahrungsmittelerzeugung in den Städten viel besser ausnützen. ... je knapper das Öl wird, desto wichtiger wird es, Äcker in der Nähe der Städte zu erhalten. So, wie man Naturschutzgebiete nicht als Bauland nutzen darf, werden wir auch für Äcker Schutzregelungen schaffen müssen. ... Die Vorstellung, unser Essen um den halben Erdball zu transportieren, wird sehr bald sehr kurios erscheinen.“

Dass die Frage der Rückkehr der Landwirtschaft in unsere Städte allerdings nicht

nur eine Frage der Ressourceneffizienz ist, zeigen die vielfältigen Dimensionen der „neuen Gärten“ schon heute. Das berühmte Foto von Michelle Obama, auf dem sie inmitten einer ethnisch bunt gemischten Kinderschar in einem Gemüsebeet am Weißen Haus kniet und Salat erntet, ist ein wichtiger Bestandteil der neuen symbolischen Politik der US-amerikanischen Regierung. Vom Gemüsebeet aus senden die Obamas effektiv und erfolgreich ihre Botschaften in die Welt: „Ernährt euch gesund! Wir hier im Weißen Haus tun das auch. Nehmt die Geschicke eures Lebens in die eigenen Hände! Verlasst euch nicht auf Saatgutmultis! Baut euer eigenes, lokales Gemüse an, das empfehlen wir sogar unserem Landwirtschaftsministerium!“⁽¹⁾ Bewegt euch an der frischen Luft! Gründet Community Gardens⁽²⁾, stellt euch in den Dienst für andere, macht was Schönes zusammen und bildet neue kleine Gemeinschaften!“

Gärten und Selbermachen erschließen neue soziale Räume

Auch in Deutschland boomen Gärten als neue Sozialräume. Nachdem die Interkulturellen Gärten schon seit über einem Jahrzehnt Furore machen⁽³⁾, tauchen in letzter Zeit immer mehr Akteure im öffentlichen Raum auf und reklamieren, dass sie ihr Gemüse lieber selbst anbauen möchten. Sie begrünen ohne zu fragen die Straßen, in denen sie wohnen, pflegen Baumscheiben, entmüllen brachliegende Flächen, übernehmen städtische Parks in Eigenregie und legen dort Gemüsebeete an.

Nicht nur das Gärtnern, sondern das Selbermachen generell, der Versuch, das

Eigene in einer tendenziell vereinnahmenden und kolonisierenden Dominanz des Marktes neu zu entdecken und zu kultivieren, prägt die Identitätsfindungsversuche gerade jüngerer Generationen. Die aufmerksam zur Kenntnis genommene Publikation „Marke Eigenbau“⁽⁴⁾ der Journalisten Holm Friebe und Thomas Ramge (umwelt aktuell 05.2009, S. 32) beleuchtet die Perspektiven, die ein postfordistisches Gesellschaftsmodell bieten könnte, in dem nämlich das Handwerk eine Renaissance und das Selbermachen eine Revolution erleben sollen. Vorboten einer neuen „Kultur des Selbermachens“, die von den Autoren als Grundlage einer selbstreflektiven, auf global ausgehandelten Fairnessregeln beruhenden Ökonomie gesehen wird, kündigen sich bereits in Webportalen für selbst hergestellte Produkte, neuen Märkten für

Tagung im Oktober

Welche neuen Formen des städtischen Gärtners in den letzten Jahren entstanden sind und was sie über mögliche Zukünfte der Stadt aussagen, damit beschäftigt sich die Tagung „Urbane Landwirtschaft und Gärten. Zur Zukunft der Stadt“ vom 23. bis 25. Oktober in der Evangelischen Akademie Tutzing. Neben Naturerleben und ästhetisch-bildlichen und historischen Dimensionen geht es auch um die Klimarelevanz von Gärten und um nachhaltige Stadtentwicklung. Subsistenz, Bauernhöfe in der Stadt und die Vermarktung ihrer Produkte sind ebenfalls Thema.

► Programm: www.anstiftung-ertomis.de

ökologische Waren und der boomenden Open-Source- und Peer-Economy- oder Allmende-Bewegung⁽⁵⁾ an. Auch die neuen Gärten werden immer häufiger in diesem Kontext reflektiert.

Globales Kapitel verdampft, Wertschätzung für Subsistenz wächst

City Farms, Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten, Interkulturelle Gärten oder das Guerilla Gardening, eine Aktionsform im öffentlichen Raum, um für die Bedeutung von innerstädtischem Grün zu sensibilisieren, sind Orte des Gemüseanbaus und Ausdruck neuen politischen Handelns zugleich. Man gründet sie auch, um die Bewohner des Viertels besser kennenzulernen, gerade auch die, die man sonst womöglich nicht treffen würde. Auch Ansprüche auf Teilhabe an der Kiezentwicklung, darauf, Nachbarschaften mitzugestalten und sich nicht sämtliche Nutzungsformen des öffentlichen Raums von der Stadtplanung vorschreiben zu lassen, nutzen den Garten als Basisstation. Diese zivilgesellschaftlichen Formen der Eigeninitiative zeichnen ein neues Bild des Verhältnisses von Stadt und Land und zeigen, dass Städte nicht per definitionem Orte des passiven Konsums sind, sondern auch Schauplatz von kreativen Neuaneignungen.

Warum ausgerechnet der Nutzgarten immer öfter zum Ausgangspunkt urbaner Kreativität wird, ist eine Frage, der in Zukunft sicher noch viel Aufmerksamkeit zukommen wird. Das, was der Garten zunächst bietet, ist die Möglichkeit zur Kommunikation, obwohl er gerade nicht – wie etwa ein Begegnungszentrum – explizit auf Begegnung ausgerichtet ist. Man geht in den Garten, um Kartoffeln anzubauen oder um sich unter einen Baum zu setzen. Man kann sprechen, man muss aber nicht. Man kann einfach nur verweilen. Oder gießen, auch einmal auf Nachbarbeeten, wenn andere verhindert sind. Man kann Überschüsse vom eigenen Beet verschenken. Sich in Kooperation üben. Unweigerlich kommt man in Kontakt mit anderen – und damit immer auch in Kontakt mit sich selbst. Über dem Garten liegt ein großer Sinnkontext. Es ist der Sinnkontext

der Produktivität, der Versorgung, der Zuwendung und nicht zuletzt der neuen Ideen für eine zukunftsfähige Gestaltung des Gemeinwesens.

Bedingt durch vielfältige sozial-kulturelle Konstellationen und befeuert durch die aktuelle Finanzkrise lässt sich zunächst generell eine steigende Wertschätzung von Subsistenz beobachten. Geld, und mit ihm der Zugang zu materiellen Wohlstandswerten, „verdampft“ quasi vor unseren Augen. Gleichzeitig steigen immaterielle Werte im Kurs: Freundschaft, Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken, neue Erfahrungen von Heimat, die Fähigkeit zur Ruhe zu kommen, ein gutes Essen oder einfach den Moment genießen zu können. Auch die längerfristig angelegte sinnliche Erfahrung, Lebensmittel selbst anzubauen und zu ernten, darüber Wachstumszyklen zu beobachten und sich als produktiven Teil der städtischen Natur wahrzunehmen, hat Konjunktur. Die „neuen Gärten“ geben Antworten auf Fragen, die weit über den Anbau von Obst und Gemüse hinausweisen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Burros, M.: First Lady at Agriculture Department, The Caucus. The Politics and Government Blog of the New York Times, 19. 02. 2009
- ▶ (2) www.communitygarden.org
- ▶ (3) www.stiftung-interkultur.de
- ▶ (4) Friebe, H.; Ramge, T.: Marke Eigenbau. Der Aufstand der Massen gegen den Massenkonsum. Campus, Frankfurt/M. 2008, 288 S., 19,90 €, ISBN 978-3-593-38675-1
- ▶ (5) Open-Source- und Peer-Economy- oder Allmende-Bewegung sind ökonomische Alternativen, die sich unter anderem mit dem Zugang zu Wissen, dem Tauschen und Teilen sowie Gemeinschaftsgütern und -wissen beschäftigen. Mehr unter www.commonsblog.de

Die Soziologin Dr. Christa Müller ist geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis und der Stiftung Interkultur in München.

Kontakt:
Tel. +49 (0)89 /
747460-19, Fax -30,
E-Mail: christa.mueller@anstiftung-ertomis.de
www.anstiftung-ertomis.de
www.stiftung-interkultur.de



Neues Denken, neue Cancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

Hans-Peter Dürr

Warum es ums Ganze geht
Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-173-8

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



GANZE

Biochar

Klimaretter oder Bumerang?

Biokohle soll die Klima- und Ernährungskrise lösen, könnte aber noch mehr Monokulturen bringen

Biochar vollbringt in Ackerböden wahre Wunder, kann das Klima retten und den Welthunger besiegen – sagen seine Verfechter. Doch in der Umwelt- und Klimabilanz bleibt vieles offen. Wenn Biocharprojekte wie beantragt in den CO₂-Handel aufgenommen werden, wird das zu neuen Monokulturen führen. ■ VON ALMUTH ERNSTING, BIOFUELWATCH

Biochar ist ein Wundermittel. Diese Substanz „ermöglicht eine der wenigen nachhaltigen Strategien, um die Waldzerstörung und zugleich den Hunger unter Kleinbauern an den Waldrändern zu beenden“ und gleichzeitig das Klima zu retten – so wirbt jedenfalls die belgische Firma Biochar Fund für ihr Produkt.⁽¹⁾ Biochar ist Holzkohle oder sogenannte Biokohle aus Holz und anderer Biomasse, die in landwirtschaftliche Böden eingebracht wird. Biochar Fund ist es gelungen, den Kongobecken-Waldfonds zu überzeugen, Geld für ein Biochar-Projekt des Unternehmens in der Demokratischen Republik Kongo bereitzustellen.

Beim Biochar-Konzept wird zunächst sämtliche Biomasse als CO₂-neutral angesehen. Vernachlässigt wird dabei eine Lehre aus dem Agrospritboom: Wenn die globale Nachfrage nach Biomasse plötzlich in die Höhe geht, müssen wir davon ausgehen, dass die „Landwirtschaftsfront“ weiter in Regenwälder und andere Ökosysteme vordringt und dass noch mehr Kleinbauern und Indigene ihr Land an Plantagenunternehmen verlieren, die ihrerseits von fossilen Brennstoffen abhängig sind – ein Desaster für das Klima.

Die „CO₂-neutrale“ Biomasse wird nun zu Biokohle verarbeitet. In den meisten Fällen geschieht das durch Pyrolyse, wobei die Biomasse ohne Sauerstoff für kurze Zeit hohen Temperaturen ausgesetzt wird. Dabei entstehen sowohl zwei Arten von Brennstoff, die zu Agrosprit weiterverarbeitet werden können, als auch Biokohle. In Deutschland arbeiten Institute und Firmen wie Suncoal, Hydrocarb und Carbon-Solutions an einem anderen Verfahren, das noch nicht so weit entwickelt ist wie die Pyrolyse: Hydrothermale Karbonisie-

rung (HCT). Dabei wird Biomasse unter großem Druck bei etwa 200 Grad Celsius in einem wässrigen Verfahren verkohlt. Es fällt mehr Biokohle an als bei der Pyrolyse, aber es wird auch im günstigsten Fall nur wenig Energie frei.

Die Biokohle, ob durch Pyrolyse oder HCT gewonnen, wird dann in landwirtschaftliche Böden eingebracht in der Hoffnung, dass der darin enthaltene Kohlenstoff Tausende von Jahren dort verbleiben wird, was den ganzen Vorgang „CO₂-negativ“ und den Boden fruchtbarer machen soll.

Wissenslücken und Widersprüche

Leider gibt es nur wenige wissenschaftliche Belege für solche Annahmen und stattdessen viele Anzeichen dafür, dass die Auswirkungen auf das Klima und möglicherweise auch auf Böden negativ sein könnten. Zum einen weiß niemand, welcher Anteil des Kohlenstoffs im Biochar über welche Zeiträume und unter welchen Umständen stabil bleibt, statt als Kohlendioxid freigesetzt zu werden. Sowohl Biochar als auch nach Waldbränden zurückbleibende verkohlte Biomasse enthalten sogenannten Schwarzen Kohlenstoff. Dieser ist in Böden auf bis zu 23.000 Jahre datiert worden. Nach Angaben von Johannes Lehmann, Vorsitzender der International Biochar Initiative (IBI), werden zwischen einem und 20 Prozent des Schwarzen Kohlenstoffs sehr bald in CO₂ umgesetzt. Lehmann geht davon aus, dass der Rest über Jahrtausende stabil bleibt. Aber das ist nicht sicher. Nach einer Studie der Geochemikerin Carrie Masiello über den globalen Kohlenstoffkreislauf muss seit der letzten Eiszeit jährlich sehr viel mehr Schwarzer Kohlenstoff durch Brände erzeugt worden sein als sich in

Böden oder im Meer finden lässt.⁽²⁾ Außerdem wurden Bodenmikroben entdeckt, die Schwarzen Kohlenstoff verdauen und daraus CO₂ freisetzen können.

Weitere Studien deuten darauf hin, dass durch die Zugabe von Biochar Mikroben dazu angeregt werden, den organischen Kohlenstoff im Boden in CO₂ umzusetzen. Zudem besteht die Gefahr, dass Kleinstpartikel von Schwarzen Kohlenstoff freigesetzt und in die Luft getragen werden. Ein Zwischenbericht einer Studie in Kanada zeigt, dass dort 30 Prozent des Biochars beim Eingeben in den Boden weggeblasen wurden.⁽³⁾ Auch durch Bodenerosion können Biochar-Partikel in die Luft gelangen. Besonders beunruhigend ist, dass sie im Boden bis etwa zur Größe von Rußpartikeln erodieren können.⁽⁴⁾ NASA-Wissenschaftlern zufolge haben solche winzigen Partikel Schwarzen Kohlenstoffs ein 500- bis 600-mal größeres Wärmepotenzial als CO₂. Selbst wenn nur ein kleiner Teil der Biochar-Partikel in die Luft gelangt, könnten die Auswirkungen auf das Klima erheblich sein. Dazu kommt, dass Böden, die mit Biochar angereichert sind, eine dunklere Farbe haben und deshalb mehr Wärme speichern, was angesichts der häufiger werdenden Dürre- und Hitzeperioden problematisch ist.

Ähnliche Wissenslücken offenbart die Frage, wie sich verschiedene Arten von Biokohle auf die Fruchtbarkeit verschiedener Böden auswirken. Nahezu alle Informationen dazu stammen aus Experimenten im Labor und in Gewächshäusern. Es gibt nur wenige Feldstudien und vor allem keine Langzeitstudien. Bekannt ist, dass verschiedene Arten von Biokohle unter verschiedenen Umständen das Pflanzenwachstum begünstigen oder keinen

Einfluss darauf haben, in einigen Fällen sogar das Wachstum unterdrücken. Die Hoffnung ist, dass Biochar-Partikel es auf Dauer den Pflanzen erleichtern, Nährstoffe im Boden effektiv zu nutzen. Allerdings stehen die Beweise aus.

Die wissenschaftliche Literatur zu Biochar aus dem Pyrolyseverfahren ist unvollständig und widersprüchlich. Über Biochar aus dem HTC-Verfahren, an dem vor allem in Deutschland gearbeitet wird, gibt es fast gar keine Informationen. Unbestritten ist nur, dass Biochar kein Dünger ist.

Terra Preta braucht Jahrzehnte

Sehr alte, kohlenstoffreiche und äußerst fruchtbare Böden sind in Zentralamazonien zu finden. Man nennt sie Terra Preta. Diese Böden wurden vor Hunderten und in einigen Fällen Tausenden von Jahren von indigenen Kleinbauern geschaffen, die sowohl Biokohle als auch vielfältige organische Rückstände dem Boden zufügten. Der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO zufolge ist nicht genau bekannt, wie Terra Preta entstand. Der Bayreuther Bodenkundler Bruno Glaser meint: „Es würde 50 oder 100 Jahre dauern, um eine ähnliche Kombination zwischen stabiler Biokohle und anderen Stoffen zu erreichen.“⁽⁵⁾ Böden wie Terra Preta können also nicht über Nacht, nicht einmal in einem Jahrzehnt geschaffen werden. Außerdem ist nicht zu erwarten, dass verschiedene Böden unter verschiedenen Klimabedingungen gleich reagieren.

Das UN-Umweltprogramm UNEP urteilte, dass „von großflächiger Anwendung von Biochar abzuraten ist, bis es Antworten auf die offenen Fragen gibt“. Auch die UNEP-Experten haben „von einer langfristigen Nachhaltigkeit und vor allem von den Auswirkungen auf die Biodiversität und auf den Nährstoffzyklus des Bodens keine Kenntnis“.⁽⁷⁾

Doch all diese Bedenken bringen Biochar-Befürworter nicht davon ab, sich für massive Subventionen einzusetzen. Ihre wichtigste Lobbygruppe ist die International Biochar Initiative. Die IBI konnte gemeinsam mit regionalen Lobbyorganisationen wie Biochar Europe das Sekre-

tariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung sowie 13 Regierungen davon überzeugen, sich bei den UN-Klimaverhandlungen für den Einbezug von landwirtschaftlichen Böden und speziell von Biochar in den CO₂-Emissionshandel und die als Clean Development Mechanism (CDM) bezeichneten „flexiblen Mechanismen“ auszusprechen. Bislang mit Erfolg: Beides wird im gegenwärtigen Verhandlungstext erwähnt.

Am Ende nur weitere Plantagen

Viele IBI-Vertreter sagen, Biochar solle nur aus Reststoffen gewonnen werden, nicht aus eigenen Plantagen. Doch gleichzeitig ist von einer oder mehreren Milliarden Tonnen Biochar die Rede – eine Menge, die unmöglich aus Reststoffen gewonnen werden kann. Wenn dem Boden in großem Maßstab organische Rückstände entzogen werden, treibt das die Erosion voran und laugt den Boden aus. Den Pflanzen werden essenzielle Nährstoffe entzogen. Viele Biochar-Befürworter sprechen außerdem davon, das Biochar in Zukunft Kompost ersetzen soll, obwohl es kein Dünger ist.⁽⁸⁾ Auch Totholz wird häufig als Reststoff bezeichnet, obwohl es eine entscheidende Rolle für den Waldbodenhaushalt, als Kohlenstoffspeicher und für die Biodiversität spielt. IBI-Chef Lehmann ist Erstautor einer Studie, nach der „Reststoffe“ nur einen kleinen Teil der ein bis 9,5 Milliarden Tonnen Biochar liefern werden, von denen er und seine Mitstreiter sprechen. Dafür wären mehrere hundert Millionen Hektar Plantagen nötig.

Dazu kommt, dass die Biochar-Anträge an die Klimakonvention nicht auf Reststoffe beschränkt sind. Sie würden auch CO₂-Emissionszertifikate für Biochar aus neuen Plantagen zulassen. Im vergangenen Sommer beschloss der CDM-Vorstand, Emissionszertifikate künftig auch für Holzkohle aus Baumplantagen zu gewähren, in diesem Fall als Brennstoff zur Eisenherstellung. Die Firma Plantar, die den Antrag gestellt hatte, hat große Eukalyptusplantagen im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais angelegt. Sie wurden auf Kosten der Urwälder und der Menschen vor Ort angepflanzt

und sind für Wasserverschmutzung, fallenden Grundwasserspiegel und die Anwendung giftiger Pestizide verantwortlich. Dem World Rainforest Movement liegen Berichte von Menschenrechtsverletzungen und Drohungen gegen Kritiker vor.

Wenn Biochar in den CDM oder andere CO₂-Handelsmechanismen aufgenommen wird, steht riesigen neuen Monokulturen für Biokohle nichts mehr im Wege. Die Ausdehnung von Monokulturen, ob für Tierfutter, Papier oder Agrosprit, ist eine Hauptursache für die weltweite Zerstörung von Wäldern und anderen Ökosystemen und damit auch für die Erderwärmung. Regenwaldzerstörung ist für 20 bis 30 Prozent des jährlichen Treibhausgasausstoßes verantwortlich, Landwirtschaft für weitere 18 Prozent. Hinzu kommt, dass Biodiversität und intakte Ökosysteme unverzichtbar sind für ein stabiles Klima. Tragischerweise könnten Betreiber großer Plantagen zu den Hauptgewinnern eines Klimaabkommens in Kopenhagen gehören, seien es Baumplantagen als „CO₂-Senken“ oder Monokulturen für Agrosprit oder Biochar.

Aus diesen Gründen fordern weltweit mehr als 150 Organisationen, bei Biochar das Vorsorgeprinzip anzuwenden, und sprechen sich gegen den Einbezug von Biochar und von landwirtschaftlichen Böden in den CO₂-Handel aus.⁽⁹⁾

Quellen und weitere Informationen

- ▶ (1) www.biocharfund.org (What is biochar?)
- ▶ (2) Masiello, C. A. (2004): New directions in black carbon organic geochemistry. *Marine Chemistry* 92, p 201–213
- ▶ (3) www.blue-leaf.ca/main-en/report_a3.php
- ▶ (4) www.csiro.au/files/files/poei.pdf (1,5 MB)
- ▶ (5) www.tinyurl.com/sciam-2007-05-15-terra-pret
- ▶ (7) UNEP (2009): The Natural Fix? The role of ecosystems in climate mitigation. www.unep.org/publications
- ▶ (8) z. B. www.tagesspiegel.de/art304,2757243
- ▶ (9) www.dte.gn.apc.org/80ecd.htm

Die Klimaschutzaktivistin Almuth Ernting arbeitet seit 2006 für die britische Nichtregierungsorganisation Biofuelwatch, die Kampagnen gegen industrielle Agroenergie organisiert.

Kontakt: E-Mail:
info@biofuelwatch.org.uk,
www.biofuelwatch.org.uk



Moderne Kolonisierung

Schlafender Riese und sozialer Sprengsatz

Die Guinea-Savanne in Afrika soll für die industrielle Landwirtschaft erschlossen werden

Weltbank und Welternährungsorganisation wollen die Guinea-Savanne, ein Fünftel der Fläche Afrikas, in Agrarland umwandeln. Doch nicht Kleinbauern werden davon profitieren, sondern reiche Staaten und Konzerne. Die ersten kaufen bereits Land. Statt Ernährungssicherung sind Umweltzerstörung und Vertreibung zu erwarten. ■ VON UWE HOERING

Endlose Graslandschaften, vereinzelt Bäume und Buschwerk, Viehherden: Die Guinea-Savanne erstreckt sich von Senegal im Westen bis Sudan und Äthiopien im Osten und – in einem zweiten Streifen – von Angola quer durch das südliche Afrika bis zur Ostküste.⁽¹⁾ Mit sechs Millionen Quadratkilometern ist das Gebiet, das sich durch zwei Dutzend afrikanische Länder zieht, sechzehnmal so groß wie Deutschland. Und es ist dünn besiedelt. Nomadische Hirtenvölker weiden hier ihre Herden, Kleinbauern pflanzen trotz unregelmäßiger Niederschläge, langer Trockenperioden und oft schlechter Böden Cassava, Mais, Baumwolle oder Soja an.

FAO sieht „riesiges Potenzial“

In der Guinea-Savanne schlummert ein riesiges Potenzial, verkündeten jüngst die Weltbank und die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO.⁽²⁾ Wenn diese Region intensiv für die kommerzielle Landwirtschaft erschlossen würde, könnte Afrika zu einem Global Player in der Landwirtschaft werden. Das klingt vielversprechend für einen Kontinent, wo Millionen Menschen vom Feld in den Mund leben oder sogar hungern und gewaltige Nahrungsmittelimporte an den Devisenbeständen zehren. So könnte rein rechnerisch in dem gelobten Land jede zweite afrikanische Familie ein Stück Acker zugeteilt bekommen.

Doch dazu wird es wohl nicht kommen. Denn andere Interessenten stehen in den Startlöchern oder rücken bereits vor, um sich von dem „schlafenden Riesen“ ein Stück zu sichern. Zum Beispiel schloss der südkoreanische Daewoo-Konzern im Juli 2008 mit der Regierung von Madagaskar

einen Vertrag ab, der weltweit Schlagzeilen machte. Das Unternehmen pachtete 1,3 Millionen Hektar, die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel, um Mais und Ölpalmen anzubauen. Der Pachtpreis war eher symbolisch. Dafür versprach das Unternehmen, Straßen, Bewässerung und Vorratsspeicher zu finanzieren. Mit dem Projekt wollte Südkorea, der viertgrößte Maisimporteure, seine Abhängigkeit vom Weltmarkt verringern.

Daewoo ist einer der größten Investoren, aber bei Weitem nicht der einzige, der Interesse an Land in Afrika hat. Zahlreiche Golfstaaten, die zwar Geld, aber kaum Landwirtschaft haben, pachten auf der anderen Seite des Roten Meeres Land für Viehzucht, Futter und Nahrungsmittel wie Bohnen, Mais und Kartoffeln, bevorzugt im Sudan. Fondsunternehmen wie das britische Cru Investment Management versprechen mit Investitionen in Afrikas Landwirtschaft Erträge von 30 bis 40 Prozent. Und das Abkommen über 4.000 Quadratkilometer Land, das der US-amerikanische Investmentbanker Philippe Heilberg mit Paulino Matip, einem Warlord im Südsudan, schloss, erinnert an die koloniale Landnahme in Afrika in früheren Jahrhunderten.

Landkauf ist lukrativ geworden

Das ganze Ausmaß dieser Entwicklung zu erfassen ist schwierig, weil Informationen spärlich sind und Regierungen und Investoren sich nicht gerne in die Karten schauen lassen. Die FAO errechnete, dass allein in Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan seit 2004 Vereinbarungen über annähernd 2,5 Millionen Hektar Land abgeschlossen wurden. Verglichen mit dem

Ausmaß der Guinea-Savanne sind das allerdings noch bescheidene Anfänge.

Erst waren es die Energiekrise und der Auftrieb für Agrartreibstoffe, die dazu führten, dass Unternehmen, Investmentfirmen und Pensionsfonds auf der Suche nach neuen, profitablen Anlagemöglichkeiten die Landwirtschaft entdeckt haben. Jetzt kommt die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln dazu. Zwar sind nach dem spekulativen Höhenflug und den dadurch ausgelösten Brot- und Reis-Aufständen die Preise wieder zurückgegangen. Sie liegen aber immer noch deutlich über dem Durchschnittsniveau der vergangenen zehn Jahre. Und die FAO prognostiziert, dass sie auch hoch bleiben werden, weil zahlreiche strukturelle Ursachen wie Land- und Wassermangel weiterhin bestehen oder sogar stärker werden.

Vertrauen in den Markt verloren

Wie Südkorea versuchen daher zahlreiche Länder, durch den Aufbau einer „Offshore“-Nahrungsmittelproduktion ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen abzusichern. Dazu gehören auch Japan, China, Vietnam und Indien, die Golfstaaten und Libyen, Großbritannien, Schweden und die USA. Wie die Lobbyorganisation GRAIN, die als Erste auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht hat, feststellt, haben die Staaten nach den spekulativen Preisturbulenzen das Vertrauen in den Markt verloren.⁽³⁾ Sie wollen Produktion und Importe möglichst selbst kontrollieren, anstatt von Agrarhandel und Spekulanten abhängig zu sein. Dabei zielen sie auch auf Länder, die sich, wie Äthiopien, selbst nicht versorgen können und auf Nahrungsmittelimporte oder

sogar auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind.

Dieses Interesse von Regierungen und Investoren trifft sich mit der Strategie von Weltbank und anderen Entwicklungsfinanziers. Seit vier, fünf Jahren verstärken diese ihre Bemühungen, die Landwirtschaft wieder zum Zugpferd für Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu machen und begrüßen die „Chancen“, die diese Investitionen eröffnen würden. Schließlich versprechen die ausländischen Investoren Geld für die marode Infrastruktur, Beschäftigung, gelegentlich auch Schulen und Krankenstationen. Um die Investoren zu locken, wollen Weltbank & Co. selbst Milliardeninvestitionen in den Ausbau von Straßen, Flughäfen, Containerterminals und Staudämmen stecken. Sie unterstützen Empfängerregierungen beim Aufbau von Institutionen und beraten diese, wie sie durch Reformen von Eigentumsrechten, die den Investoren gesicherte Landrechte verschaffen, und durch den Abbau von Handelshindernissen das Investitionsklima verbessern können.

Savannenbewohnern droht Vertreibung

Allerdings sehen auch die Entwicklungsfinanziers, dass die neue Kolonisierung nicht unproblematisch ist: Vielen Menschen, die jetzt in und von der Savanne leben, droht die Vertreibung, da ihre traditionellen Nutzungsrechte nicht gesichert sind. Brisant sind auch die Aussichten, dass Nahrungsmittel exportiert werden könnten, während die einheimische Bevölkerung hungert. Gleichzeitig stehen viele Fragezeichen über dem Kolonialisierungsprogramm: Gibt es überhaupt genug Wasser? Wie können Umweltschäden durch Dünger und Agrargift oder der Verlust von natürlicher Vegetation und biologischer Vielfalt begrenzt werden? Und es gibt Widerstand. Daewoo sah sich deshalb gezwungen seine Pläne in Madagaskar zurückzuschrauben, China musste Vorhaben in Mosambik stoppen.

Die neue Landnahme ist inzwischen wirtschaftlich so wichtig – aber auch politisch so brisant –, dass sie beim G8-Gipfel im Juli in Italien, wo unter anderem die

globale Ernährungssicherheit auf der Tagesordnung stand, Thema war. Japan schlug freiwillige Richtlinien und Verhaltensregeln vor, um „die Interessen der Gastländer und der Investoren zu harmonisieren“ und Konflikte zu verhindern. Um „die Chancen zu nutzen und die Risiken zu verringern“ fordert auch die FAO, dass in den Verträgen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, der Ausbau der Infrastruktur gesichert, Verbesserungen für die lokale Bevölkerung und Umweltschutzmaßnahmen vereinbart werden. Zudem müssten die Bodenspekulation unterbunden und lokale Landrechte gesichert werden.

Kleinbauern brauchen Investitionen

Niemand bestreitet, dass Investitionen in Afrikas Landwirtschaft und in ländliche Räume notwendig sind. Aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Betriebe sind Produktion und Produktivität gering. Die Getreideerträge beispielsweise liegen um 40 Prozent unter denen in anderen Entwicklungsländern. Doch um Ernährungsunsicherheit, Armut und ökologische Schäden zu verringern, müssten vorrangig die kleinbäuerliche Landwirtschaft und der Anbau von Grundnahrungsmitteln für die eigene oder die regionale Versorgung verbessert werden, wie zum Beispiel der Bericht des Weltagrarrates hervorhebt.⁽⁴⁾

Einerseits bekennen sich auch internationale Finanz- und Entwicklungsinstitutionen zu diesem Ansatz. So sollte nach Ansicht von FAO und Weltbank in der Guinea-Savanne die kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden, „um eine ausgeglichene Entwicklung zu erreichen und soziale Konflikte zu vermeiden“. Eine großflächige großindustrielle Entwicklung sei „für Afrika weder notwendig noch besonders erfolversprechend“, beruhigen Weltbank und FAO.

Andererseits schlägt ihr Herz gleichzeitig für die Investoren, die nach ihrer Auffassung die erforderlichen Kapitalmittel und Technologien, die Effizienz und Produktivität bringen werden. Mechanisierung zum Beispiel sei „unvermeidlich“, wenn „Land in Gebieten mit geringer Bevölkerung, wie

es in großen Teilen der Guinea-Savanne der Fall ist, entwickelt werden soll“. Auch „wirtschaftliche Vorteile von Massenproduktion“ und die Konkurrenzfähigkeit auf Exportmärkten, die strikte Qualitätsstandards haben, würden „für eine großflächige Landwirtschaft“ sprechen.

Umweltschäden sind vorprogrammiert

Nicht Millionen Kleinbauern, sondern wenige Großfarmen und -plantagen könnten daher von einer Erschließung der Savanne profitieren. Mit dem Agrobusiness würden Hochertragsorten und Gentechnologie, Agrarchemie, Mechanisierung und Monokulturen kommen, aber nur wenige Arbeitsplätze, um die verdrängten Kleinbauern und Hirten aufzufangen. Die kommerziellen Unternehmen werden vor allem für den Export produzieren – Agrartreibstoffe für Europa, Nahrungsmittel für Länder wie Korea, China oder die Golfstaaten. Damit würde auch Afrikas Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten bestehen bleiben. Und ob die ökologischen Schäden wie der Verlust der Savannenvegetation, Bodenerosion und Belastungen durch Agrarchemie wirklich unter Kontrolle gehalten werden, wie Weltbank und FAO selbstsicher verkünden, ist fraglich. Der schlafende Riese könnte sich, wenn er denn tatsächlich geweckt werden sollte, als zerstörerischer Moloch erweisen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Karte: www.fao.org/news/story/en/item/20987/icode
- ▶ (2) Morris, M. u. a.: *Awakening Africa's Sleeping Giant. Prospects for Commercial Agriculture in the Guinea Savannah Zone and Beyond*. World Bank, Washington 2009
- ▶ (3) Briefing: www.grain.org/briefings/?id=212
- ▶ (4) Bericht: www.agassessment.org

Uwe Hoering lebt als Publizist in Bonn. Er ist Autor von „Agrarkolonialismus in Afrika“ (VSA-Verlag 2007) und weiterer Veröffentlichungen zu internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie sozialen Bewegungen.

Kontakt: E-Mail:
mail@globe-spotting.de,
www.globe-spotting.de



Umweltverbände

Naturschützer zu Unternehmern gemacht

Die Europäische Kommission könnte Naturschutzverbänden den finanziellen Boden wegziehen

Die Wettbewerbsregeln der Europäischen Union waren bisher keine Domäne der Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Doch das könnte sich ändern. Denn für die EU-Kommission sind Naturschutzverbände neuerdings Unternehmen, weshalb finanzielle Unterstützung vom Staat plötzlich illegal sein könnte. Die Bundesregierung klagt dagegen. Die Verbände sollten sich nicht darauf verlassen, dass dies Erfolg hat. ■ VON MARKUS STEIGENBERGER, DNR

Die Europäische Kommission hat unlängst entschieden, dass Naturschutzverbände, die auch wirtschaftlich aktiv sind, prinzipiell als Unternehmen anzusehen seien. Sie unterlägen damit den Beihilferegeln der Artikel 87 ff des EG-Vertrages. Das bedeutet, dass finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates – so wie sie etwa das Bundesumweltministerium (BMU) in seiner Verbändeförderung gewährt – illegal wäre, sofern keine Ausnahmegenehmigung vorliegt.

Werden wir nun ein finanzielles Desaster für die Umwelt, Natur- und Tierschutzorganisationen erleben? Droht vielen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vielleicht sogar das Aus? So weit ist es noch nicht. Aber ganz abwegig ist dieser Gedanke auch nicht mehr.

Viele Naturschutzorganisationen werden als Unternehmen eingestuft

Die Geschichte begann vor mehr als zwei Jahren, als die Bundesregierung staatseigene Flächen des sogenannten Nationalen Naturerbes an Naturschutzorganisationen übertragen wollte. Es ging um 125.000 Hektar, die ausschließlich Naturschutzzwecken zugutekommen sollten. Das Bundesumweltministerium berichtete der EU-Kommission von der Flächenübertragung. Diese stellte nach zweijähriger Prüfung fest: Es handelt sich um eine genehmigungspflichtige staatliche Beihilfe nach Artikel 87 des EG-Vertrages.

Die Kommission begründet ihre Entscheidung so: Laut Artikel 87 sind staatliche Beihilfen an Unternehmen mit den Prinzipien des gemeinsamen europäischen Marktes grundsätzlich unvereinbar. Als

Unternehmen betrachtet die Kommission wiederum jede „eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübende Einheit unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung“.

Nach dieser Definition wären die Naturschutzverbände, an die die Flächen übertragen werden sollen, tatsächlich Unternehmen. Denn zum Schutz der Natur sind bestimmte wirtschaftliche Maßnahmen notwendig und vorgesehen. So muss etwa Holz eingeschlagen werden, um die Verwaldung mancher Flächen zu verhindern. Dieses Holz soll verkauft werden. Ebenso ist sanfter Tourismus geplant.

Auch die EU-Kommission räumt ein, dass die Einnahmen aus diesen kommerziellen Aktivitäten die einzige Möglichkeit sind, die für den Schutz der Flächen anfallenden Kosten zu decken. Gewinn können die Naturschutzverbände damit ohnehin nicht machen, denn ein solcher müsste an die öffentliche Hand zurückgezahlt werden. Dennoch bleibt die Kommission dabei: Es handelt sich um wirtschaftliche Aktivitäten – Naturschutzverbände sind Unternehmen.

Für Dienstleistungen im öffentlichen Interesse sind Ausnahmen möglich

Die Kommission gesteht allerdings zu, dass es sich bei den Projekten des Nationalen Naturerbes um Dienstleistungen im öffentlichen Interesse handelt. Daher ist sie bereit, in diesem Fall eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Flächenübertragungen im Rahmen des Nationalen Naturerbes sind damit legal.

Fassen wir zusammen: Die EU-Kommission sieht prinzipiell jede Natur-

schutzorganisation, die in irgendeiner wirtschaftlichen Aktivitäten involviert ist, als Unternehmen an. Damit sind staatliche Beihilfen zunächst einmal illegal. Ausnahmen sind jedoch möglich, wenn die betroffene Regierung einen Antrag bei der Kommission stellt.

Droht zivilgesellschaftlichen Projekten der finanzielle Kahlschlag?

Staatliche finanzielle Beihilfen sind nicht nur für Umwelt- und Naturschutzverbände in Deutschland eine wesentliche Grundlage ihrer Arbeit. Dasselbe gilt für Organisationen aus anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen wie entwicklungspolitische Gruppen oder Verbraucherberatungsstellen – und zwar in allen 27 EU-Staaten. Eine Umfrage des Deutschen Naturschutzrings (DNR) hat ergeben, dass die Umweltorganisationen in einigen Ländern der EU bis zu 80 Prozent ihres Budgets vom Staat erhalten. Der Kreis der von dieser Entscheidung potenziell betroffenen Organisationen ist also riesig. Wie viele dieser Organisationen in wirtschaftliche Aktivitäten involviert sind, lässt sich nicht feststellen. Doch es dürfte schon reichen, dass eine Gruppe T-Shirts verkauft oder Eintrittsgelder für Fachführungen nimmt – was allerdings noch nicht heißt, dass eine finanzielle Förderung durch den Staat unmöglich ist.

Sollte die Entscheidung der Kommission Bestand haben, müssen wir uns die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Gruppen in Zukunft wohl deutlich anders vorstellen: Eine NGO stellt einen Antrag bei der entsprechenden staatlichen Stelle, nehmen wir an beim Bundes-

umweltministerium. Das BMU prüft den Antrag zunächst intern – ein Prozess, der leicht ein halbes Jahr dauern kann. Kommt das BMU zu dem Schluss, dass der Antrag förderwürdig ist, wendet es sich an die EU-Kommission und beantragt, für dieses Projekt eine Ausnahme von Artikel 87 EG-Vertrag zu gewähren. Die Kommission prüft und entscheidet – was schlimmstenfalls einige Jahre dauern kann. Dieses Prozedere wiederholt sich mit jedem einzelnen Antrag.

Abgesehen von dem zusätzlichen zeitlichen und bürokratischen Aufwand: Es ist nicht gesagt, dass die Kommission jedes Mal im Sinne der NGO entscheidet. Sie kann genauso gut zu dem Ergebnis kommen, dass es sich eben doch um eine illegale staatliche Beihilfe handelt, und das Projekt untersagen. Auf jeden Fall hätte sie das letzte Wort.

Bundesregierung klagt beim Europäischen Gericht

Nicht nur Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen dürften angesichts der Entscheidung der EU-Kommission kurz vor dem Sprung auf die Barrikaden stehen. Auch das Bundesumweltministerium hält sie schlichtweg für falsch. Deshalb hat die Bundesregierung Ende August

Klage beim Europäischen Gericht in Luxemburg eingereicht und damit einstweiligen Rechtsschutz für die bisherige Praxis erwirkt. Das BMU hält die Annahme, NGOs seien Unternehmen, für abwegig, denn NGOs verfolgten eben keine wirtschaftlichen Gewinnabsichten – was schon aus dem nicht unkomplizierten deutschen Vereinsrecht hervorgeht.

Können Nichtregierungsorganisationen jetzt noch etwas tun?

So eine Klage in Luxemburg kann lange dauern – mehrere Jahre wären nicht überraschend. Heißt das, dass die NGOs nun einfach abwarten sollten, bis das Gericht eines Tages den Daumen hebt oder senkt? Allzu viel können sie tatsächlich nicht tun. Das Europäische Gericht zu lobbyieren verbietet sich schon wegen des Prinzips der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der RichterInnen. Daher bleibt letztlich nur, die Kommission zur Rücknahme ihrer Entscheidung zu bewegen.

Das ist nicht so abwegig, wie es zunächst scheint, denn die Europäische Kommission ist keineswegs ein monolithischer Block, der dem Marktradikalismus frönt, sondern vielmehr eine ziemlich heterogene Ansammlung widersprüchlicher Ansichten und Interessen. Die jetzige Entscheidung

hat die Generaldirektion Wettbewerb getroffen, die bisher nicht unbedingt als großer Freund der Zivilgesellschaft aufgefallen ist. Möglich wäre es, über andere Generaldirektionen – etwa Umwelt oder Entwicklung – sowie direkt über die KommissarInnen und den Kommissionspräsidenten Druck auf die Zuständigen auszuüben, ihre Entscheidung zu revidieren. Das dürfte nicht leicht werden, denn voraussichtlich wird die Kommission mit dem Verweis auf ein laufendes Gerichtsverfahren erst einmal gar nichts tun wollen.

Doch wenn der Druck stark genug wird, dürfte auch den Paragrafenauslegern der Generaldirektion Wettbewerb auffallen, dass man Europa nicht gegen seine BürgerInnen ausspielen sollte.

Markus Steigenberger studierte Geschichte, Wirtschaft, Politik und Jura. Der Experte für internationale Umweltpolitik leitet die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
678177575
E-Mail: markus.
steigenberger@dnr.de,
www.eu-koordination.de



Nachhaltigkeit

A-Z



S wie schwarze Bilanz

Das Land Brandenburg galt einmal als Primus in Sachen Natur- und Umweltschutzpolitik. Doch mittlerweile zeichnen sich immer mehr Fehlentwicklungen ab: Ein verantwortungsloser Umgang mit der Ressource Wasser, eine auf Intensivierung und Gentechnik orientierte Agrarpolitik oder eine verfehlte Energie- und Klimaschutzpolitik. Die Verbände NABU, BUND, Naturfreunde und Grüne Liga bilanzieren den Status quo und präsentieren Vorschläge für Verbesserungen.

NABU Brandenburg, BUND Brandenburg, Naturfreunde Brandenburg, Grüne Liga Brandenburg (Hrsg.)
Schwarzbuch Umweltpolitik in Brandenburg
oekom verlag, München 2009, 158 Seiten, 14,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-169-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Mülldeponien**Frist abgelaufen**

■ Die EU-Kommission will die Vorschriften für Abfalldeponien durchsetzen und droht mit rechtlichen Schritten. Die EU-Mitgliedstaaten hatten acht Jahre Zeit, Altdeponien anzupassen oder zu schließen. Bei weiteren Rechtsverstößen müssen die Staaten nun mit Verfahren rechnen.

Die EU-Richtlinie 1999/31/EG soll negative Auswirkungen des Deponierens von Abfall auf Umwelt und Gesundheit verhindern oder verringern. Die Regierungen müssen die zu deponierenden Mengen biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle schrittweise reduzieren. Dazu sollen sie auf andere Formen wie Kompostierung oder Verbrennung mit Energierückgewinnung umstellen. Bis 2016 sollen Bioabfälle um 65 Prozent gegenüber dem Niveau von 1995 reduziert werden. [ans]

► www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1154)

Abfallstatistik EU**Batterierecycling stagniert**

■ Der Europäische Batterierecyclingverband EBRA hat im September die EU-Staaten aufgefordert, mehr für die Sammel- und Recyclingziele bei Altbatterien zu tun. Besonders die osteuropäischen Staaten, aber auch einige alte EU-Mitglieder würden sonst die vorgeschriebene 25-Prozent-Quote bis 2012 verfehlen. Frankreich, Tschechien, Griechenland und die Slowakei hätten die Altbatterienrichtlinie auch ein Jahr nach Fristablauf nicht in nationales Recht übertragen. Die Sammelquote stagniert seit 2007 bei etwa 15 Prozent. In Deutschland gilt ab Dezember ein neues Batteriesetz mit verbindlichen Quoten (umwelt aktuell 06.2009, S. 10). [jg]

► EBRA: www.ebrarecycling.org

► Batteriesetz: www.uba.de/BattG.pdf

Abfallstatistik Deutschland**Mehr Problemmüll-Importe**

■ Im Jahr 2008 hat Deutschland über 6,8 Millionen Tonnen gefährliche beziehungsweise genehmigungspflichtige Abfälle importiert. Das ermittelte das Umweltbundesamt in seiner Jahresstatistik im Rahmen der Basler Konvention. Darunter fallen halogenierte Lösungsmittel, Arzneimittel, Motoröle und Klärschlämme – größtenteils aus EU-Staaten. Es gab aber auch Importe aus Tansania, Singapur, Uruguay oder den USA. Allein Nordrhein-Westfalen führte 1,7 Millionen Tonnen Problemabfälle ein.

Exportiert wurden aus Deutschland etwa 1,5 Millionen Tonnen solcher Abfälle, darunter Sortierrückstände, Schlacken und Hausmüll. Der Löwenanteil ging in die EU-Mitgliedstaaten, aber auch nach Russland und in die USA.

Auf Grundlage des Basler Übereinkommens und anderer Vorschriften muss die Ein- und Ausfuhr gefährlicher Abfälle genehmigt und kontrolliert werden. Seit 1995 steigen die Importe an. Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) warnte, dass es immer wieder zu unkontrollierter Einfuhr von verstrahlten Stählen komme, deren Belastung erst auf dem Schrottplatz auffalle. [jg]

► www.kurzlink.de/uba-baselstat08

► www.bvse.de

Pestizide**Kinder bleiben sensibel**

■ Nachdem eine Studie ergeben hat, dass Kinder noch sensibler gegenüber Organophosphat-Pestiziden sind als bisher angenommen, hat das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN ein Verbot von Chlorpyrifos gefordert. Die Studie der kalifornischen Universität Berkeley ergab, dass ein menschliches Enzym für Entgiftung nicht wie bisher gedacht schon bei Zweijährigen das Erwachseneniveau erreicht, sondern teilweise erst mit sieben Jahren im Körper zur Verfügung steht. Frühere Studien hatten zudem ergeben, dass einige Neu-

geborene bis zu 164-mal anfälliger gegenüber Chlorpyrifos und Chlorpyrifos-oxon waren als andere. In Deutschland werden diese Pestizide in Gärten als Insektizide eingesetzt (Garten-Loxiran, Nexion). Sie sind gefährlich für Bienen, sehr giftig für Wasserorganismen und wirken als Nervengift bei Menschen. [jg]

► PAN Germany, Carina Weber, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 39919100, E-Mail: info@pan-germany.org

EU-Chemikalienpolitik I**Ringgen um REACH-Verbote**

■ Der BUND hat der Bundesregierung vorgeworfen, sich zu wenig für den Schutz vor gefährlichen Chemikalien einzusetzen. Zur Anfang August endenden Frist hatten die EU-Staaten nur insgesamt 14 weitere Stoffe, die unter die Kriterien der Chemikalienverordnung REACH fallen, für ein Verbot vorgeschlagen. Die Europäische Chemikalienagentur ECHA erhöhte daraufhin Anfang September die Zahl der als besonders besorgniserregend vorgeschlagenen Chemikalien auf 29 und startete eine Konsultation für die Neunennungen. Dies ist dem BUND aber noch viel zu wenig.

Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsverbände sowie der Europäische Gewerkschaftsbund fordern Verbote für 484 schädliche Chemikalien. Die EU-Kommission und die Verbände schätzen, dass bis zu 2.000 gefährliche Stoffe eingesetzt werden. Der BUND forderte die Bundesregierung auf, sich für ein EU-Verbot einzusetzen, damit die Industrie vorhandene Alternativen anwendet.

Die Stoffe auf der erwähnten Liste müssen laut REACH-Verordnung ein Verbotverfahren durchlaufen oder sie werden in ihrer Verwendung stark eingeschränkt. REACH verpflichtet die Hersteller zur Auskunft darüber, ob ein Produkt besorgniserregende Stoffe enthält. Der BUND hat dafür eine Musteranfrage entwickelt. [jg]

► www.bund.net (Themen und Projekte – Chemie – REACH)

► ECHA: www.echa.eu (Consultations)

EU-Chemikalienpolitik II

Zu viele Tierversuche?

■ Für die Zulassung von Chemikalien nach der EU-Verordnung REACH sind 54 Millionen Tierversuche notwendig. Das rechneten die Toxikologen Thomas Hartung und Constanza Rovida von der Universität Baltimore (USA) im September im Fachmagazin Nature vor. Es müssten 20-mal so viele Tiere getestet werden wie bisher erwartet. Das treibe die Kosten von 1,6 auf 9,5 Milliarden Euro. Nach den neuen Schätzungen müssten statt 29.000 Substanzen mehr als 100.000 Altchemikalien getestet werden. Mit den bisher angewandten Verfahren müssten dann pro getesteter Substanz 3.200 Tiere sterben.

Der Toxikologe Richard Vogel vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zweifelt diese Zahlen jedoch stark an. Hartung wolle vor allem Werbung für Alternativmethoden für Tierversuche machen, sagte Vogel. Bei einigen Substanzen, die in geringen Mengen hergestellt werden, seien weniger aufwendige Versuche nötig. Auch über massenhaft hergestellte Chemikalien gebe es bereits genügend Daten.

Einig sind sich Hartung und Vogel darin, dass die Zahl der Tests sinken könnte, wenn die bisherigen Zwei-Generationen-Tests durch eine erweiterte Ein-Generationen-Studie ersetzt würden. [zt]

► BfR, Dr. Richard, Vogel, Berlin, Tel. +49 (0)2162 / 67454, www.bfr.bund.de

Luftschadstoffe

Besser atmen in Europa

■ Die Luftschadstoffe in der EU haben von 2006 auf 2007 abgenommen. Das teilte die Europäische Umweltagentur (EEA) mit. So seien die Emissionen von Schwefeloxiden, bodennahem Ozon, nicht-methanhaltigen flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC) sowie Stickstoffoxiden zurückgegangen.

Hauptquelle für die Verschmutzung war die Verbrennung von Treibstoffen in Haushalten, Kraftfahrzeugen und Elekt-

trizitätswerken. Heizungen in Haushalten sind die Hauptquelle für Feinstaub und NMVOC und die zweitwichtigste Quelle von Kohlenmonoxid. Der Straßenverkehr verursacht besonders Stickoxide. Obwohl die Elektrizitätswerke schon viele Emissionen reduzierten, bleiben sie für zwei Drittel aller Schwefeloxide und ein Fünftel der gesamten Stickoxidemissionen verantwortlich. Die Ammoniakemissionen stammen zu 90 Prozent aus der Landwirtschaft.

Die größten Luftverschmutzer der EU sind Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Großbritannien. [jg]

► LRTAP-Report: www.eea.europa.eu/publications/lrtap-emission-inventory-report-1990-2007

Nanotechnologie I

Streit um Sonnencremes

■ Die Umweltorganisation Friends of the Earth (FoE), die Verbrauchervereinigung Consumers Union und das International Center for Technology Assessment haben im August eine Kennzeichnungspflicht für Sonnencremes mit Nanopartikeln gefordert. Die möglichen Gesundheitsschäden seien das Risiko der Anwendung nicht wert. VerbraucherInnen müssten bewusst entscheiden können, ob sie Nanoprodukte verwenden wollen oder nicht.

FoE legte eine Studie mit gesundheitlichen und ökologischen Bedenken vor, die den Nanopartikeln zudem keinen Sonnenschutzeffekt zuerkennt. Dies widerspricht einer Studie der US-amerikanischen Environmental Working Group (EWG). Dabei waren 1.600 Sonnencremes getestet und die mit Nanozink und Nanotitanoxid angereicherten Produkte den „sichersten und effektivsten“ zugerechnet worden. Einmal freigesetzte Nanopartikel könnten unabsehbare Umwelteffekte haben, warnten dagegen die FoE-Experten. Die veränderten Eigenschaften der Kleinstpartikel brächten Gesundheitsrisiken mit sich, die nicht ausreichend untersucht worden seien. [jg]

► www.foeeurope.org/activities/nanotechnology/index.htm

Nanotechnologie II

Mehr Waren, mehr Warnungen

■ Über 1.000 Nanoprodukte sind laut einer Untersuchung der Nanoforschungsgruppe PEN im US-amerikanischen Wilson Center inzwischen auf dem Markt. 60 Prozent davon stammen demnach aus dem Gesundheits- und Fitnessbereich, 259 Produkte nutzen Nanosilber. PEN listet Waren aus 24 Ländern auf, darunter auch Deutschland. Projektleiter David Rejeski prognostizierte, dass es in zwei Jahren bereits 1.600 Nanoprodukte geben werde.

Derweil gibt es immer mehr Meldungen über Gesundheitsbeschwerden und -risiken. Das Magazin Spiegel berichtete im August über schwere, teils tödliche Lungenschäden bei Arbeiterinnen einer Nanofarbenfabrik in China. Im Körper der Frauen wurden Nanopartikel gefunden, die sich im Zellgewebe angelagert hatten und zu Lungenfibrosen führten. Allerdings seien Arbeitsbedingungen und Schutzkleidung unzureichend gewesen. Japanische Forscher wiesen in Tierversuchen an Mäusen nach, dass hoch dosiertes Nanotitandioxid die Entwicklung der Föten beeinflusst und die Proteinproduktion verändert. Andere Forschungsprojekte beschäftigen sich mit den bereits in die Umwelt entlassenen Nanopartikeln und entwickeln Karten, wie eine PEN-Untersuchung zu den 45 Orten, an denen in den USA Nanotechnologie zur Boden- und Grundwassersanierung eingesetzt wurde. Eine dänische Gruppe wiederum dokumentiert Forschungslücken im Nanobereich, um auf die Wissensdefizite bei den Risiken hinzuweisen.

Auch Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden reicht die bisherige Risikoforschung nicht aus. Die Bundesregierung hält aber ein Moratorium für unnötig. Bis 2012 sollen lediglich die Ausgaben für die Forschung um zehn Prozent erhöht werden. [jg]

► PEN: www.nanotechproject.org/inventories/consumer
 ► China: www.kurzlink.de/nanofarben09
 ► www.nanowerk.com

Kleine Formel große Wirkung

CO₂ – die kleine Formel ist zu einem Synonym für eine der größten Herausforderungen der Gegenwart geworden: Kohlendioxid bringt das Klima ins Wanken und die Menschheit in Gefahr. Aber CO₂ ist mehr als ein Klimakiller: Als natürliches Treibhausgas bringt es unseren Planeten auf »Betriebs-temperatur«, als Ausgangsstoff der Photosynthese ist es der Anfang allen Lebens. Dieses Buch erzählt seine facettenreiche Geschichte, Experimente und Spaziergänge eröffnen überraschende Perspektiven und geben dem unsichtbaren Stoff ein Profil.

J. Soentgen, A. Reller (Hrsg.)

CO₂
Lebenselixier und Klimakiller
Reihe Stoffgeschichten Band 5
301 Seiten, mit vielen Fotos und
Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-118-9

oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



KLIMA & ENERGIE

Internationaler Klimaschutz

EU legt Zahlen auf den Tisch

■ Die EU-Kommission hat ein Konzept zur Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel vorgelegt. Damit wolle sie den Stillstand in den internationalen Verhandlungen aufbrechen, teilte die Kommission mit. Die Entwicklungsländer hatten erklärt, zu keinerlei Zugeständnissen bereit zu sein, solange von den Industriestaaten nicht konkrete Zahlen vorlägen.

Nach der Analyse der Kommission besteht in den Entwicklungsländern ein jährlicher Finanzbedarf von 100 Milliarden Euro, um ihre Wirtschaft kohlenstoffarm auszurichten und gleichzeitig Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Dazu zählen Dämme gegen den steigenden Meeresspiegel, Schutzeinrichtungen gegen Unwetterkatastrophen oder Maßnahmen zur Umstellung der Landwirtschaft.

Die 100 Milliarden sollen nach dem Vorschlag der Kommission sowohl aus dem CO₂-Emissionshandel (CDM) als auch aus internationalen und einzelstaatlichen Quellen stammen. Welches Land dabei wie viel zahlen muss, ergibt sich aus dem Treibhausgasausstoß sowie dem Bruttoinlandsprodukt – also der Fähigkeit zu zahlen. Je nachdem, wie diese beiden Faktoren gewichtet werden, müssten die EU-Staaten jährlich zwischen zwei und 15 Milliarden Euro zahlen.

Kurz zuvor war die Kommission allerdings noch von 13 bis 24 Milliarden Euro ausgegangen. Der Umschwung war nach Ansicht von Beobachtern dem Druck aus den Mitgliedstaaten geschuldet. Diese werden Ende Oktober im EU-Ministerrat über den Vorschlag der Kommission befinden. Dann wird auch entschieden, ob er als offizieller EU-Vorschlag in die UN-Verhandlungen eingebracht wird. Unter anderem davon könnte der Erfolg der Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen abhängen. [ms]

► www.ec.europa.eu/climat/future_action.htm

Klimawandel

Nordostpassage befahrbar

■ Dank des milden Klimas haben zwei deutsche Frachter erstmals in der Geschichte der Seefahrt die Nordostpassage befahren. Die Strecke war in diesem Sommer zum zweiten Mal nach 2008 eisfrei und damit schiffbar. Experten sind sich einig, dass dies ein deutliches Zeichen des Klimawandels ist. Die Reederei bezifferte die Kosteneinsparungen auf über eine halbe Million Euro pro Fahrt. [ms]

► www.beluga-group.com (Aktuelles)

Emissionshandel

4.000 Airlines sind dabei

■ Die EU-Kommission hat eine Liste mit knapp 4.000 Fluggesellschaften, die ab 2012 in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden, veröffentlicht. Die Liste umfasst sämtliche Unternehmen, die innerhalb der EU starten oder landen. Jede Fluggesellschaft wird dabei einem EU-Mitgliedstaat zugeordnet und fällt damit unter dessen Aufsicht. [ms]

► www.ec.europa.eu/environment/climat/aviation

Energieeffizienz I

Neue Regeln für Gebäude

■ Mit dem Inkrafttreten der novellierten Energieeinsparverordnung (EnEV) im Oktober steigen die Anforderungen für Neubauten und für die Altbausanierung. Mit der neuen EnEV soll der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser im Vergleich zur alten Verordnung um durchschnittlich ein Drittel sinken. Bei Neubauten muss der gesamte Jahresprimärenergiebedarf 30 Prozent niedriger sein als nach den alten Vorschriften. Die Wärmedämmung muss etwa 15 Prozent effizienter sein als zuvor. Findet bei Altbauten eine größere bauliche Maßnahme an der Gebäudehülle statt, müssen die neuen Bauteile 30 Prozent

effizienter sein. Alternativ dazu kann der Eigentümer mit einer energieeffizienten Gebäudehülle und einer modernen Heizung den Jahresprimärenergiebedarf des Gesamtgebäudes um 30 Prozent senken.

Unabhängig davon müssen alle Eigentümer älterer Gebäude bis Ende 2011 die oberste Geschossdecke oder das Dach mit einer Wärmedämmung ausstatten. [mv]

- Zusammenfassung der Novellierung:
www.kurzlink.de/enev-okt

Energieeffizienz II

Erste Glühbirnen verboten

■ Seit Anfang September werden herkömmliche Glühbirnen in der EU schrittweise verboten. Die EU erhofft sich damit einen Beitrag zum Klimaschutz. Bis 2012 werden alle Birnen je nach ihrer Leistung vom Markt genommen, und zwar jeweils im September eines jeden Jahres:

- 2009: 100 Watt klar und matt
- 2010: 75 Watt klar
- 2011: 60 Watt klar
- 2012: 40 und 25 Watt klar

Herkömmliche Glühbirnen wandeln nur fünf Prozent der verbrauchten Energie in Licht um, der Rest geht als Wärme verloren. Als Alternative stehen Halogenbirnen, fluoreszierende Lampen sowie Leuchtdioden zur Verfügung. Alle sind deutlich energieeffizienter und zudem langlebiger als Glühbirnen, wodurch VerbraucherInnen langfristig Geld sparen können.

Dennoch wurden im Sommer vor allem aus Deutschland Hamsterkäufe von alten Glühbirnen gemeldet. Verbraucher fürchten das angeblich kalte Licht der Halogenlampen sowie die höheren Anschaffungskosten, Baubiologen warnen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Ein reales Problem stellt der hohe Quecksilbergehalt von fluoreszierenden Lampen dar. Sie müssen als Sondermüll entsorgt werden, wofür es bisher kein funktionierendes System gibt. [ms]

- www.ec.europa.eu/energy/efficiency
(ecodesign – lamps)

Ökodesign

TV- und Kühlgeräte sparsamer

■ Die EU-Kommission hat vier neue Ökodesignverordnungen erlassen. Sie sollen die Energieeffizienz von Industriemotoren, Umwälzpumpen, Fernseh- sowie Kühl- und Gefriergeräten verbessern. Die Kommission schätzt, dass die neuen Gerätestandards bis 2020 so viel Strom einsparen helfen, wie Österreich und Schweden insgesamt verbrauchen. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs erklärte, die Maßnahmen brächten auch neue Arbeit und förderten innovative Technologien.

Beispielsweise soll die Verordnung über Umwälzpumpen eine Marktverschiebung zu hoch effizienten, „intelligenten“ Pumpen bringen, die ihre Leistung an den Bedarf der Heizung anpassen. Umwälzpumpen sind in den meisten Heißwasser- und Heizungsanlagen von Gebäuden.

Damit hat die Kommission jetzt neun Ökodesignverordnungen verabschiedet. Neben den vier neuen Produktgruppen gelten sie für den Standby-Betrieb, einfache Set-Top-Boxen, Haushaltslampen, Vorschaltgeräte und externe Netzteile.

Mit den Verordnungen wird die Ökodesignrichtlinie umgesetzt, die Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten festlegt. Über die jeweiligen Standards für die einzelnen Produkte berät ein Sonderausschuss technischer Experten der EU-Mitgliedstaaten. [mv]

- Informationsseite der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/oekodesign-08-09

Energiewende

Massenweise Jobs

■ Zwei Studien vom Bundesumweltministerium und von Greenpeace haben erneut vorgerechnet, dass die Energiewende sowohl in Deutschland als auch in der EU zahlreiche Arbeitsplätze schaffen würde.

Das BMU ließ die Arbeitsmarkteffekte von Energieeffizienzmaßnahmen untersuchen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass bis 2020 in Deutschland 260.000 neue

Jobs entstehen könnten, wenn insgesamt 33 Maßnahmen durchgeführt werden. Dazu zählen die Wärmedämmung von Gebäuden oder der Einsatz stromsparender Elektrogeräte. Zudem könnten so der Stromverbrauch enorm gesenkt und zehn Großkraftwerke eingespart werden.

Die zweite Studie, die Greenpeace zusammen mit dem European Renewable Energy Council (EREC) erarbeitete, ist breiter angelegt. Sie untersucht, wie viele Arbeitsplätze durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien entstehen würden. Diese werden den wegfallenden Arbeitsplätzen in den fossilen Technologien gegenübergestellt. Ergebnis: Für jeden Job, der bei den fossilen Industrien verloren geht, entstehen sieben neue im Bereich Erneuerbare und Energieeffizienz. [ms]

- www.bmu.de/energieeffizienz (Downloads – August 2009)
- www.greenpeace.org/greenjobs

Windenergie

40 neue Windparks auf See

■ Das Bundeskabinett hat kurz vor Ende der Legislaturperiode einen Raumordnungsplan für Offshorewindparks verabschiedet. Danach sollen in den nächsten zehn Jahren 40 neue Windparks mit einer Leistung von 12.000 Megawatt entstehen – 30 in der Nord- und zehn in der Ostsee. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) sprach von 30.000 neuen Arbeitsplätzen in den Küstenregionen.

Der Raumordnungsplan regelt den Ausbau der Windkraft in der sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee. Nach Ansicht von Tiefensee können Konflikte mit anderen Belangen – Schifffahrt, Pipelines oder Umweltschutzinteressen – zwar zunehmen, diese könnten aber dank des Planes „transparent miteinander verzahnt und abgestimmt“ werden. [ms]

- Bundesverkehrsministerium, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 20082040, www.bmvbs.bund.de

Energieversorgung I**Ministerium will Netz AG**

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat sich für eine bundesweite Netzgesellschaft ausgesprochen, die die Stromnetze der vier großen Energieanbieter in Deutschland zusammenfasst. Der Staat solle mit mindestens 25,1 Prozent an einer solchen Aktiengesellschaft beteiligt sein, um Einfluss auf alle wichtigen Entscheidungen nehmen zu können.

Ein Gutachten für das BMU war zu dem Ergebnis gekommen, dass eine solche Teilverstaatlichung der beste Weg sei, um Investitionen in die Netze sicherzustellen. Diese sind notwendig, um den Strom aus erneuerbaren Energien zu integrieren.

Die Stromkonzerne Eon und Vattenfall wollen ihre Netze verkaufen. RWE und EnBW wollen sie dagegen behalten. [ms]

► Gutachten: www.kurzlink.de/netzgesellschaft

Energieversorgung II**Kraftwerk für daheim**

■ Mit 100.000 Mini-Blockheizkraftwerken für den Hauskeller wollen die Unternehmen Lichtblick und Volkswagen die Energiemärkte revolutionieren. Die „Zuhause-Kraftwerke“ sollen mit Gas betrieben und in einem Verbundsystem vernetzt werden. Die Technik stammt von VW, der Energieanbieter Lichtblick ist für den Vertrieb zuständig. Ziel sind 2.000 Megawatt Gesamtleistung, was zwei Atomkraftwerken entspricht. Im Frühjahr 2010 sollen die ersten Anlagen arbeiten. [ms]

► www.lichtblick.de (Presse – 9. September 2009)

Agrotreibstoffe**Biosprit und Landnutzung**

■ Die EU-Mitgliedstaaten sind uneins, ob die Auswirkungen von indirekter Landnutzungsänderung (indirect land use change, ILUC) in die Klimabilanz von Biokraft-

stoffen einfließen sollen. Das geht aus den Antworten europäischer Regierungen auf einen Zwischenbericht der EU-Kommission vom August hervor.

Unter indirekter Landnutzungsänderung wird die Verdrängung anderer Nutzungen durch den Anbau von Energiepflanzen verstanden. Biokraftstoffproduktion kann etwa zu Entwaldung führen oder die Nahrungsmittelsicherheit beeinträchtigen.

In der Erneuerbare-Energien-Richtlinie hat die EU verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für die Biokraftstoffproduktion aufgestellt. So müssen die CO₂-Emissionen mindestens 35 Prozent niedriger als bei fossilen Kraftstoffen sein. 2017 steigt dieser Wert auf 50 und 2018 auf 60 Prozent.

Die EU-Kommission muss 2010 einen Bericht vorlegen, der die Auswirkungen der indirekten Landnutzungsänderung auf die Treibhausgasemissionen ermitteln und nach Wegen suchen soll, diese zu minimieren. Interessierte können sich dazu an einer Konsultation beteiligen. [mv]

► Konsultation: www.kurzlink.de/iluc

Atomkraft**Noch teurer als gedacht**

■ Laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die deutsche Atomwirtschaft seit 1950 rund 258 Milliarden Euro staatliche Subventionen erhalten. Die Studie berücksichtigt frühere wie auch bereits bekannte zukünftige Subventionen jedweder Art: zur Forschungsförderung, für die Stilllegung der ostdeutschen Atommeiler, für den Betrieb der Endlager Asse II und Morsleben oder auch für die Sanierung des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen.

Die Bundesregierung war bisher von deutlich niedrigeren Summen ausgegangen. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) forderte als Reaktion eine Besteuerung der Kernbrennstoffe, um die Atomwirtschaft an den Kosten zu beteiligen. [ms]

► www.foes.de/publikationen/studien

Atom Müll**Eingelagert in Ruinen**

■ Die negativen Schlagzeilen über die deutschen Atom Mülllagerstätten Gorleben, Asse und Morsleben reißen nicht ab. Anfang August tauchten Dokumente auf, wonach die schwarz-gelbe Regierung unter Helmut Kohl 1984 ein Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt über die Eignung des Endlagers Gorleben manipuliert haben soll – gegen die ernsthaften Zweifel der beauftragten Wissenschaftler über die Eignung des ehemaligen Salzstockes. Bis heute setzen Union und FDP auf Gorleben als Endlager für hoch radioaktiven Müll, während SPD und Grüne mit dem Verweis auf eine unzureichende geologische Eignung eine neue, ergebnisoffene Standortsuche fordern.

Auch über das Endlager für schwach und mittel radioaktive Abfälle Asse II bei Wolfenbüttel kamen neue Tatsachen ans Licht. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums lagert dort dreimal mehr stark strahlendes Plutonium als bisher angegeben. Grund sei ein Übertragungsfehler. Aufgrund eindringenden Wassers gilt das ehemalige Bergwerk als stark einsturzgefährdet. Nun muss das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) entscheiden, wie das Endlager stillgelegt werden soll. Zur Diskussion stehen drei Optionen: Rückholung, Umlagerung unter Tage oder Vollverfüllung mit Spezialbeton.

Einsturzgefährdet ist auch das ehemalige Endlager für schwach und mittel radioaktive Abfälle Morsleben in Sachsen-Anhalt. Der von der damaligen Umweltministerin Angela Merkel (CDU) gegen die Landesregierung und die Meinung von Gutachtern durchgesetzte Standort wurde schon in einer DDR-Tauglichkeitsstudie von 1969 als ungeeignet eingestuft. Eine Klage von Greenpeace und BUND führte 1998 zum Stopp der Einlagerung von Atom Müll in Morsleben.

Auch 50 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten deutschen Atomkraftwerke bleibt die Endlagerfrage somit ungelöst. [kw]

► BfS, Info Asse, Tel. +49 (0)5336 / 89640, E-Mail: info-asse@bfs.de, www.bfs.de (Endlager – Asse)

Wir kommen, wenn man uns braucht

Die Anti-Atom-Demo Anfang September in Berlin war ein riesiger Erfolg. Und doch erst der Auftakt für ein Warmlaufen des Widerstands, denn die Atomlobby schläft nicht. Auch das Müllproblem ist ungelöst. Ein Kommentar von Regine Richter.

Die Anti-Atom-Bewegung ist quicklebendig. Allen Anstrengungen der Atomlobby zum Trotz, Atomkraft als Lösung für den Klimawandel zu verkaufen, wird diese in Deutschland nach wie vor breit abgelehnt. Das hat die Demonstration am 5. September mit über 50.000 TeilnehmerInnen eindrücklich gezeigt – dank des Mutes und der Initiative des Trägerkreises. Zu diesem gehörten nicht nur die BI Lüchow-Dannenberg, die bäuerliche Notgemeinschaft, die AG Schacht Konrad und die Initiative Ausgestrahlt, sondern auch die Verbände BUND, Robin Wood und IPPNW sowie die Kampagnenplattform Campact. Für die hohe Teilnehmerzahl sorgten wohl auch RWE, Eon, Vattenfall und EnBW sowie CDU/CSU und FDP mit ihrer öffentlichen Ablehnung des Atomausstiegs.

Nicht, dass der Atomkonsens in seiner jetzigen Form bei Atomkraftgegnern beliebt wäre. Kritiker haben von Anfang an vor dem gewarnt, was nun passiert: Die AKW-Betreiber nutzen ihre Restlaufzeiten, um das endgültige Abschalten ihrer Anlagen so lange wie möglich hinauszuschieben. Trotzdem hatte sich in der Gesellschaft und auch bei vielen Umweltschutzorganisationen das Gefühl breitgemacht, nun sei eine zwar nicht ideale, aber doch irgendwie vertretbare Lösung für das Problem Atomkraft gefunden. Nur die Skandale um Gorleben und die Asse erinnerten daran, dass Atomkraftwerke täglich strahlenden Müll produzieren. Atommülltransporte nach Gorleben waren denn auch weiter von massiven Protesten begleitet.

Gesamtgesellschaftlich jedoch verschwand das Thema Atom weitgehend von der Tagesordnung, die Bewegung schien außerhalb des Wendlands eingeschlafen. Und erstaunlich wenige Menschen machten von der Möglichkeit Gebrauch, den vier Energieriesen, die ja alle weiter AKWs betreiben, ihre Ablehnung durch Stromwechsel zu zeigen. Vielleicht verleitete dieser geringe Widerstand die Energieunternehmen dazu, das Wasser zu testen und Laufzeitverlängerungen für Biblis und Neckarwestheim zu beantragen. Vielleicht genügte aber auch schon die Tatsache, dass ein abgeschriebe-

nes AKW jeden Tag rund eine Million Euro in die Kasse spült. Im Ausland planen RWE und Eon sogar Beteiligungen an AKW-Neubauten. Dabei können die Projekte gar nicht riskant genug sein, um die Atomrenaissance-Fantasien von RWE & Co. zu befeuern, wie das Beispiel Belene beweist, wo ein AKW in einer bulgarischen Erdbebenregion gebaut werden soll.

CDU, CSU und FDP plädieren für den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Die reale Möglichkeit, dass nach der Wahl wieder Atomkraftbefürworter die Regierungspolitik bestimmen, war wohl für viele Menschen aus der gesamten Bundesrepublik ein Grund, ihre Ablehnung auf die Straße zu tragen.

Die Signalwirkung dieser Demonstration geht indessen weit über Deutschland hinaus. Anti-Atom-AktivistInnen aus anderen Ländern waren beeindruckt und meinten, an diese Bilder würden sie sich erinnern, wann immer sie von ihrer Arbeit frustriert seien. Auch auf EU-Ebene spielt Deutschlands Anti-Atom-Position eine entscheidende Rolle. Kippt sie, werden atomfreundliche Länder wie Frankreich oder Finnland ihre Positionen durchsetzen können. Das könnte zum Beispiel dazu führen, dass die EU sich bei den Klimaverhandlungen dafür einsetzt, in einem neuen Abkommen Atomkraft als flexiblen Mechanismus anzuerkennen. Das brächte Legitimität und Subventionen für AKW-Projekte.

Der Protest wird also weitergehen, die Demo war nur der Auftakt. Geplant ist die „Belagerung“ der Koalitionsverhandlungen ebenso wie Aktionen in Berlin und bundesweit. Allen Unkenrufen zum Trotz gibt es viele politisch denkende Menschen überall im Land, die die Signale lesen und die zum Protest kommen, wenn sie gebraucht werden.

Regine Richter arbeitet bei der Umweltorganisation Urgewald zu Energiethemen.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 44339169,
E-Mail: regine@urgewald.de,
www.urgewald.de**

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Nährwertkennzeichnung

Ampel plus Text ist am besten verständlich

■ Verbraucher bevorzugen ein kombiniertes Kennzeichnungssystem für Lebensmittel, das die Nährwertangaben als Text (hoch, mittel, niedrig) und als Ampelfarben (rot, gelb, grün) enthält. Das ergab eine vergleichende Studie der britischen Lebensmittelbehörde FSA. Gleichwertig dazu ist laut der Studie ein Mix aus Text, Ampel und den sogenannten GDA-Angaben (Guideline Daily Amount, empfohlene tägliche Menge).

Die kombinierten Nährwertkennzeichnungen seien deutlich verständlicher als GDA- oder Ampelsysteme ohne weitere Angaben, schreiben die Forscher. In Großbritannien können sich Kundinnen schon seit Längerem mit den „traffic light colours“ über die Inhaltsstoffe der Produkte informieren.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch fordert, die wissenschaftlichen Erkenntnisse beim laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Europa sei drauf und dran, das nachweislich beste Kennzeichnungssystem zu verbieten, kritisierte die Organisation. Der Gesetzesentwurf der EU-Kommission sieht vor, die Ampel für Lebensmittel zu untersagen.

Foodwatch hatte zuvor die wissenschaftliche Qualität der FSA-Studie vom Institut für Ernährungswissenschaft der Universität Gießen überprüfen lassen. Dieses bewertete die Studie als gut.

Gegen die Ampelkennzeichnung sträubt sich vor allem die Lebensmittelindustrie. Die Studien EUFIC und FLABEL, mit den sie ihre Ablehnung begründet, wurden allerdings laut Foodwatch von Unternehmen wie Coca-Cola, Nestlé, Ferrero, Danone, Mars und McDonald's finanziert oder durchgeführt.

In Deutschland sprachen sich im Juli in einer repräsentativen Emnid-Umfrage 69 Prozent der BundesbürgerInnen für

die Ampelkennzeichnung aus. Neben Foodwatch sind auch die gesetzlichen Krankenkassen, die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder, die Verbraucherzentralen, die Bundesärztekammer, der Bundeselternrat sowie Patientenverbände für die Nährwert-Ampel. [mbu]

- ▶ FSA-Studie (PDF, 158 S., 940 kB): www.kurzlink.de/ampelstudie-fsa
- ▶ Verordnungsentwurf der EU-Kommission (PDF, 95 S., 420 kB): www.kurzlink.de/ampel-eu-2008
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Spritverbrauch von Autos

EU-Beschwerde soll Kennzeichnung erzwingen

■ Im August hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bei der EU-Kommission Beschwerde über die unzureichende Kennzeichnung des Spritverbrauchs von Neuwagen bei deutschen Autohändlern eingereicht. Damit sollen Bundes- und Landesbehörden dazu gebracht werden, die seit 2004 geltende Verbraucherkennzeichnung für Neuwagen durchzusetzen. Schon im letzten Jahr hatte die DUH ein Vertragsverletzungsverfahren initiiert, das die EU-Kommission aber im Frühjahr beendete.

Die Kommission vertraute dabei der Zusicherung der Bundesregierung, die Kennzeichnungsverordnung werde in Deutschland ohne Beanstandungen umgesetzt. Laut DUH ist das aber nicht der Fall. Der Verbraucherzentrale-Bundesverband bestätigte entsprechende Ergebnisse einer Marktbeobachtung der Umweltorganisation. Danach enthält mehr als die Hälfte aller Autohäuser ihren KundInnen gesetzlich vorgeschriebene Informationen über Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß von Neuwagen vor. Das sei ein Verstoß gegen die Energieeffizienzvorschriften der EU und Betrug am Verbraucher. [mbu]

- ▶ DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Langzeitstudie

Bioware ist auch gesünder

■ In einer EU-weiten Langzeitstudie haben Ökolebensmittel ernährungsphysiologisch besser abgeschnitten als konventionelle. Sie enthielten deutlich mehr Nährstoffe. Das EU-Projekt unter Leitung des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) lief über fünf Jahre.

Die Forscher konnten nachweisen, dass Salat, Tomaten, Kartoffeln oder Kohl aus ökologischem Landbau deutlich mehr Vitamine, bioaktive Stoffe und sogenannte Antioxidantien enthalten. Diese unterstützen das Immunsystem und gelten als risikomindernd für Krebserkrankungen. Grund für die besseren Nährwerte von Bionahrung ist laut Studie die organische Düngung, deren Wirkung bisher unterschätzt worden sei. Bei der Biomilch Sorge die Fütterung der Tiere mit Gräsern und Kräutern für eine andere Zusammensetzung der Milch, sodass diese für Menschen mit Cholesterinproblemen besser geeignet sei als konventionelle Milch.

Das FiBL und der Deutsche Naturschutzring (DNR) sehen durch die Studie eine kurz zuvor veröffentlichte Untersuchung der britischen Lebensmittelbehörde FSA widerlegt. Diese hatte keine deutlichen Gesundheitsvorteile von Biolebensmitteln festgestellt. Die FSA-Studie habe Untersuchungen unterlassen, die den höheren Gehalt von bioaktiven Stoffen bei Bioobst belegt hätten, kritisierte DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann. Auch problematische Rückstände von Pestiziden, Wachstumsregulatoren, Schwermetallen und Nitraten im konventionellen Anbau seien nicht berücksichtigt worden. Dabei seien die negativen Wirkungen dieser Schadstoffe für Kleinkinder längst bekannt. [mbu]

- ▶ FiBL-Studie: www.qlif.org
- ▶ FiBL, Dr. Urs Niggli, Frick, Tel. +41 (0)62 / 8657270, E-Mail: urs.niggli@fibl.org, www.fibl.org
- ▶ FSA-Studie (PDF, 52 S., 330 kB): www.kurzlink.de/organicreviewreport

Kontamination

Genmanipulierter Leinsamen

■ Im September ist in Deutschland in mindestens sechs Bundesländern gentechnisch veränderter Leinsamen auf den Markt gekommen, der in der EU nicht zugelassen ist. Das bestätigte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Funde gab es bisher in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Das BVL geht davon aus, dass die gentechnisch veränderte Leinsaat aus Kanada stammt und über Belgien und die Niederlande importiert wurde. Eine akute Gesundheitsgefahr bestehe nicht, so das Amt.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) forderte die EU-Kommission auf, sofort tätig zu werden, um das illegale Inverkehrbringen des Genleinsamens zu stoppen. Nach Angaben von Greenpeace nahmen die Hersteller die betroffenen Produkte vom Markt, allerdings erst nachdem die Umweltorganisation die Namen der Produkte genannt hatte. Diese Auskunft hatten die Behörden verweigert. [mbu]

- ▶ BVL, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1844400-200, E-Mail: pressestelle@bvl.bund.de, www.bvl.bund.de
- ▶ Greenpeace-Test: www.kurzlink.de/gen-leinsaat
- ▶ www.keine-gentechnik.de

Gentechnikfreie Zonen

Mehr Rechte für Regionen?

■ Europas Regionen sollen künftig selbst über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen entscheiden können. Das forderten Vertreter europäischer Regionen auf einer Konferenz im September in München. Weder das Konzept der Koexistenz noch das Recht, einzelne Gentechnikpflanzen zu verbieten, reichten aus, um bestimmte Regionen zu schützen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Repräsentanten aus Österreich, Frankreich, Polen, Italien und Deutschland. Nach dem Willen des Regionengipfels sollen vor allem Gebiete mit starken Traditionen, hochwer-

tiger regionaltypischer Lebensmittelproduktion, kleinräumiger Landwirtschaft oder schützenswerter Natur besser vor Gentechpflanzen geschützt werden.

In den EU-Staaten gibt es zahlreiche Möglichkeiten, verbindliche gentechnikfreie Zonen zu schaffen. Nach einem von den Grünen in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten erlaubt das EU-Recht ausdrücklich die Ausweisung solcher Gebiete. Anderslautende Behauptungen etwa von den Unionsparteien seien damit widerlegt, hieß es Ende August bei den Grünen.

In Europa haben bereits mehr als 260 Regionen, über 4.500 Gemeinden und Zehntausende Bauern ihr Territorium zu gentechnikfreien Regionen erklärt. Allerdings sind diese Deklarationen freiwillig. Kein Landwirt müsste in einer gentechnikfreien Zone auf den Anbau von Genpflanzen verzichten. Gentechnikfreie Gebiete verbindlich festzulegen scheiterte bisher angeblich am EU-Recht.

Die Verfasser des Grünen-Gutachtens kommen hier jedoch zu einem anderen Ergebnis: „Gebietsbezogene Anbauverbote zum Schutz der Gentechnikfreiheit“ könnten erforderlich werden, wenn anders kein ausreichender Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen gewährleistet sei. Solche Gebietsfestsetzungen seien mit EU-Recht vereinbar und könnten unbefristet oder befristet erlassen werden. Grundstücksbesitzer könnten den Anbau verbieten.

Auch die Ausweisung gentechnikfreier Zonen beispielsweise in Naturschutzgebieten überlässt das EU-Recht den Mitgliedstaaten. Für eine verbindliche Regelung müsste allerdings das deutsche Gentechnikgesetz geändert werden, schreiben die Juristen. Der EU-Umweltministerrat hatte in den letzten Monaten betont, er wolle gentechnikfreie Gebiete fördern.

Auch die EU-Kommission erwägt eine Zulassung nationaler Anbauverbote für Gentechpflanzen. Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sagte im September in Brüssel, es werde geprüft, ob man den Mitgliedstaaten in dieser Frage mehr Freiheit geben könne.

Der Europaabgeordnete der Grünen Martin Häusling und die Gentechnikexpertin des BUND Heike Moldenhauer

warten allerdings vor einem „europäischen Flickenteppich“ durch einzelstaatliche Verbote. Schon heute seien die Sojaimporte aus Südamerika nur schwer in gentechnische und konventionelle Ware zu trennen. Gehe die EU nicht mehr einheitlich vor, würden unbeabsichtigte Kontaminationen zunehmen. Dann müsse Europa sich irgendwann den Tatsachen beugen und Gentechnik zulassen. Genau das sei aber „die Strategie der Konzerne“. Außerdem gelte dann jedes Verbot nur bis zur nächsten Landtagswahl. „Dann droht ein völliges Chaos“, sagte Häusling. [mbu, mb]

- ▶ Erklärung zur Gentechnik in Europa (PDF, 4 S.): www.kurzlink.de/regionengipfel
- ▶ Rechtsgutachten Deutschland (PDF, 9 S.): www.kurzlink.de/regionen-genfrei
- ▶ Gentechnikfreie Regionen in Europa: www.gmo-free-regions.org
- ▶ EU-Parlament, Martin Häusling, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2847820, www.martin-haeusling.de

Kennzeichnung

Ohne Gentechnik, mit Logo

■ Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat im August ein bundesweites Siegel für gentechnikfrei produzierte Lebensmittel vorgestellt. Das neue Siegel erhalten nur Produkte, die ohne genmanipulierte Pflanzen hergestellt werden. Erzeuger von Milch, Eiern und Fleisch müssen garantieren, dass sie auch an ihre Tiere keine Genpflanzen verfüttern.

Grundlage für das grüne Viereck mit weißer Schrift und weißem Pflänzchen ist die Regelung für die freiwillige Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel, die seit Mai 2008 in Kraft ist. Bisher hatten nur wenige Lebensmittelhersteller wie die Molkerei Campina (Landliebe) oder die Upländer Bauernmolkerei ihre Waren als gentechnikfrei gekennzeichnet. Mit dem einheitlichen Kennzeichen soll ein höherer Wiedererkennungswert von gentechnikfreien Produkten erreicht werden.

Die Grünen nannten die Einführung des einheitlichen Siegels einen wichtigen Schritt, um die gentechnikfreie Produktion

zu fördern und den Markt für gentechnikfreie Futtermittel auszubauen. Allerdings reiche ein freiwilliges Siegel für gentechnikfreie Produzenten nicht aus. Vielmehr müssten die Verursacher gentechnischer Verunreinigungen in die Pflicht genommen werden. Die gesetzliche Kennzeichnungslücke für Fleisch, Eier und Milch, die mit Futtermitteln aus Gensoja und Genmais erzeugt werden, müsse geschlossen werden. Ministerin Aigner müsse im EU-Agrarministerrat den entsprechenden Vorschlag des EU-Parlaments unterstützen. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2844-20, Fax -2210, www.gruene-partei.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Inwertsetzung von Ökosystemen

Für Naturschutz zahlen heißt das Klima schützen

■ Investitionen in die Wiederherstellung und Erhaltung von Ökosystemen können eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme gegenüber Klimaschwankungen spielen. Dies ist das Ergebnis einer im September veröffentlichten UN-Studie zum ökonomischen Wert der Arten und Lebensräume im Klimawandel. Laut dem Bericht des globalen Projekts „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) könnte allein eine Investition von 45 Milliarden US-Dollar in Schutzgebiete naturbezogene Leistungen im Wert von fünf Milliarden Dollar pro Jahr sichern. Darin einbezogen seien sowohl die Wertschöpfung im Tourismus als auch die kostenfreien Dienstleistungen der Natur wie sauberes Wasser, Böden und Luft.

Der TEEB-Bericht weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Finanzierungsver-

einbarung für Wälder auf der UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen eine hohe Priorität haben müsse. Schätzungsweise 15 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes werden jährlich durch die Wälder gebunden. Zudem sorgen Wälder für Trinkwasser, die Stabilisierung des Bodens, Nährstoffe für die Landwirtschaft, Möglichkeiten für Ökotourismus sowie Nahrung, Fasern und Brennstoffe. Die Autoren der TEEB-Studie fordern die Regierungen auf, schon jetzt Ökosystemleistungen in ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbeziehen. [bv]

- ▶ UNEP, TEEB, Georgina Langdale, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8150572, www.teebweb.org

EU-Biodiversitätsschutz

Post-2010-Visionen

■ Die EU-Umweltminister und weitere Entscheidungsträger haben bei einem sogenannten High-Level-Treffen im September im schwedischen Strömstad über Möglichkeiten für den europäischen Biodiversitätsschutz nach 2010 diskutiert. Im Mittelpunkt standen dabei die Leistungen der Ökosysteme und der Klimawandel. Die Delegierten waren sich einig, dass die Staaten weltweit für den Erhalt der Biodiversität mobilisieren müssen. Die Verbindung zwischen Klimapolitik Biodiversitätsschutz müsse gestärkt werden, denn der Klimawandel habe negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, was wiederum einen negativen Effekt auf das Klima habe. Diese Spirale müsse aufgehalten werden. Den Wert der von der Natur bereitgestellten Leistungen zu ermitteln sei ein Weg, um die Anforderungen an den Biodiversitätsschutz zu verdeutlichen.

„Die EU hat nun eine starke Botschaft für die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen: Wir wollen die Länder der Welt mobilisieren, die Abholzung aufzuhalten, sich für die Wiederbewaldung und für eine nachhaltige Forstwirtschaft einzusetzen“, sagte der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren nach der Konferenz.

Das Europäische Umweltbüro (EEB)

und die Naturschutzorganisation BirdLife International hatten zusammen mit schwedischen Partnern Forderungen für das Treffen in Strömstad formuliert. Die Naturschützer plädieren darin unter anderem für eine finanzielle Wertschätzung der Biodiversität und der Ökosysteme. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/stroemstad-post2010
- ▶ EEB/BirdLife: www.kurzlink.de/ngo-stroemstad

Cross Compliance

Tipps für die EU-Agrarwende

■ Im Juli hat das Bundesamt für Naturschutz eine Broschüre über „Cross Compliance und Auswirkungen auf die Biodiversität“ veröffentlicht. Die Broschüre enthält Empfehlungen zur Weiterentwicklung der deutschen und europäischen Agrarpolitik zugunsten der Biodiversität im Hinblick auf die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2013. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/crosscompliance-bidi

Vogeljagd

Gericht verurteilt Malta

■ Im September hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Malta wegen der Jagd auf Zugvögel verurteilt. Malta hatte auch nach seinem EU-Beitritt 2004 weiter die Frühjahrsjagd auf Wachteln und Turteltauben geduldet, obwohl dies nicht mit der EU-Vogelschutzrichtlinie vereinbar ist. Auf Drängen von Naturschutzverbänden hatte die EU-Kommission 2006 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Malta eröffnet. Doch erst nachdem die EU-Kommission im Februar 2008 Klage gegen Malta vor dem EuGH eingereicht hatte, stoppte Malta erstmals die besonders umstrittene Jagd im Frühling. Vogelschutzverbände begrüßten das Urteil. [bv]

- ▶ Urteil C-76/08: www.kurzlink.de/eugh-c-76-08
- ▶ Komitee gegen den Vogelmord, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6655-21, Fax -80, www.komitee.de

Artenschutz

Anwälte des Wolfes

■ Der Naturschutzbund hat im September ein Rechtsgutachten zum Schutzstatus des Wolfes in Deutschland vorgelegt. Es stellt dar, in welchem Maß die vorhandenen nationalen und internationalen rechtlichen Vorgaben den Schutz der Wölfe in Deutschland gewährleisten, auch mit Blick auf die Debatte um das rechtliche Vorgehen und das Strafmaß bei illegalen Wolfsabschüssen. Mit einem neuen Positionspapier informiert der NABU über die aktuelle Lage der in Deutschland noch immer seltenen Art, nennt die zukünftigen Herausforderungen und macht Vorschläge für den Umgang mit dem Wolf. [bv]

- ▶ NABU, Artenschutzexperte Magnus Herrmann, Berlin, Tel +49 (0)30 / 284984-1618, E-Mail: magnus.herrmann@nabu.de, www.nabu.de/wolf

Moore

Klimaschutz per Mooranleihe

■ Der in Mecklenburg-Vorpommern entwickelte Ansatz zur Abschätzung der Klimarelevanz von Mooren soll Eingang in die internationalen Klimaverhandlungen finden. Das teilte das Landesumweltministerium mit. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der moorreichsten Bundesländer. Ein im August vorgestelltes „Konzept zum Schutz und zur Nutzung der Moore“ soll dazu beitragen, dass intakte Moorstandorte erhalten, die Grundwasserstände erhöht und extensive Grünlandnutzung mit Wassermanagement weiter gefördert werden. Für die Umsetzung der Konzeptvorschläge stehen dem Ministerium zufolge jährlich rund zwölf Millionen Euro bereit, weitere Mittel seien durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erwarten. Außerdem will das Land nach der „Waldaktie“ nun mit der „Mooranleihe“ ein weiteres ökologisches Wertpapier auflegen. Die Einnahmen sollen in einen Moorfonds fließen, der laufende Schutzvorhaben unterstützt. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/meck-pom-moorschutz

„Unsere Seen sind das Tafelsilber der Deutschen Einheit und dürfen nicht verhökert werden!“

Bauherren in Brandenburg privatisieren Uferwege und Badestellen, während zuständige Behörden aus Personalmangel ihren Kontrollaufgaben nicht nachkommen. Umweltverbände wollen Seen nun für Naturschutz und Öffentlichkeit erwerben. Doch auf Bundesebene kommt ihnen das Argument der Wirtschaftlichkeit in die Quere und auf Landesebene die Verschlafenheit der Regierungen. Rüdiger Herzog von den Naturfreunden Brandenburg will den Verkauf von Biotopen an Einzelne verhindern.

umwelt aktuell: Herr Herzog, immer mehr Immobilienkäufer kaufen Seegrundstücke in Brandenburg und wollen die Uferidylle dann ganz privat für sich haben. Mit welchen Folgen?

Rüdiger Herzog: Wenn Seegrundstücke und Seen privatisiert werden, führt das in der Tendenz dazu, dass sie abgesperrt und bebaut werden. Schilfgürtel werden zerschnitten, Feuchtwiesen versiegelt, direkt am Ufer entstehen Ferien- und Wohnsiedlungen. Für Normalverbraucher ist da kein Platz mehr. Wanderwege werden unterbrochen, Badestellen dichtgemacht, Fischer fürchten um ihre Pachtverträge. Wenn Seen und Ufer verramscht werden, hat das also auch eine soziale Komponente.

Haben Sie da ein Beispiel vor Augen?

Die Uferbereiche des Scharmützelsees südöstlich von Berlin wurden und werden vermarktet. Wanderer oder Radwanderer kommen nur noch an einzelnen Stellen an den See. Ein Steg nach dem anderen wird gebaut. Unmittelbar an der Uferlinie entstehen Villen, mal mit naturschutzrechtlicher und baurechtlicher Genehmigung, mal ohne. Dadurch sinkt natürlich auch das Potenzial für den naturnahen Tourismus. Unsere Mitstreiterin, die Historikerin Regine Auster, kritisiert Anliegergemeinden, die auf Tourismus setzen, aber sehenden Auges erlebbare Ufer verlieren: „Das ist, wie wenn ich mir Besuch einlade, aber alle Türen verschlossen halte.“

Naturschutzverbände wollen nun Seen kaufen. Können Erholungs- und Umweltschutzinteressen dann besser miteinander verbunden werden?

Wandern, Baden, Radfahren widersprechen äußerst selten den Naturschutzzielen eines Gebietes. Nach meinem Verständnis gehören Naturschutz und Bewegung in der Natur zusammen. Schließlich ist nur bereit, die Natur zu schützen, wer sie kennt und schätzt. Ich freue mich über jeden See, den der NABU oder andere Umweltvereine kaufen können. Sie sichern damit einerseits wertvolle Biotope, andererseits den öffentlichen Zugang. Allerdings verkauft der Bund Seen und Ufergrundstücke meistbietend. Kommunen und Umweltverbände können da nur selten

mithalten. An den Seen, wo es brennt, sind sie daher quasi ausgeschlossen.

Und deshalb gibt es die Ufer-frei-Kampagne der Brandenburger Naturfreunde?

„Ufer frei“ beruht auf dem Gruß der Naturfreunde „Berg frei“. Und der hat seine Geschichte in der österreichisch-ungarischen Monarchie, als die Naturfreunde gegen versperrte private Wälder und Berge protestierten. Unter uns – ich fand diese Lösung viele Jahre total verstaubt. Aber nun stelle ich fest, dass sie gerade in Brandenburg brandaktuell ist. Wir wollen ein Netz aus Betroffenen, Naturschützern, Wissenschaftlern und Politikern entwickeln, das sich für zugängliche Ufer einsetzt. Einerseits muss dafür die Vermarktung der Seen und Ufergrundstücke gestoppt werden, andererseits brauchen wir ein ordnungsrechtliches Instrumentarium. Das Land Brandenburg ist da säumig. In der Landesverfassung steht, dass Land und Kommunen die Zugänglichkeit gegebenenfalls durchsetzen können müssen. Der Landtag hat jedoch diese Passage nicht in Gesetzesform gegossen. Die Verfassung ist in diesem Punkt zahnlos. Wir werden eine Petition an den Landtag richten, um eine Gesetzesinitiative einzufordern. Wichtig erscheint mir auch, die Unteren Naturschutzbehörden zu stärken. Diese Behörden haben viele Aufgaben und wenig Personal. Sie werden von den meisten Landräten und Oberbürgermeistern ausgesprochen stiefmütterlich behandelt. Doch sie sind zumeist für die Wanderwege zuständig und können Absperrungen und Verbauungen ahnden. Denn nicht selten verstoßen Bauherren gegen naturschutzrechtliche Vorgaben. Dafür brauchen die Unteren Naturschutzbehörden aber angemessene personelle und juristische Hilfe.

Wie sieht es in anderen Bundesländern aus?

Andere Bundesländer sind weiter. In Baden-Württemberg beispielsweise können die Naturschutzbehörden und auch die Kommunen eine Zugänglichkeit anordnen. Ich hoffe sehr auf frischen Wind im Landtag Brandenburg nach der Wahl in diesem Jahr. Wir fordern auch, dass Brandenburg seine Uferstrukturen systematisch erfasst. Dabei denke ich an Bebauungs-

grad, Schilfbestand, Morphologie und so weiter. Solch eine Bestandsaufnahme würde wichtige Wechselwirkungen offenlegen und Entwicklungen verdeutlichen. Unsere Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind da bereits aktiver.

Was fordern Sie auf Bundesebene?

Der Bundestag sollte die Vorgaben für den Umgang mit ehemaligen volkseigenen Immobilien in den neuen Bundesländern korrigieren. Die Bundesanstalt für Immobilienfragen ist nämlich gesetzlich verpflichtet, wirtschaftlich zu veräußern. Ich bin der Meinung, die Seen und Ufergrundstücke sollten in der Hand des Bundes verbleiben. Das sichert langfristige Pachteinnahmen und das öffentliche Interesse. Die derzeit zum Verkauf angebotenen Seen sind Teil des Tafelsilbers der deutschen Einheit. Das sollte geputzt und nicht verhökert werden.

Worauf können BürgerInnen vor Ort achten?

Die Kommunen sind zwar selten in der Lage, Ufergrundstücke und Seen zu kaufen. Aber sie können sie beplanen. Das können informelle Planungen sein wie Uferwege, besser sind handfeste Bebauungspläne. Sie müssen ja nicht eine Bebauung planen, können aber Nutzungen festlegen. Naturschützer und Kommunalpolitiker sollten ihre Städte und Gemeinden in diese Richtungen bewegen. Leider sind da viele Kommunen sehr schwerfällig.

[Interview: Juliane Grüning]

Rüdiger Herzog ist Vorsitzender der Naturfreunde Brandenburg. Er hat Wasserwirtschaft und Raumplanung studiert und war Geschäftsführer des Landesbüros anerkannter Naturschutzverbände. Zurzeit arbeitet er im Bundestag.

**Kontakt: Tel. +49
(0)331 / 2015541,
E-Mail: mail@
naturfreunde-
brandenburg.de,
www.ufer-frei.de**



STADT & REGION

Forschungsförderung**Klimaanpassung vor Ort**

■ Das Bundesforschungsministerium fördert in sieben Regionen Deutschlands Projekte zur Anpassung an den Klimawandel. Die im Rahmen des Programms Klimazug geförderten Forschungsgruppen sollen modellhaft analysieren, wie auf die veränderten Klimabedingungen reagiert werden kann. So geht es der Emscher-Lippe-Region um die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, in Nordhessen und Dresden um den Aufbau von Netzwerken aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Auf den Küstenschutz in der Ostseeregion zielt das RA Ost-Vorhaben mit rund 60 Partnern. Offiziell startet das Projekt im Oktober mit der Konferenz „Küstenmanagement und Klimawandel“ in Rostock.

Die sieben Modellregionen erhalten bis 2014 insgesamt 80 Millionen Euro. Ziel ist auch, feste Strukturen für den Wissensaustausch zu etablieren und die Ergebnisse auf andere Regionen zu übertragen. [jg]

► www.klimazug.de

Nachhaltigkeit**Lokale-Agenda-Konferenz**

■ Zum dritten Mal trifft sich Ende Oktober das Netzwerk 21 zu einer Konferenz der in lokalen Nachhaltigkeitsprozessen aktiven Kommunen. Auf dem zweitägigen Netzwerk-21-Kongress in Köln finden Workshops zu Querschnittsthemen statt, die Umwelt- und Klimaschutz, Entwicklungszusammenarbeit, soziale und wirtschaftliche Fragen sowie Partizipation und Bildung verknüpfen. Nach dem Aus für die Servicestelle zur Lokalen Agenda ist der jährliche Kongress der Ort, wo sich die Gemeinden zu Nachhaltigkeitsthemen bundesweit austauschen können. [jg]

► www.netzwerk21kongress.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche I**Geld für Alternativmethoden**

■ Die EU-Kommission und die Kosmetikindustrie wollen Forschungsarbeiten zu tierversuchsfreien Sicherheitstestverfahren finanzieren. Die Kommission rief Ende Juli zur Einreichung entsprechender Vorschläge auf und will 25 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung stellen. Der Verband der europäischen Kosmetikerhersteller Colipa sagte den gleichen Betrag zu. Die Forschungsprojekte sollen die Grundlage für künftige Sicherheitstestverfahren legen, die bessere Vorhersagen zulassen sowie schneller und billiger sind als die bisher üblichen Tierversuche. [mb]

► www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1262)

Tierversuche II**Uni klagt für Affenversuche**

■ Der Bremer Hirnforscher Andreas Kreiter versucht weiter, seine Versuche an Affen gegen die Entscheidung der Gesundheitsbehörde durchzusetzen. Vor einem Jahr hatte Senatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) einen Antrag von Kreiter zur Fortsetzung der Versuche an der Universität Bremen abgelehnt. Kreiters Widerspruch dagegen wies die Behörde Mitte August endgültig ab. Anfang September reichte die Universität dagegen Klage ein. Sie will bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Das könnte eine Grundsatzdebatte über Forschungsfreiheit und Tierschutz auslösen.

Seit 1998 werden an der Universität Bremen Hirnversuche an Affen durchgeführt. Von Anfang an forderten der Bremer Tierschutzverein und sein Dachverband Deutscher Tierschutzbund sowie weitere Gruppen den Stopp dieser Versuche. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Tierhaltung**7.500 Ziegen in einem Betrieb**

■ In Niedersachsen soll Europas größte Massentierhaltungsanlage für Ziegen entstehen. Die Petri Feinkost GmbH, bekannt durch „Petrella“, hat in ihrem Heimatkreis Holzminden die Landesdomäne Heidbrink gekauft. In drei Großställen sollen jeweils 2.500 Milchziegen gehalten werden. Das wäre die erste industrialisierte Ziegenhaltung in Deutschland. Der Deutsche Tierschutzbund kämpft mit seinem Landesverband Niedersachsen gegen das Projekt, das zudem in einem Landschaftsschutzgebiet geplant ist. Nach Ansicht des Tierschutzbundes ist industrielle, ganzjährige Stallhaltung nicht artgerecht und verstößt gegen EU-Vorgaben. Die Haltung von Ziegen als Hochleistungstiere führe zu haltungsbedingten Krankheiten und einer Verkürzung der Lebenserwartung ähnlich wie bei Milchkühen. Die arttypischen Bedürfnisse, insbesondere das Bewegungsbedürfnis, erfülle diese Haltung nicht. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Reformvertrag**Deutschland verabschiedet Lissabon-Begleitgesetze**

■ Bundestag und Bundesrat haben im September die Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag verabschiedet. Damit ist der Weg frei für die Ratifizierung des neuen EU-Vertrages durch Bundespräsident Horst Köhler. Neben Deutschland steht die Ratifizierung noch in Polen, Tschechien und Irland aus.

Eine Änderung der Begleitgesetze war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende Juni eine Zustimmung zum Lissabon-Vertrag von einer Ausweitung der parlamentarischen

Mitbestimmungsmöglichkeiten in EU-Angelegenheiten abhängig gemacht hatte.

Die jetzt vereinbarten Änderungen entsprechen einer minimalistischen Umsetzung der Vorgaben des Verfassungsgerichtes. Vielfach werden lediglich Abläufe, die in der Vergangenheit gängige Praxis waren, in Gesetzesform gegossen. Bundestag und Bundesrat erhalten vor allem mehr Informationsrechte, zudem müssen sie zustimmen, wenn Deutschland zusätzliche Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen will. [ms]

► Gesetzesentwürfe:
www.kurzlink.de/bt-eu-begleitetsetz

EU-Kommission

Barroso bleibt im Amt

■ Das EU-Parlament hat Mitte September den vom Europäischen Rat bereits im Juni vorgeschlagenen Konservativen José Manuel Barroso in seinem Amt als EU-Kommissionspräsident bestätigt. Der 53-jährige Portugiese erhielt 382 von den 718 gültigen Stimmen, das sind 55 Prozent. 117 ParlamentarierInnen hatten sich enthalten, 219 Abgeordnete stimmten gegen ihn.

Welche und wie viele Kommissionsmitglieder ihn in seiner Amtszeit unterstützen werden, hängt vom Ausgang der Volksabstimmung in Irland am 2. Oktober

ab. Stimmen die Iren mit Ja, könnte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, stimmen sie mit Nein, wird nach dem Vertrag von Nizza gewählt. Letzteres hätte eine Verkleinerung der EU-Kommission zur Folge, sodass nicht mehr jedes Land eine Person nach Brüssel entsenden würde. Zunächst bleiben die jetzigen KommissarInnen noch im Amt. Weil Danuta Hübner und Louis Michel ins EU-Parlament und Dalia Grybauskaitė zur Staatspräsidentin Litauens gewählt wurden und aus der jetzigen EU-Kommission ausschieden, wurden der Litauer Algirdas Šemeta (Haushalt), der Pole Paweł Samecki (Strukturpolitik) und der Belgier Karel De Gucht (Entwicklungszusammenarbeit) nachnominiert und vom Parlament bestätigt. [jg]

► www.europarl.eu

Barrosos wolkige Visionen

Der Präsident der Europäischen Kommission hat seine politischen Leitlinien vorgestellt. Jenseits einiger grüner Rhetorik verheißen sie ökologischen Stillstand. Ein Kommentar von Juliane Grüning vom Deutschen Naturschutzring

Der alte und neue EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat „politische Leitlinien für die nächste Kommission“ vorgelegt. Der 53-Jährige möchte dies aber nicht als Arbeitsprogramm verstanden wissen, sondern als seine Veranschaulichung der Grundlagen für einen Konsens aller proeuropäischen Kräfte.

Nun ist Barroso wahrlich nicht gerade als Sozial- oder Umweltpolitiker bekannt. Auch seinem Papier ist das anzumerken. Die meisten Formulierungen zum Klimaschutz sind wirtschaftsbezogen: „Nun müssen wir zeigen, wie die Bekämpfung des Klimawandels dazu beitragen kann, unsere Volkswirtschaften zu modernisieren, und inwiefern sie die richtige Plattform bietet, um aus unserer Vorreiterrolle in technologischen Bereichen den entsprechenden Nutzen zu ziehen.“ Darüber hinaus geht es Barroso hauptsächlich darum, Europas Energieversorgungssicherheit zu erhöhen. Immerhin nennt er die „Verringerung des Kohlenstoffgehalts in der Stromversorgung und im Verkehrssektor“ als Ziel. Aber wenn Barroso von Nachhaltigkeit spricht, meint er nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Zwar hält er es für „notwendig“, dass die Wirtschaft Europas Landschaften, Küstengebiete und seine biologische

Vielfalt schützt – doch das gelingt nach Meinung des EU-Kommissionspräsidenten am besten durch offene Märkte und „Investitionsregelungen im Dienste europäischer Interessen“.

Auch bei weiteren Themen spricht die Wortwahl Bände. Europas Landwirtschaft findet Barroso „erstklassig“. Er möchte, „dass die ‚Meeresautobahnen‘ und Hochgeschwindigkeitsseewege Wirklichkeit werden“. Wenn Barroso von einer aktiven Verbraucherpolitik spricht, meint er lediglich, dass die Menschen „vertrauensvoll am Binnenmarkt teilnehmen können“. Wenn das das Einzige ist, was er unter „Märkte in den Dienst der Bürger stellen“ versteht, können sich Umwelt-, Gesundheits- und VerbraucherschützerInnen auf fünf heiße Jahre gefasst machen. Europas Umweltverbände laufen sich schon mal warm: Ihr Dachverband, das Europäische Umweltbüro, machte deutlich, dass es ein grün gestrichenes „Weiter so“ nicht hinnehmen wird.

Juliane Grüning ist Mitarbeiterin der EU-Koordinationsstelle des DNR.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177581,
www.eu-koordination.de**

EU-Erweiterung

Island will in die EU

■ Island hat im August formell einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt. Nach längeren Unstimmigkeiten gab eine knappe Mehrheit im isländischen Parlament, dem Althing, letztlich grünes Licht.

Island sei umweltpolitisch auf den EU-Beitritt gut vorbereitet, sagte Umweltministerin Svandís Svavarsdóttir. Durch die Zugehörigkeit zum Europäischen Wirtschaftsraum seien Abfallmanagement, Luftqualität, Chemikalien- und Lärmpolitik ohnehin schon EU-rechtskonform. Nur beim Biodiversitätsschutz und der Fischereipolitik müssten die isländischen Gesetze noch angepasst werden. Svavarsdóttir kündigte an, sich der gentechnikkritischen Gruppe der EU-Mitgliedstaaten anschließen zu wollen. Island teile die Bedenken von Österreich und anderen Mitgliedstaaten.

Island könnte zwischen 2010 und 2013 in die Europäische Union aufgenommen werden. Das Land würde damit an wartenden Beitrittskandidaten wie der Türkei oder Kroatien vorbeiziehen. [ans, jg]

► www.government.is

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

3

2009

NEU!



SCHWERPUNKT

Nachhaltigkeit in der Krise

Innovationen als Problemverstärker
oder Lösungsstrategie?

WEITERE THEMEN

- Grüne Gentechnik: 78 Prozent Ablehnung reichen nicht
- Zum politischen Verständnis von Nachhaltigkeit
- Die deutsche Umweltindustrie fit machen für die Zukunft

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@de.rhenus.com

Leseproben, Informationen zur
Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

Wirtschaftspolitik

Mehr Öko ins BIP

■ Die EU-Kommission will das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiterentwickeln. Ihrer Ansicht nach kann der 70 Jahre alte Indikator die komplexe Situation heutiger Gesellschaften nicht mehr wiedergeben. Das BIP misst lediglich die Summe der wirtschaftlichen Aktivitäten, ignoriert aber soziale und ökologische Fragen. Es werde dennoch als Maß für die Gesamtentwicklung einer Gesellschaft betrachtet, so die Kommission in einer Mitteilung an EU-Ministerrat und Parlament. Daher müsse der Indikator ergänzt werden. Die Kommission schlägt fünf Maßnahmen vor:

- ▶ Ergänzung durch ökologische und soziale Indikatoren;
- ▶ Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung;
- ▶ genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten;
- ▶ Entwicklung eines europäischen Indikators für nachhaltige Entwicklung;
- ▶ Einbeziehung von ökologischen und sozialen Fragen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll zunächst durch ökologische Faktoren ergänzt werden. Im nächsten Jahr will die Kommission einen rechtlichen Rahmen für die Erstellung umweltökonomischer Gesamtrechnungen vorlegen. Dann sollen auch soziale Aspekte einfließen. [ms]

- ▶ Mitteilung: www.kurzlink.de/com2009-433.pdf

EU-Nachhaltigkeitsstrategie

Gemischte Bilanz

■ Die EU-Kommission hat nach drei Jahren eine in Teilen positive Zwischenbilanz ihrer Nachhaltigkeitsstrategie gezogen. Die Überprüfung habe in allen sieben Schwerpunktbereichen Fortschritte gezeigt. Dennoch gebe es noch zahlreiche Gegen-trends wie den steigenden Ressourcenverbrauch, den Artenverlust und die Zunahme des Energieverbrauchs im Verkehr.

Der Bericht soll dem Europäischen Rat beim nächsten Gipfel im Dezember als Grundlage dienen, um die Prioritäten der Strategie zu überprüfen und Leitlinien für ihre künftige Ausrichtung zu formulieren. Bis dahin will auch das EU-Statistikamt Eurostat für die Nachhaltigkeitsstrategie wichtige Daten veröffentlichen. [jg]

- ▶ Bericht KOM 2009/400 endg. (deutsch, 19 S.): www.kurzlink.de/com2009-400.pdf

Ressourcenpolitik II

Spezialmetalle sind bald alle

■ Mitte September haben sich im Schweizer Kurort Davos 350 ExpertInnen zum Weltressourcenforum (WRF) versammelt, um zwei Tage lang über globale Rohstoffknappheit und mögliche Gegenmaßnahmen zu debattieren. Besonders für die Ausbeutung mineralischer und seltener metallischer Ressourcen, die im weltweiten Wettbewerb immer heißer umkämpft sind, wurden wirtschaftliche Rahmenbedingungen diskutiert. Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) verlangte EU-weite Ziele und Strategien zur radikalen Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.

Die WRF-TeilnehmerInnen forderten in einer Abschlusserklärung von der Politik, bis spätestens 2015 weltweite Pro-Kopf-Ziele sowie mittelfristig Steuern für den Verbrauch natürlicher Ressourcen einzuführen und die wirtschaftliche Entwicklung vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Bis 2012 müssten außerdem auf allen Ebenen von Einzelpersonen bis zu internationalen Staatensystemen ökologische und ökonomische Indikatoren eingeführt werden, die die ökologischen Zusammenhänge beachteten und über das bisherige Berechnen des Bruttoinlandsproduktes hinausgingen.

Parallel tagte in Berlin eine Konferenz zum gleichen Thema. [jg]

- ▶ www.worldresourcesforum.org/wrf_declaration
- ▶ www.foeeurope.org (Media – 15.09.2009)
- ▶ www.uba.de/ressourcen

Ressourcenpolitik I

Aktionsplan nachwachsende Rohstoffe beschlossen

■ Das Bundeskabinett hat Anfang September einen Aktionsplan für nachwachsende Rohstoffe beschlossen. Es reagiert damit auf die Verknappung fossiler Ressourcen. Der Plan ergänzt den bereits im April vorgelegten Aktionsplan Biomasse. Er umfasst zwölf Handlungsfelder, darunter industrielle Biotechnologie, Zellstoffnutzung und Medikamente aus Pflanzen. Die Regierung will damit die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe ausbauen. Zunehmend sollen pflanzliche Rohstoffe fossile ersetzen. Bei Produktionsabläufen entstehende Abfälle sollen effizienter genutzt werden. Gleichzeitig unterstützt der Plan deutsche Agrarbetriebe – das Landwirtschaftsministerium hat die Federführung inne.

Die Bundesregierung erhofft sich einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Erreichung der Ziele der deutschen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategien. Bei der öffentlichen Beschaffung will sie Zeichen setzen und mehr Produkte und Dienstleistungen einkaufen, die auf nachwachsenden Rohstoffen basieren.

Die Erfüllung des Aktionsplans soll nach zwei Jahren überprüft werden. [jg]

► Aktionsplan: www.kurzlink.de/apl-nawaro09

Umweltbundesamt

Flasbarth: CO₂-frei bis 2050

■ Der neue Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Jochen Flasbarth hat im August von der neuen Bundesregierung eine Überarbeitung des Klimapakets gefordert, berichtete das Nachrichtenmagazin Spiegel. Bis 2050 soll Deutschland nach Meinung des ehemaligen NABU-Chefs und Abteilungsleiters Naturschutz im Bundesumweltministerium CO₂-frei sein. Besonders beim Verkehr müsse umgesteuert werden. Mehr Konzentration auf den öffentlichen Verkehr und die Förderung

von Leichtbauautos seien notwendig. Die Umweltverbände WWF, NABU, BUND, DUH und der Deutsche Naturschutzring (DNR) begrüßten die Ernennung Flasbarths, der sein Amt offiziell Anfang September angetreten hat. Der Präsident des DNR, Hubert Weinzierl, sagte: „Ich halte es für ein wichtiges Zeichen einer demokratischen Gesellschaft, wenn namhafte Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft besondere staatliche Ämter übernehmen.“

Den aus gesundheitlichen Gründen Ende Juli aus dem Amt geschiedenen UBA-Chef Andreas Troge würdigte Weinzierl als stets kommunikationsbereiten Ansprechpartner für die Umweltverbände. Troges wissenschaftliche Glaubwürdigkeit und seine „geradlinige Unbequemheit“ seien beispielhaft gewesen. [jg]

- UBA, Dessau-Roßlau, Tel. +49 (0)340 / 2103-0, E-Mail: info@umweltbundesamt.de, www.uba.de
- DNR, Hubert Weinzierl, Wiesenfelden/Niederbayern, Tel. +49 (0)9966 / 777, E-Mail: info@dnr.de

VERKEHR & TOURISMUS

Abgasnormen I

Euro-VI-Paket für Lkw in Kraft

■ Mitte Juli ist das sogenannte Euro-VI-Paket im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden. Seit August gilt damit die Regelung, die maximale Schadstoffemissionen für Lkw und Busse ab 2013 fest schreibt.

Das EU-Parlament hatte im Dezember 2008 der Neuregelung zugestimmt, die die Grenzwerte für Rußpartikel in neuen Nutzfahrzeugen um zwei Drittel senkt. Später sollen auch Obergrenzen für besonders gesundheitsschädliche ultrafeine Partikel gelten. Außerdem senkt die Euro-VI-Norm den Grenzwert für Stickoxidemissionen um 80 Prozent und regelt den Ausstoß von Kohlenwasserstoffen, Kohlenmonoxid und Ammoniak. Mit der Begrenzung der Partikelemissionen werden Partikelfilter für neue Lkw und Busse zur Pflicht.

Das lobten Umwelt- und Verkehrsver-

bände zwar, kritisierten aber die späte Einführung der schärferen Abgaswerte. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) verwies darauf, dass die Kommunen nach EU-Vorgaben die Grenzwerte für ihre Luftqualität schon Ende 2011 einhalten müssen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) und das Bündnis Transport & Environment (T&E) appellierten an die EU-Staaten, die Neuregelung rasch umzusetzen und finanzielle Anreize für die Umrüstung von Altfahrzeugen zu schaffen. T&E forderte ein Monitoring, das den tatsächlichen Schadstoffausstoß ab 2013 überprüfen soll. [mbu]

- EU-Amtsblatt: www.kurzlink.de/euro-6-norm
- T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 502-9909, Fax -9908, www.transportenvironment.org
- VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Abgasnormen II

CO₂-Grenzen für Kleinlaster

■ Die EU-Kommission will einen CO₂-Grenzwert für Kleinlastwagen einführen. Nach einem internen Richtlinienentwurf soll dieser ab Juli 2013 bei 175 Gramm CO₂ pro Kilometer und ab 2020 bei 135 Gramm liegen. Die durchschnittlichen Emissionswerte lagen 2007 bei 200 Gramm. Bei Überschreitung der Grenzwerte sollen Strafzahlungen fällig werden.

Die europäische Autoindustrie kritisierte das Einführungsjahr 2013 als unrealistisch, da die Entwicklungsphase für Kleinlaster sieben Jahre betrage. Die Umweltorganisation Transport & Environment bestritt dies. Die Emissionen einiger Dieselfahrzeuge seien in den letzten zwei Jahren um 25 Prozent gesenkt worden.

Derzeit kursiert der Entwurf der Generaldirektion Umwelt bei anderen Generaldirektionen. Die EU-Kommission will den Richtlinienvorschlag bis Anfang Oktober EU-Parlament und Ministerrat zur Mitentscheidung vorzulegen. [mv]

- T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 502-9909, Fax -9908, www.transportenvironment.org
- www.kurzlink.de/mitentscheidung

Motorisierter Individualverkehr**Elektromobilität als nationale Aufgabe?**

■ Im August hat die Bundesregierung einen Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität verabschiedet. Damit soll Deutschland zum Leitmarkt für die stromgetriebene Fortbewegung werden. Ziel sind eine Million Elektroautos bis 2020.

Dafür will die Bundesregierung in den nächsten Jahren vor allem in die Batterieforschung und den Aufbau der entsprechenden Infrastruktur investieren, teilen die Ministerien für Verkehr und für Wirtschaft mit. 500 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II sollen dafür zur Verfügung stehen.

Die Batterie gilt als der Schwachpunkt bei der Entwicklung der Elektromobilität. Eine moderne Lithium-Ionen-Batterie kostet mindestens 10.000 Euro, muss aber nach etwa 200 Kilometern mehrere Stunden lang aufgeladen werden. Dafür gibt es zu wenige Stationen. Verkehrsforscher warnten bereits vor logistischen Problemen. Experten sagen außerdem Engpässe bei Lithium voraus.

Nach Ansicht von Umweltorganisationen wird Elektromobilität auch in zehn Jahren eine Nischentechnologie sein. Höchstens zwei Prozent der Autos würden selbst nach den optimistischen Prognosen der Bundesregierung in zehn Jahren rein elektrisch fahren, rechnete die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor.

Wenn die Bundesregierung parallel zur Förderung der E-Mobilität den Ausbau der erneuerbaren Energien verspreche, müsse sie das auch gegen den Widerstand der Atom- und Kohlestromkonzerne durchsetzen, forderte der ökologische Verkehrsclub VCD. Klimaverträglich sei die Elektromobilität erst, wenn der dafür benötigte Strom vollständig regenerativ gewonnen werde. [mbu]

- ▶ Regierungsplan: www.elektromobilitaet2008.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org
- ▶ DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de

Mobilitätsstudie**Rad- und Bahnfahren wird immer beliebter**

■ In den letzten sieben Jahren hat es eine umweltfreundliche Trendwende im Verkehrsverhalten der Deutschen gegeben. Das kam bei einer Studie im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums heraus. Danach fuhren 17 Prozent mehr Bürgerinnen und Bürger mit dem Fahrrad und 14 Prozent mehr mit Bahn und Bus als in der Zeit vor 2002. Auch der Fußgängerverkehr nahm um sechs Prozent zu. Dagegen stagnierten die Zahlen beim Autoverkehr. Das Verkehrsministerium kündigte an, die Daten für die Investitionsplanung zu berücksichtigen.

Der Öffentliche Verkehr ist laut der Studie am beliebtesten bei Menschen unter 45 Jahren. Vor allem die 18- bis 24-Jährigen fahren nun häufiger mit Bus und Bahn (plus fünf Prozent) und nutzen seltener das Auto (minus zwölf Prozent).

Die Forscher bescheinigten dem Öffentlichen Verkehr ein enormes Wachstumspotenzial: 20 Prozent der Bevölkerung stünden Bus und Bahn als Neukunden aufgeschlossen gegenüber. Für die Allianz pro Schiene zeigt dies, „dass die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger von der bisherigen straßenfixierten Verkehrspolitik nicht befriedigt werden“. In der nächsten Legislaturperiode müsse ein „Masterplan Personenverkehr“ diskutiert werden, um den realen Investitionsbedarf für alle Verkehrsträger festzustellen. [mbu]

- ▶ Studie: www.mobilitaet-in-deutschland.de
- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

Tourismus**Wandern liegt im Trend**

■ Deutsche legen im Jahr mehr als fünfeinhalb Milliarden Kilometer wandernd zurück. Über die Hälfte bezeichnet sich zumindest als Gelegenheitswanderer. Das ergab die Zwischenbilanz der Grund-

lagenuntersuchung „Freizeit- und Urlaubsmarkt Wandern“. Die Erhebung wird vom Deutschen Wanderverband und dem Europäischen Tourismus-Institut durchgeführt und vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Die Endergebnisse sollen auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) im nächsten Frühjahr präsentiert werden. Die Bundesregierung unterstütze den Trend zu mehr Umweltbewusstsein bei Touristen durch die Förderung naturnaher und umweltfreundlicher Urlaubsformen, sagte ihr Tourismusbeauftragter Ernst Hinsken. [mbu]

- ▶ Deutscher Wanderverband, Ute Dicks, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 93873-0, Fax -10, E-Mail: info@wanderverband.de, www.wanderverband.de

WASSER & MEERE

Weltmeere I**Plastik vergiftet Ozeane**

■ Plastikabfälle zerfallen im Meer sehr viel schneller als bisher angenommen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Chemikers Katsuhiko Saïdo von der Nihon-Universität in Chiba bei Tokio. Durch das salzhaltige Wasser sowie durch Sonne, Regen und Wellenbewegung werden demnach Chemikalien rascher freigesetzt als gedacht. Ein Jahr genügt, um aus Plastik oder Styropor gefährliche Dioxine, krebserregende Styrenmonomere oder das erbgutschädigende Bisphenol A herauszulösen und diese Gifte in der Nahrungskette anzureichern.

Forscher der Scripps Institution of Oceanography im kalifornischen San Diego widmen sich derzeit den Auswirkungen des sogenannten Großen Pazifischen Müllstrudels auf Meereslebewesen und die Nahrungskette. Der jährlich wachsende Müllstrudel ist etwa so groß wie Frankreich. Teilchen unterschiedlicher Größe treiben dort unter der Wasseroberfläche. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/plastics-in-oceans
- ▶ www.sio.ucsd.edu/Expeditions/Seaplex

Weltmeere II**EU fördert Ozeanforschung**

■ Die EU-Kommission will die Ozeanforschung mit 34 Millionen Euro fördern. Untersucht werden sollen die Auswirkungen natürlicher und vom Menschen verursachter Faktoren auf das Meeresökosystem. Projektanträge können bis zum 14. Januar 2010 eingereicht werden. [bv]

► www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/1206)

Illegale Fischerei**Schwarze Liste für Piraten**

■ Im September haben sich 91 Staaten auf ein Abkommen gegen illegalen Fischfang geeinigt. Die Vereinbarung unter dem Dach der UN-Ernährungsorganisation FAO soll den Verkauf illegaler Fänge erschweren, indem betroffene Schiffe durch eine „Schwarze Liste“ aus den Häfen verbannt werden. Ausländische Fischerboote müssen vor dem Anlaufen von Häfen eine Genehmigung einholen und über ihre Ladung informieren. Laut FAO ist dies das erste weltweite Abkommen, das ausschließlich auf die Bekämpfung der Piratenfischerei abzielt. Bis das Abkommen in Kraft treten kann, muss es im Herbst vom FAO-Rat und von der FAO-Versammlung bestätigt und anschließend durch mindestens 25 Staaten ratifiziert werden. [bv]

► www.fao.org/news/story/en/item/29592

Europäische Meere**EU bestraft Verschmutzung**

■ Der EU-Ministerrat hat im September eine neue Richtlinie über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße angenommen. Im Mai hatte bereits das Europäische Parlament zugestimmt. Die Richtlinie novelliert die gleichnamige Richtlinie 2005/35/EG. Sie schreibt für schwerwiegende Fälle vor, maritimen Um-

weltsündern rechtlich bindende Strafen aufzuerlegen, egal ob sie vorsätzlich oder fahrlässig handelten. Dabei bleibt es den EU-Mitgliedstaaten überlassen, wie hoch die Strafen ausfallen. Sie sollen jedoch „abschreckend und effektiv“ sein. Innerhalb eines Jahres müssen die Staaten die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. [bv]

- www.kurzlink.de/schiffsverschmutzung
- www.kurzlink.de/pm-schiffsverschmutzt

Mittelmeer**Integrierte Meerespolitik**

■ Die EU-Kommission hat im September ihre Strategie für eine integrierte Meerespolitik im Mittelmeerraum vorgestellt. Sie soll einem länderübergreifend koordinierten „nachhaltigen Wachstum“ in der Region dienen. Dies soll durch die Umstellung der sektorspezifischen Maßnahmen auf eine umfassende Politik geschehen, die auch Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen meeresbezogenen Tätigkeiten berücksichtigt. [bv]

- www.ec.europa.eu/maritimeaffairs
- www.kurzlink.de/mittelmeermittelung

Artenschutz**Roter Thun vor der Rettung?**

■ Die EU-Kommission unterstützt den Vorschlag, den Roten Thun in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES aufzunehmen. Damit wäre der Handel mit der zu den Blauflossenthunfischen gehörenden Art verboten. Allerdings fiel die endgültige Entscheidung der EU erst Ende September (nach Redaktionsschluss). Im Vorfeld hatten 13 Naturschutzorganisationen, darunter der DNR, die deutsche Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) aufgefordert, im EU-Ministerrat für den Antrag zur CITES-Listung zu stimmen. [bv]

- Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: www.eu-koordination.de (EU-News)

Weltwasserwoche**Allianzen für Kopenhagen**

■ Über den Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Versorgung sowie über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gewässermanagement haben mehr als 2.000 ExpertInnen auf der Weltwasserwoche im August in Stockholm debattiert. Weitere Schwerpunkte waren die Auswirkungen des Klimawandels, die Rolle von Wasser bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – vor allem für die Nahrungsmittel- und Energieversorgung – sowie der sogenannte Wasserfußabdruck (siehe S. 26).

Die Naturschutzstiftungen Global Nature Fund (GNF) und WWF warben auf dem Forum für die UN-Wasserkonvention. Zu deren Inkrafttreten fehlen noch die Unterschriften von 17 Staaten. „Die EU muss hier mit gutem Beispiel vorangehen“, forderte Fritz Barth von der European Water Partnership, einer Initiative, in der staatliche und nichtstaatliche Organisationen mit Unternehmen zusammenarbeiten. Es sei inakzeptabel, dass innerhalb von zwölf Jahren nur sechs von 27 EU-Mitgliedstaaten die Konvention unterzeichnet hätten. Das Übereinkommen dient als Rahmen für die Bewirtschaftung grenzüberschreitender Süßwasservorkommen, wie Flüsse, Seen und Wasserreservoirs.

In der Abschlusserklärung der Weltwasserwoche richteten die Delegierten Forderungen an die UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen. Dazu gehören eine bessere Finanzausstattung für den Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Ressourcen inklusive Wasser. Die Einbeziehung von Wasser-, Land- und Waldmanagement sei ein Schlüssel zu effektiver Anpassung an den Klimawandel. Im Vorfeld von Kopenhagen sollen auf allen Ebenen institutionelle Kooperationen und Verhandlungen zwischen Wasser-, Entwicklungs- und KlimaexpertInnen verstärkt werden. [bv]

- www.worldwaterweek.org
- www.kurzlink.de/stockholm-statement
- GNF, Udo Gattenlöhner, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, www.globalnature.org

Havel**Start für Flussrenaturierung**

■ Im August hat mit dem Start des Gewässerrandstreifenprojekts Untere Havelniederung die größte Flussrenaturierung Europas begonnen. Gemeinsam mit dem Bund sowie den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt will der NABU als Projektträger bis zum Jahr 2021 ein rund 9.000 Hektar großes Kerngebiet an der Unteren Havel naturnah gestalten.

Nach der dreijährigen Planungsphase beginnt nun die Umsetzung der Maßnahmen. Dazu gehören der Wiederanschluss von 15 Altarmen, die Beseitigung von Uferbefestigungen, die Etablierung von Auenwäldern, die Aktivierung von Flutrinnen sowie die Rückgewinnung von Überflutungsgrünland durch den Rückbau von zwei Deichabschnitten. Für die Planung und die Umsetzung des Projektes sind rund 22 Millionen Euro veranschlagt, von denen das Bundesumweltministerium 75 Prozent übernimmt. Teilbereiche der Flächen an der Havel wurden der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe im August aus Bundesbesitz übertragen. [bv]

- NABU, Rocco Buchta, Projektleiter Untere Havelniederung, Tel. +49 (0)172 / 9193680, www.nabu.de/unterehavel

Rhein**Kembser Wasserstreit**

■ Die Schweizer Behörden entscheiden derzeit darüber, ob die Konzession des Wasserkraftwerks Kembs am französischen Rhein verlängert wird. Deutschland hat, geregelt durch den Versailler Vertrag, kein Mitspracherecht. Vor der Sitzung des Großen Rates, der über eine Neukonzession für das Rheinkraftwerk entscheidet, haben der WWF Region Basel und andere Schweizer Umweltorganisationen Verbesserungsvorschläge eingereicht. Sie wollen vor allem erreichen, dass die höhere Restwassermenge in den Altrhein abgegeben wird. Weiter fordern die Naturschutzverbände, dass die Fischwanderung ohne Grö-

ßen- und Artenselektion rheinauf- und vor allem auch rheinabwärts gesichert wird. Dabei geht es besonders um den Lachs. [bv]

- WWF Basel, Jost Müller, Tel. +41 (0)61 / 2720803, E-Mail: jost.mueller@wwf-bs.ch, www.wwf-bs.ch, www.kurzlink.de/wwf-basel-kembs

Elbe I**Hafenkonzept abgelehnt**

■ Der BUND hat das im August von Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgestellte Hafenkonzept Unterelbe scharf kritisiert. Es bleibe weit hinter den Erwartungen und notwendigen Weichenstellungen der beteiligten Landesregierungen zurück. Die bisherigen Ausbaupläne würden im Hafenkonzept lediglich fortgeschrieben, ohne den wirklichen Bedarf zu klären. Die Möglichkeiten, eine zukunftsfähige Lösung durch sinnvolle Arbeitsteilungen zu schaffen und vermeidbare Belastungen von Umwelt, Steuerzahler und nachfolgenden Generationen zu minimieren, wurden versäumt, kritisierte der BUND. [bv]

- BUND, Hafenexperte Walter Feldt, Hannover, Tel. +49 (0)176 / 80090618, E-Mail: walter.feldt@bund.net, www.bund.net

Elbe II**Mehr Platz für die Elbe**

■ Im August ist in der Lenzener Elbtalau bei Wittenberge (Brandenburg) der Altdeich an sechs Stellen geöffnet worden. Damit kann auf 420 Hektar wieder eine naturnahe Auenlandschaft entstehen, in der sich der Fluss bei Hochwasser ausbreiten kann. Das Bundesumweltministerium bezeichnete den Schritt als zukunftsweisend, da die Maßnahmen nicht nur Hochwasser abpuffern könnten, sondern auch Beispiele für eine gute Kooperation von Wasserwirtschaft und Naturschutz darstellten. Der BUND kritisierte, dass von 20 geplanten Maßnahmen an der Elbe bisher neben der

Rückdeichung bei Lenzen nur eine weitere bei Dessau-Roßlau realisiert worden sei und forderte mehr Engagement für den ökologischen Hochwasserschutz. [bv]

- BUND, Ernst-Paul Dörfler, Flussexperte, Tel. +49 (0)178 / 1617800, www.elbe-insel.de

Oberflächengewässer**Europa prüft einheitlich**

■ Im August ist eine neue EU-Richtlinie zur chemischen Analyse und zur Überwachung des Gewässerzustands in Kraft getreten. Die Richtlinie 2009/90/EG soll das Monitoring der Wasserqualität in Europa verbessern und der Europäischen Kommission bei der Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zum Wasserqualitätsziel für 2015 helfen. Die Richtlinie führt einheitliche Qualitätsregeln für die chemische Analyse und das Monitoring von Wasser, Sediment, Flora und Fauna durch die Mitgliedstaaten ein. Sie soll innerhalb von zwei Jahren von diesen umgesetzt werden. [bv]

- www.kurzlink.de/RL2009/90/EG

Wasserverbrauch**Deutscher Wasserfußabdruck**

■ Nach einer im August veröffentlichten WWF-Studie hat Deutschland mit fast 160 Milliarden Kubikmetern einen jährlichen „Wasserfußabdruck“ von mehr als dem dreifachen Volumen des Bodensees. Der Wasserfußabdruck enthält neben dem direkten Wasserverbrauch auch das in Lebensmitteln und Industriegütern steckende sogenannte virtuelle Wasser. Damit hat jeder Deutsche einen täglichen Wasserverbrauch von 5.288 Litern, obwohl der direkte Verbrauch von Privatpersonen in den vergangenen Jahren auf 124 Liter pro Tag zurückgegangen ist. Rund die Hälfte des deutschen Wasserbedarfs wird über Warenimporte gedeckt. [bv]

- www.kurzlink.de/wasserfussabdruck-d

**Anzeige:
oekom-Wettbewerb
(siehe www.oekom.de)**

Blogs, Foren und soziale Plattformen – den Dialog suchen

Umweltschutz ins Web 2.0 – Teil 4: Das Internet bietet neue technische Möglichkeiten der Kommunikation. Statt nur alle paar Wochen die eigene Webseite zu aktualisieren, können und sollten auch Umweltverbände den Onlinedialog mit ihrer Klientel suchen. Über Erfolg und Misserfolg entscheidet dabei nicht die Technik, sondern die Herangehensweise. Auf eine offene, interessierte Einstellung kommt es an.

■ Technisch gesehen ist das Internet den konventionellen Medien Radio, Fernsehen und Zeitung zweifellos überlegen. Während die alten Medien jeweils nur Text, Ton oder bewegte Bilder darstellen, können am Bildschirm verschiedene Darstellungsformen vereint werden und sind flexibel abrufbar. Doch in der Darstellungsform liegt nicht der wesentliche Unterschied zwischen den konventionellen Medien und dem Internet.

Die herkömmlichen Medien halten einen Monolog. BenutzerInnen werden informiert oder unterhalten, haben aber nur sehr begrenzte Möglichkeiten Stellung zu nehmen, zu kritisieren oder zu loben. Man kann einen Leserbrief schreiben und in einigen Sendungen anrufen, aber die Kommentare werden, sofern sie überhaupt berücksichtigt werden, von den Medienschaffenden gefiltert. Gleiches gilt für Aussender von Medienmitteilungen, beispielsweise Umweltverbände. Eine eigene Webseite bietet zwar die Möglichkeit diesen Filter zu umgehen, hält aber zunächst genau wie die bisherigen Medien einen Monolog.

Pressesprecher müssen auch zuhören können

Einen Dialog mit den Angesprochenen ermöglicht nun erstmals das Web 2.0.⁽¹⁾ Empfänger von Nachrichten können in Blogs (Internettagebüchern) Kommentare hinterlassen, in Onlineforen Themen diskutieren und auf verschiedenen sozialen Plattformen wie Facebook oder Twitter⁽²⁾ technisch auf gleicher Augenhöhe mitreden. Die Nachrichtenaussender bekommen durch diesen Dialog wertvolle Anregungen und Feedback zu ihren Forderungen und Argumenten. Die Empfänger der Nachrichten fühlen sich durch die Dialogmöglichkeit ernst genommen und im besten Fall sogar integriert in ein Projekt. Medien-

arbeit im Internet besteht nicht nur darin, die Zielgruppe zu erreichen, sondern auch, erreichbar zu sein. Der Pressesprecher ist auch Zuhörer und zur Presseschau gehört es nicht nur, Zeitungen durchzublättern, sondern auch, dem Dialog im Internet zu folgen.

Technisch gesehen gibt es für diesen Dialog verschiedene Möglichkeiten. Für ein bestimmtes Projekt oder eine Kampagne bietet sich statt einer statischen Webseite ein Blog an. Aktuelle Meldungen erscheinen auf der Hauptseite immer als Erstes und Interessierte können Kommentare hinterlassen oder Fragen stellen. Hintergründe lassen sich auf Unterseiten erklären. Ein gutes Beispiel für einen Kampagnenblog bietet blog.greenpeace.de. Hier schreiben gleich 24 Autorinnen und Autoren mehrere Artikel am Tag zu sieben Themenfeldern. Es kommt aber nicht primär auf die Anzahl der Autoren und Artikel an. Die Artikel im Greenpeace-Blog wirken authentisch, auch kritische Kommentare werden zugelassen und die Autoren gehen darauf ein.

Blogsoftware macht das Veröffentlichen im Internet einfach

Blogsoftware wie Wordpress oder Serendipity ist unter einer freien Lizenz veröffentlicht und kann kostenlos genutzt werden. Experten können das Layout stark an die eigenen Bedürfnisse anpassen. Artikel zu schreiben und zu veröffentlichen ist mit einem solchen Content Management System (CMS) sehr einfach.

Alternativ kann man auch eine vorinstallierte Blogsoftware verwenden. Der Webspace – der Internetspeicherplatz für die Inhalte – sowie die Software sind dann meist kostenlos, aber zum Teil blenden die Anbieter Werbung ein.

Man muss nicht darauf warten, dass die eigenen Blogbeiträge kommentiert wer-

den. Mithilfe spezieller Suchmaschinen wie Technorati oder der Google-Blogsuche kann man erfahren, was in anderen Blogs zu einem Thema oder über die eigene Organisation oder Kampagne geschrieben wird. Diese Suchmaschinen sortieren die Ergebnisse nicht wie üblich nach Relevanz, sondern chronologisch.

SocialBar und SocialCamp

Kommentare in Blogs sind nur eine Möglichkeit, den Dialog zwischen Umweltorganisationen und ihrer Zielgruppe durch das Internet zu vereinfachen. Zum zweiten Mal in Deutschland findet am 3. und 4. Oktober in Berlin das SocialCamp statt. Hier kommen „Weltverbesserer, Web-AktivistInnen, Social Entrepreneurs, NGOs, ehrenamtliche Helfer, Politiker und Unternehmen mit sozialer Verantwortung“ zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen oder sich zu gegenseitig zu informieren. NGO-Vertreter können sich in offenen Diskussionsgruppen über Entwicklungen im Internet austauschen und Strategien besprechen.

Neben dem SocialCamp gibt es in mittlerweile 17 Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz SocialBars. Diese regelmäßigen Treffen sind selbstorganisiert und dienen ebenfalls dem Austausch von Internetexperten mit politisch und sozial Aktiven.

[Florian Noto]

(Fortsetzung folgt.)

Anmerkungen

(1) siehe Teil 1, umwelt aktuell 06.2009, S. 28

(2) siehe Teil 2, umwelt aktuell 07.2009, S. 30

- Mehr zu Blogs: www.de.wikipedia.org/wiki/Blog
- Greenpeace-Blog: <http://blog.greenpeace.de>
- SocialBar, SocialCamp: www.socialbar.de
- DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de

DNR INTERN

Präsidiumssitzung**Vor einem Jahr der Jubiläen**

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings hat nach seiner Sitzung am 10. September in Berlin folgende Beschlüsse und Informationen veröffentlicht:

Der DNR unterzeichnet ein Positionspapier des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz und des Deutschen Rates für Landeskultur zu „Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Akzeptanz von Naturschutzfachstandards“.

Die DNR-Strukturkommission hat erste Ergebnisse vorgelegt, die jetzt zur Abstimmung auf der Mitgliederversammlung im November vorbereitet werden. Für die Weiterarbeit im kommenden Jahr wird ein Zeitplan aufgestellt.

Der Internetauftritt des DNR wird neu gestaltet. Ein zunächst nur für das Präsidium eingerichtetes Diskussionsportal wurde erfolgreich genutzt und soll nun mit einem Probelauf im Vorfeld der Mitgliederversammlung auch den Mitgliedsverbänden zugänglich gemacht werden.

Das Jahr 2010 bringt zahlreiche Jubiläen: 40 Jahre Nationalparkverwaltung, die Artenschutzkampagne „Countdown 2010“ und der 30. Deutsche Naturschutztag bieten Anlässe zu feiern. Der DNR begeht sein 60-jähriges Jubiläum voraussichtlich vom 7. bis 9. Mai im Haus der Wildnis im Nationalpark Bayerischer Wald. [hjh]

► DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Recht**Verbesserungen für Vereine**

■ Im Sommer hat der Bundestag deutliche Verbesserungen im Vereinsrecht

beschlossen. Das teilte der Wegweiser Bürgergesellschaft mit. Unter anderem gelten nun Haftungserleichterungen für Vereins- und Stiftungsvorstände, die unentgeltlich tätig sind oder für ihre Tätigkeit ein Honorar von maximal 500 Euro im Jahr erhalten. Außerdem wurden die noch fehlenden Voraussetzungen zur Zulassung elektronischer Anmeldungen zu den Vereinsregistern geschaffen.

Das Bundesjustizministerium hat seinen Leitfaden zum Vereinsrecht überarbeitet. Der 60-seitige Leitfaden beantwortet Fragen zur Gründung und Führung eines Vereins und informiert über die wesentlichen Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder und -organe. [mb]

► Details und Leitfaden zum Download: www.kurzlink.de/vereinsrecht-bmj

DNR-Impulskonferenzen**Vom Reden zum Tun**

■ Großes Interesse und Aufbruchstimmung haben die beiden Impulskongresse des Deutschen Naturschutzrings (DNR) am 28. August in Köln und am 11. September in München hervorgerufen. Unter dem Motto „Nachhaltigkeit trotz(t) Krise“ kamen insgesamt über 800 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus allen Bereichen der Nachhaltigkeit zu den beiden Veranstaltungen.

Der Naturwissenschaftler und Ökologievordenker Ernst Ulrich von Weizsäcker nannte in seinem Kölner Vortrag die Nachhaltigkeit den „nächsten technologischen Wachstumszyklus“. Vertreter des DNR stellten Thesen zu den Themen Biodiversität, Klimaschutz, Atomausstieg, Mobilität, Landnutzung und ökologischer New Deal vor. Die Thesen waren zuvor von ExpertInnen und Interessierten aus Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft im Internet diskutiert worden.

Bei der Folgeveranstaltung im Münchner Rathaus erhielt Hans-Peter Dürr, Professor für Physik und Träger des Alternativen Nobelpreises, für seine Thesen über den bevorstehenden Paradigmenwechsel

viel Zustimmung. „Dieses ist für mich das ‚Neue Land‘, für die unsere Gesellschaft den Mut braucht, die von Krisen durchgezogenen Denkstrukturen zu ändern“, sagte ein Teilnehmer. Nach den Kölner Erfahrungen wurde in München die Großgruppenmoderation „World Café“ vorgestellt und erfolgreich angewendet.

„Unser großes Anliegen war es, zu zeigen, dass nachhaltiges Handeln nicht nur ein Gebot der Stunde ist, sondern bereits in einigen Bereichen unserer Gesellschaft aktiv umgesetzt wird“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. „Es gilt nun, die Kräfte, die sich dafür einsetzen, so zu bündeln, dass eine gesellschaftliche und politische Willensbildung erfolgen kann.“ Zu diesem Zweck will der DNR ein Netzwerk aufbauen, das die einzelnen Themengruppen in Thinktanks zusammenbringt. „Wir wollen vom Reden zum Tun kommen“, sagte Röscheisen. [mb]

► Konferenzseite: www.verantwortungjetzt.de (Thesen + Feedback – München/Köln)

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn/Berlin, Tel. +49 (0)160 / 97209108

► Kongressorganisation: Forum Nachhaltig Wirtschaften, Fritz Lietsch, München, Tel. +49 (0)89 / 74661111, E-Mail: f.lietsch@eco-world.de

Aktionswoche**Jung und Alt engagiert**

■ Vom 2. bis 11. Oktober findet die bundesweite Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Die vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) koordinierten Veranstaltungen haben dieses Jahr das übergreifende Motto „Jung und Alt“. Mehrere Mitgliedsorganisationen des Deutschen Naturschutzrings, darunter NABU, Deutscher Wanderverband und Naturfreunde, beteiligen sich mit Umweltthemen. Auch andere Umweltverbände nutzen die Chance, ihre ehrenamtliche Arbeit in einem großen Rahmen öffentlich vorzustellen. [jg]

► BBE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-110, Fax -151, www.engagement-macht-stark.de

Welt am Wendepunkt

Finanz- und Wirtschaftskrise, Klima- und Rohstoffkrise: Die Krisen unserer Zeit sind allgegenwärtig. Michael Müller und Kai Niebert erkennen darin jedoch ein »window of opportunity« für die nachhaltige Gestaltung der Zukunft. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einer Effizienzrevolution und im Ausbau erneuerbarer Energien. Die Autoren liefern einen Gegenentwurf zum dominierenden Wirtschaftssystem und konkrete Handlungsanleitungen für den Alltag.

M. Müller, K. Niebert

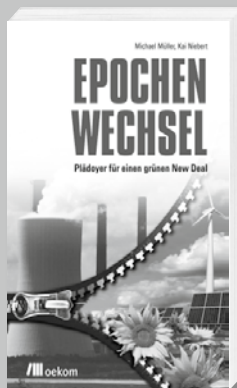
Epochenwechsel

Plädoyer für einen grünen New Deal

279 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-175-2



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Umweltpreis

Ehrung für Angelika Zahrnt

■ Die ehemalige BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt wird im Oktober für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement mit dem Deutschen Umweltpreis 2009 geehrt. Sie erhält die Auszeichnung auch für ihren außergewöhnlichen Einsatz in der Nachhaltigkeitsdebatte.

Den von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) verliehenen und mit 500.000 Euro höchstdotierten Umweltpreis Europas teilt sich Zahrnt mit den UnternehmerInnen Petra Bültmann-Steffin und Carsten Bühner, die eine Energiesparteknik für die Metallverarbeitung entwickelten, und dem dänischen Meeresforscher Bo Barker Jørgensen vom Max-Planck-Institut. Der Experte für marine Biogeochemie und mikrobielle Ökologie trug maßgeblich zum Verständnis der Zusammenhänge zwischen Klima und Mikroorganismen im Meer bei.

Zahrnt sei „eine Umweltschützerin, die sich als Frau in einer Männerdomäne durchgesetzt, die Umweltbewegung fortentwickelt und die Umwelt von einem Nischenthema zu einem politischen und gesellschaftlichen Kernthema gemacht hat“, sagte DBU-Generalsekretär Fritz Brickwedde. Den Preis überreicht Bundespräsident Horst Köhler am 25. Oktober in Augsburg. [jg]

► www.dbu.de/404.html

Jugendtierschutzpreis

Wilde Welpen erhalten Preis

■ Drei Jugendgruppen sind für ihr Engagement für den Tierschutz mit dem Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis ausgezeichnet worden. Die Tierschutzjugend Remscheid „Wilde Welpen“ wurde für ihre Aktion ausgezeichnet, die Wildtiere im Zirkus zum Thema hat. Die Bay-

erische Tierschutzjugend erhielt den Preis für die Konzeption und Herstellung der Wanderausstellung „Europa grenzenlos – Tierschutz skrupellos“. In der ebenfalls ausgezeichneten Tierschutz-AG der Anne-Frank-Schule Gütersloh treffen sich seit einem Jahr SchülerInnen, um durch verschiedene Projekte auf Tierleid aufmerksam zu machen.

Der mit insgesamt 2.500 Euro dotierte Preis trägt den Namen des engagierten Tierschützers Adolf Hempel, der durch sein Testament den Grundstock für die Akademie für Tierschutz in Neubiberg bei München legte. Die Tierschutzakademie, eine Einrichtung des Deutschen Tierschutzbundes, verlieh den Preis in diesem Jahr zum fünften Mal. [jg]

► Akademie für Tierschutz, Neubiberg,
Tel. +49 (0)89 / 600291-0, Fax -15,
www.tierschutzakademie.de/274.html

Generation 50 plus

Beweger gesucht

■ Für beispielhafte Initiativen, die vom freiwilligen Engagement Älterer getragen werden, hat die Körber-Stiftung Preise von insgesamt 120.000 Euro ausgelobt. Durch den demografischen Wandel nimmt der Anteil älterer Menschen in Deutschland immer mehr zu. Die auf dem nordamerikanischen Kontinent vorgelebte aktive Bürgergesellschaft als Vorbild vor Augen, will die Stiftung mit einem transatlantischen Ideenwettbewerb die Kompetenzen der Generation 50 plus hervorheben. Diese würden in der Stadtteilarbeit, in generationsübergreifenden Projekten oder bei der Selbstorganisation gebraucht.

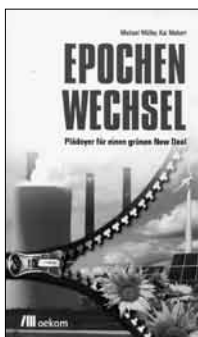
Bewerbungsfrist ist der 31. Oktober. Die EmpfängerInnen der projektgebundenen Einzelpreise in Höhe von je 20.000 Euro werden im Juni 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt. [jg]

► Transatlantischer Ideenwettbewerb USable, Körber-Stiftung, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 808192167, E-Mail: usable@koerber-stiftung.de, www.usable.de

REZENSIONEN

Alles Krise, oder was?

Mit ihrem Plädoyer für einen grünen New Deal setzen Michael Müller und Kai Niebert dem unheilvollen neoliberalen Experiment Sofortprogramme für einen Epochenwechsel entgegen. Ein Buch über Effizienzrevolutionen, Leitplankenkonzepte und Umwelttipps für den Alltag.



Die Krisen häufen sich. Die Klimakrise ist längst Realität und seit dem Zusammenbruch der großen Investmentbanken in den USA geht das Gespenst einer Weltfinanzkrise um. Doch damit nicht genug:

Steigende Öl-, Benzin- und Nahrungsmittelpreise zeigen an, dass wir uns auf direktem Weg in eine bedrohliche Rohstoffkrise befinden. Besonders tragisch ist, dass es genügend Warnungen vor den sich anbahnenden Entwicklungen gab, die jedoch wie so oft ungehört verhallten. Zwei Fragen sind nun naheliegend: Wie konnte es so weit kommen, und: Was kann und muss getan werden, um die Krisen zu überwinden?

Wer Antworten auf diese zentralen Fragen sucht, wird im Buch „Epochenwechsel“ fündig. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl hat Michael Müller, über die Parteigrenzen hinweg anerkannter Nachhaltigkeitsexperte und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, schonungslos Bilanz gezogen und einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Didaktischen Beistand hat er sich an der Universität Hannover geholt: Koautor Kai Niebert ist dort in der Naturwissenschaftsdidaktik tätig und entwickelt Strategien zur Vermittlung des Klimawandels.

Das Buch ist zweigeteilt: Zunächst wird das theoretische Fundament geliefert und ein detaillierter Blick zurückgeworfen auf das zyklische Auf und Ab in der Industriegeschichte oder auf die Amtszeit von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, als das unheilvolle neoliberale Experiment seinen Anfang nahm. Wortgewaltig werden der rücksichtslose Finanzkapitalismus

geißelt und die jüngsten Entwicklungen um seine momentane Krise dargelegt. Eine immense Fülle an Zahlen und Fakten sowie eine kurze Einführung in die Begriffswelt der Nachhaltigkeitsszene von Suffizienz über Faktor 10 bis hin zum ökologischen Rucksack lassen die LeserInnen gut gerüstet in den zweiten Teil des Buches gehen.

Dort wird die große Bühne der Weltpolitik verlassen, das viel beschworene Schlagwort des grünen New Deal greifbar. Die Hindernisse auf dem Weg zur sozialökologischen Erneuerung werden benannt, konkrete Wege aus der Klima-, Rohstoff- und Finanzkrise gewiesen. „Der Schlüssel zum Erfolg“, da sind sich die Autoren sicher, „liegt in einer Effizienzrevolution und im konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien.“ Und: Gerade Deutschland als der Klassenprimus in Sachen Zukunftstechnologien könnte Nutznießer dieser Entwicklung sein. Um diese Prophezeiung Realität werden zu lassen, wird der Politik und ihren Rahmenseetzungen, ganz im Sinne von John Maynard Keynes, eine tragende Rolle zugewiesen, denn „Mensch, Wirtschaft und Umwelt brauchen Leitplanken“. Das hierzu erforderliche Sofortprogramm bekommen die LeserInnen am Ende eines jeden Kapitels noch einmal kompakt zusammengefasst präsentiert. Darüber hinaus gibt es an dieser Stelle auch konkrete Tipps, die vom Stromsparen bis hin zur Ermittlung des persönlichen CO₂-Ausstoßes reichen.

Ein Buch also für die kleinen und großen Antworten auf die Probleme dieser Welt und eine konkrete Vision einer nachhaltigen Gesellschaft. Da sollte eigentlich für jeden und jede etwas dabei sein.

[Alexander Wilhelm]

► Müller, M.; Niebert, K.: Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal. oekom, München 2009, 279 S., 25 €, ISBN 978-3-86581-175-2

Klimasammelsurium

Der Klimawandel verändert unser Leben. Wie, zeigen Claus-Peter Hutter und Eva Goris in Grafiken, Interviews, Zukunftsszenarien, Fachinformationen und guten Beispielen.



Ist der Markt für ein bestimmtes Produkt gesättigt, macht es wenig Sinn, sich weiter zu engagieren. Diesem ehernen Gesetz zum Trotz legt der Droemer Verlag mit „Die Erde schlägt zu-

rück“ ein weiteres Buch zum Thema Klimawandel vor. Man kann sich vorstellen, wie hier Idee um Idee für das ultimative Klima-Buch zusammengetragen wurden. Alles sollte besonders sein: Format, Ausstattung, die Art der Themenvermittlung. Aber der Reihe nach:

In Sachen Ausstattung hat man sich für ein außergewöhnliches Format, eine Klappenbroschur und ein Umschlagpapier entschieden, welches schon beim Erstkontakt ein spezielles Gefühlserlebnis vermittelt. Das Cover ist peppig-bunt, Anhänger moderner Comics werden es lieben. Selbstverständlich ist auch im Innern Farbe Trumpf und in der Tat beeindruckend die anschaulichen und aktuellen Grafiken. Ob Gletscherrückgang, Klimaflüchtlinge oder Artensterben – alle Facetten des Themas werden eingängig und ansprechend visualisiert. Wer wissen möchte, wie die Zukunft aussieht, erhält zu Beginn eines jeden Kapitels einen mehrseitigen Vorgeschmack auf die Welt im Jahr 2035. Selbstverständlich folgen dann seriöse Fachinformationen, dafür sorgt das erfahrene Autorenduo Hutter und Goris. Bevorzugen Sie die Wissensvermittlung im Interviewstil? Bitte schön, alles da! Renommierete Umweltexperten von Andreas Troge bis Hans Joachim Schellnhuber stehen Rede und Antwort. Wer von der Vielfalt an Zugängen zum Thema noch nicht genug hat, findet ein Klima-Glossar, ein

Ihr Geld verändert die Welt

Die Weltwirtschaft ächzt unter den Folgen der Finanzkrise. Wem kann man jetzt noch vertrauen, wie soll man sein Geld zukunftssicher anlegen? Dieser Ratgeber gibt Tipps für den sicheren Umgang mit Geld nach ethischen und ökologischen Kriterien. Die Finanzberaterin Mechthild Uppgang führt in verschiedene Finanzmarktprodukte ein, erläutert Risiken und Renditechancen und vergleicht Anlageformen und Möglichkeiten der Altersvorsorge.

M. Uppgang

Gewinn mit Sinn

Wie Sie Ihr Geld sicher anlegen – mit gutem Gewissen
Der nachhaltige Finanzratgeber

279 Seiten, 18,90 EUR
ISBN 978-3-86581-174-5



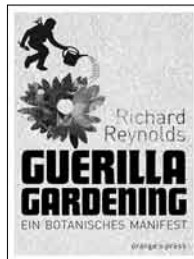
Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Klima-ABC, den Klima-Check und Best-Practice-Beispiele, die Mut machen. Ein Buch ganz nach dem Geschmack einer modernen Leserschaft, mit viel Information, eher zum Nachschlagen und für zwischendurch, kein Buch zum Schmökern. Hier gibt es – siehe oben – viele andere empfehlenswerte Bücher. [Christoph Hirsch]

- ▶ Hutter, C.-P.; Goris, E.: Die Erde schlägt zurück. Wie der Klimawandel unser Leben verändert. Droemer, München 2009, 256 S., 25,- €, ISBN 978-3-426-27503-0

Subversives Gärtnern



■ In Zeiten, in denen Überreste wilder Natur als Ackerrandstreifen oder Straßenbegleitgrün tituliert werden, ist es Zeit für etwas Subversives. Guerilla Gardening, das Buch des Londoner Aktivisten Richard Reynolds, gibt eine Gebrauchsanweisung für den heimlichen Gartenbau in vernachlässigten Ecken der Stadt. Ohne Genehmigung und dreifachen Durchschlag wird mit botanischen Mitteln ein Stück Land zurückerobert, ziviler Ungehorsam geleistet, politischer Protest ausgedrückt oder alles schlicht als Kunst angesehen. Reynolds, selbst urbaner Gartenguerillero, beschreibt die Karriere des Guerilla Gardening – definiert als „die unerlaubte Kultivierung von Land, das jemand anderem gehört“ – von den Anfängen im 17. Jahrhundert bis zur weltweiten Bewegung heute und gibt jede Menge Beispiele und Praxistipps. „Guerilla Gardening ist eine Schlacht um die Ressourcen, ein Kampf gegen Landmangel, gegen ökologischen Raubbau und verpasste Möglichkeiten. Und dann geht es nebenbei auch noch um Dinge wie Meinungsfreiheit oder das Zusammengehörigkeitsgefühl in deinem Viertel. Guerilla Gardening ist eine Schlacht, in der Blumen die Munition sind (meistens jedenfalls).“ Reynolds kommt aus der Werbebranche, was der Lesbarkeit

des Buches sehr zuträglich ist. Seine Webseite www.guerillagardening.org dient der Aktivistengemeinschaft als Anlaufstelle.

Ob man mit selbst gekneteten „Samenbomben“ im Vorbeifahren eine Verkehrsinsel botanisch verschönt oder in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit MitstreiterInnen eine Brachfläche zwischen Betonklötzen zum Gemüseacker umfunktioniert, um die Selbstversorgungsidee zu befördern – die Stoßrichtungen sind so vielfältig wie die immer größer werdende Fangemeinde der Pflanzpartisanen. Ziel ist die kreative Umgestaltung des Lebensraums Stadt und die Aneignung des öffentlichen Raums mit friedlichen Mitteln. Das ist übrigens auch gesund – wer mit den Worten „Gib mir die Hacke“ in die Hände spuckt und regelmäßig Land umgräbt, spart sich den Besuch im Fitness-Studio, so Reynolds. Wildes Gärtnern schont auch die Umwelt. Manche Aktivisten gar sind Vielflieger, die mit Baumpflanzaktionen ihren CO₂-Ausstoß kompensieren wollen.

Reynolds befindet sich mit seiner Bewegung in guter Gesellschaft. Die Umweltaktivistin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Vandana Shiva sagte im Mai gegenüber der Zeitschrift Spiegel: „Gärtnern kann die Welt retten. Wir sind an einem Punkt, an dem Gartenarbeit viel ändern kann – materiell, emotional und politisch. Jeder sollte gärtnern.“ Mit dem Buch Guerilla Gardening hat man ein humorvolles Handbuch, das genau darauf Lust macht.

[Juliane Grüning]

- ▶ Reynolds, R.: Guerilla Gardening. Ein botanisches Manifest. Orange Press, Freiburg 2009, 269 S., 18,60 €, ISBN 978-3-936086-44-7

Berichtigung



■ André Gorz' „Auswege aus dem Kapitalismus“ (umwelt aktuell 08/09, 2009, S. 40) hatten wir leider mit einem falschen Buchtitel versehen. Hier ist der richtige. [Red.]

Weißer Weste, grünes Outfit



■ Während das einheitliche EU-Biosiegel bei Lebensmitteln im Supermarktregal schon gang und gäbe ist, sucht die modebewusste Käuferin bei Bekleidung oft noch vergeblich nach einem Etikett, das

verbindliche Ökostandards garantiert. Oder sie weiß das Siegel nicht richtig einzuschätzen.

Mit ihrem Buch will Kirsten Brodde ihren Leserinnen und Lesern bei der Suche nach umweltfreundlich und sozial verantwortlich hergestellter Kleidung helfen. So empfiehlt sie den bisher noch nicht sehr weit verbreiteten Global Organic Textile Standard (GOTS), den sie für das wichtigste Siegel hält, das ökologische und soziale Kriterien verknüpft. Doch zunächst räumt sie mit einem Vorurteil auf: Ökologische Textilien zu tragen bedeutet, im Jutesack herumzulaufen. Der Ökotrend hat längst die Textilbranche erfasst und der modischen Fantasie sind nach den Erfahrungen der Autorin keine Grenzen gesetzt. So gibt es immer mehr Läden und Onlineshops, in den Frauen und Männer ihre Lieblingsstücke kaufen können. Im Serviceteil listet Brodde Hersteller auf, bei denen man mit gutem Gewissen fündig werden kann.

Im zweiten Teil des Buches beschreibt sie, wie es bei der konventionellen Textilproduktion zugeht: die sozialen Arbeitsbedingungen, den Einsatz von Chemie oder auch den Klimaeffekt von Kleidung. Wussten Sie, dass für ein T-Shirt aus herkömmlicher Baumwolle mehrere Tausend Liter Wasser und 150 Gramm Pestizide verbraucht werden? Biobaumwolle hingegen wächst auf Feldern ohne Gift und in Gebieten, wo es genügend regnet, sodass nicht künstlich bewässert werden muss, schreibt Brodde.

Hemd und Hose aus Ananasblättern, Schuhe aus Kokosnusssfasern: Wie die Autorin berichtet, sind das keine Spinnereien, sondern beispielsweise auf den

Philippinen schon Realität. Wer das zu exotisch findet, bekommt dennoch im Buch zahlreiche Tipps mit auf den Weg, um die umweltfreundliche Bestückung des Kühlschranks auf den Kleiderschrank auszuweiten.

[Marion Busch]

► Brodde, K.: Saubere Sachen. Wie man grüne Mode findet und sich vor Öko-Etikettenschwindel schützt. Ludwig, München 2009, 256 S., 16,95 €, ISBN 978-3-453-28003-8

Kleinstädte machen Nachhaltigkeit vor



■ Im Blickpunkt von Politik und Planung stehen gemeinhin die großen und supergroßen Städte. Paul L. Knox und Heike Mayer, die an der Universität Virginia Tech lehren, befassen

sich stattdessen mit dem Typus Kleinstadt – den sie bis maximal 50.000 Einwohner definieren – und den Bedingungen, Chancen und entstehenden Netzwerken für eine nachhaltige Entwicklung dort. Sie tun das nicht akademisch, sondern betrachten eine Vielzahl positiver Ansätze und Beispiele vor allem aus den USA und Europa.

Kleinstädte sind keine Finanzmetropolen und selten zentrale Hightechstandorte, sie müssen die Auswirkungen der globalen Wirtschaftsentwicklungen und Umweltveränderungen mittragen, ohne sie zu steuern, und sie sind das Zuhause eines großen Teils der Bevölkerung. Und sie haben Chancen. Die AutorInnen fassen sie in den drei Schlagworten Tradition, Zukunft und Bürgergesellschaft zusammen.

Tradition beschreibt das authentisch Eigene einer Stadt und Region, ob im Gebauten, der Kultur, dem Naturraum oder der Wirtschaft. Das Bewahren, Wiederentdecken und -entwickeln der eigenen Besonderheiten schafft und stärkt die regionale Identität. Die Konzentration auf regionale Wirtschaftskreisläufe macht

unabhängiger von den Weltläufen und schafft örtliche Arbeitsplätze.

Zukunft meint die inhaltliche Ausrichtung an innovativen, zukunftsfähigen Technologien und Strukturen, etwa erneuerbare Energien im regionalen Verbund statt Abhängigkeit von weit entfernten Großkraftwerken und dem Öl-Weltmarkt.

Bürgergesellschaft steht für die Grundlage dieser Entwicklung: die Menschen, die sich identifizieren mit ihrem Ort, sich einbringen, ernst genommen werden, in Netzwerken zusammenarbeiten und den Raum für ihr gemeinsames Wirken erhalten.

Diese drei Ebenen bedienen die AutorInnen, wenn sie die Eko-Kommunerbewegung in Schweden mit ihren Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung, das North American Eco-Municipality Network oder die europäische Cittaslow-Bewegung als positive Vorbilder vorstellen. Die Betrachtungen und Beispiele aus den Bereichen Stadtentwicklung, gebaute Umwelt und sozialer Raum, nachhaltige Wirtschaftsformen, Kreativität und Kultur sowie Geselligkeit und Gerechtigkeit sind dabei weniger eine Faktensammlung oder dröge Aneinanderreihung administrativer, planerischer Vorgänge. Vielmehr beschreiben sie Wesen und Wirkungen, die der Bespielung eines traditionellen Marktplatzes oder der Etablierung regionaler Wirtschaftskreisläufe innewohnen: Schreinereien, die mit Holz aus der Region produzieren, regionaltypische Restaurants, die Lebensmittel aus der Umgebung beziehen. So wird im Kontext der Erläuterungen historischer Entwicklungen nicht nur das Wie, sondern vor allem das Warum einer nachhaltigen Entwicklung deutlich.

Vielem davon kann man in dem Politikvorschlag „Demografischer Wandel“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung für das Bundesbauministerium wiederbegegnen – von dem sich das Ministerium übrigens schnell distanziert hat.

[Roland Quester]

► Knox, P. L.; Mayer, H.: Kleinstädte und Nachhaltigkeit. Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben. Birkhäuser, Basel 2009, 192 S., 34,90 €, ISBN 978-3-7643-8579-8

INTERNET

Energiesparen in Gebäuden

■ Architekturbüros, Behörden und EigenheimbesitzerInnen können sich auf einer neuen englischsprachigen

Internetplattform der EU-Kommission darüber informieren, wie sie den Energieverbrauch in Gebäuden senken können. Die Inhalte sind interaktiv nutzbar und können aktualisiert und erweitert werden. Es gibt Arbeitsgruppen zu Spezialthemen. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sind Thema. Ziel ist die Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz. Veranstaltungen und Nachrichten rund um Energieeffizienz sowie gute Beispiele aus der Praxis sollen helfen, das Energiesparziel der EU zu erreichen. [jg]

► www.buildup.eu

Verschenken statt Wegwerfen

■ Verschenken macht Spaß und schont die Umwelt. Die Internetseite „Alles und umsonst“ möchte etwas gegen die Konsum- und Wegwerfgesellschaft tun. Wer etwas Funktionstüchtiges übrig hat und kostenlos abgeben möchte, kann hier inserieren. Damit das Abholen einfacher ist, können die deutschen Bundesländer sowie die Schweiz und Österreich einzeln angeklickt werden. Die Inserate sind außerdem nach Kindersachen, Elektronik, Fortbewegung und anderen Rubriken sortiert. Die Seite enthält darüber hinaus Adressen von Umsonstläden und Termine von kostenlosen Veranstaltungen. [jg]

► www.alles-und-umsonst.de

Ärzte für Umweltschutz

■ Die Fachzeitschrift der Schweizer Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz kann abonniert, aber auch im Internet nachgelesen werden. Das „Ökoskop“ erscheint viermal jährlich mit Schwerpunktthemen wie Gentechnik, Abfall, Licht, Nanotechnologie oder umweltmedizinische Beratung.

Interessierte können hier eine ärztliche Sicht auf umwelt- und gesundheitsrelevante politische Vorhaben nachlesen. Das deutsche Pendant Umwelt – Medizin – Gesellschaft wird vom Ökologischen Ärztetbund herausgegeben, steht aber nur in Auszügen im Internet. [jg]

► www.aefu.ch/pages/5oekoskop.html

► www.umwelt-medizin-gesellschaft.de

Tierversuche öffentlich

■ Tierversuche laufen oft im Verborgenen ab, da die Öffentlichkeit möglichst wenig von dem erfahren soll, was in Laboren mit Tieren geschieht. Andererseits wollen ForscherInnen ihre Ergebnisse in der Fachwelt verbreiten und veröffentlichen ihre Erkenntnisse in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Die Artikel sind jedoch meist schwer zugänglich und in (oft englischer) Fachsprache verfasst. TierschützerInnen sehen es als ihre Pflicht an, Tierversuche publik zu machen. Sie haben auf einer Internetseite die Fachsprache übersetzt und Versuche steckbriefartig aufgelistet. Die Datenbank kann nach Tiernamen, Jahr der Veröffentlichung, Institutsnamen oder AutorInnen durchsucht werden. [ans]

► www.datenbank-tierversuche.de

Ampel für Lebensmittel

■ Die Verbraucherzentralen bewerten im Internet den Fett-, Zucker- und Salzgehalt bekannter Produkte. Damit VerbraucherInnen schnell und unkompliziert Zuckerbomben und Fettfallen erkennen können, wurden mehr als 300 Lebensmittel wie Süßwaren, Getränke, Fertiggerichte oder Kindernahrung aufgelistet und mit einer Ampel-Kennzeichnung versehen. Diese zeigt die wichtigsten Werte für Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker, Salz und die Kalorien pro hundert Gramm. Die Angaben erscheinen je nach Menge in den Signalfarben Rot, Gelb oder Grün. Auch über die Tücken des Systems klären die VerbraucherschützerInnen auf. [ans]

► www.verbraucherzentrale-ampelcheck.de

Gentechnik global beobachtet

■ Die Internetseite www.gmwatch.org ist nach eigener Aussage die weltweit umfassendste Datenbank über Auswirkungen von genmanipulierten Pflanzen. Die neu gestaltete Seite beinhaltet ein Archiv mit Nachrichten und Analysen aus nahezu einem Jahrzehnt sowie Materialien in mehreren Sprachen. Die britische Initiative GM Watch will grundlegende Mythen über Gentechpflanzen entlarven. Die Umweltschützer listen Firmenpropaganda ebenso auf wie Lobbyisten, die Genpflanzen weltweit anpreisen und ihren Nutzen aufbauen. Unter mehreren Newslettern ist auch ein Monatsrückblick auf Deutsch. [ans]

► www.gmwatch.org

Bankgeheimnisse gelüftet

■ Über zweifelhafte Finanzierungsprojekte europäischer Großbanken informiert das Netzwerk Banktrack. Umweltorganisationen aus mehreren EU-Staaten zeigen auf einer neuen Webseite in fünf Sprachen, wie Banken in Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind, indem sie den Bau von Großstaudämmen finanzieren oder Kredite an Bergbauunternehmen vergeben, die illegal Waldflächen roden und die Bevölkerung vertreiben. Auf der Seite kann auch gegen die Missstände protestiert werden, zum Beispiel mit einer E-Mail an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Josef Ackermann, in der dieser aufgefordert wird, verbindliche Umwelt- und Sozialstandards in seinem Haus einzuführen. [mb]

► www.banksecrets.org

► www.bank-geheimnisse.de

Wanderbares Deutschland

■ Der Deutsche Wanderverband hat seine Wanderwebseite überarbeitet. Hier finden WanderfreundInnen genaue Wegverläufe, detaillierte Höhenprofile, 1.300 Qualitätsgastgeber, Geocaches am Weg und weitere hilfreiche Funktionen. [jg]

► www.wanderbares-deutschland.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Andrews, E. S. u. a.: **Guidelines for Social Life Cycle Assessment of Products.** UNEP, Paris 2009, 104 S., ISBN 978-92-807-3021-0. Download (PDF, 2 MB): www.kurzlink.de/slca
- ▶ Autorenteam: **Zellen im Strahlenstress. Warum Mobilfunkstrahlung krank macht. Eckpunkte internationaler Mobilfunkforschung.** Selbstverlag, Stuttgart 2009, 52 S., 6,- €. Bezug: E-Mail: bestellung@der-mast-muss-weg.de
- ▶ Black, M.; King, J.: **Der Wasseratlas. Ein Weltatlas zur wichtigsten Ressource des Lebens.** EVA, Hamburg 2009, 126 S., 19,90 €, ISBN 978-3-434-50628-7
- ▶ Brand, U. (Hrsg.): **Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 230 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89691-768-3
- ▶ Brickwedde, F.; Bittner, A. (Hrsg.): **Kindheit und Jugend im Wandel! Umweltbildung im Wandel? 14. Internationale Sommerakademie St. Marienthal.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 498 S., 49,- €, ISBN 978-3-503-11628-7
- ▶ Chouinard, Y.: **Lass die Mitarbeiter surfen gehen! Die Erfolgsgeschichte eines eigenwilligen Unternehmers.** Redline, München 2009, 280 S., 24,90 €. ISBN 978-3-86881-051-6
- ▶ European Environment Agency: **Progress towards the European 2010 biodiversity target – indicator fact sheets. Technical report No 5/2009.** EEA, Kopenhagen 2009, 82 S., ISSN 1725-2237. Download: www.kurzlink.de/eea-biodiv-2010
- ▶ Gammel, S.; Lösch, A.; Nordmann, A. (Hrsg.): **Jenseits von Regulierung. Zum politischen Umgang mit der Nanotechnologie.** Akademische Verlagsgesellschaft, Heidelberg 2009, 208 S., 85,- €, ISBN 978-3-89838-088-1
- ▶ Gensicke, T. u. a.: **Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde.** VS, Wiesbaden 2009, 221 S., 29,90 €, ISBN 978-3-531-16791-6
- ▶ Grove, A.; Heidenreich, F.-P. (Hrsg.): **Wasser. Zukunftsfähige Nutzungen.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 39,80 €, ISBN 978-3-503-11637-9
- ▶ Habermann, F.: **Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag.** Ulrike Helmer, Sulzbach/Ts. 2009, 228 S. 19,90 €, ISBN 978-3-89741-284-2
- ▶ Haug, W. F.: **Kritik der Warenästhetik. Gefolgt von Warenästhetik im High-Tech-Kapitalismus.** Suhrkamp, Frankfurt/M. 2009, 350 S., 14,- €, ISBN 978-3-518-12553-3
- ▶ Heyer, A.: **Ökologie und Opposition. Die politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann.** Helle Panke, Berlin 2009, 48 S., 3,- €. Bezug: www.helle-panke.de
- ▶ Lange, J. (Hrsg.): **Health Check oder Hell's Check? Was bringt der „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik?** EAL, Rehburg-Loccum 2009, 252 S., 14,- €, ISBN 978-3-8172-0409-0
- ▶ Sauter, A.: **Transgenes Saatgut in Entwicklungsländern. Erfahrungen, Herausforderungen, Perspektiven.** TAB, Berlin 2009, 294 S., kostenlos. Bezug: www.kurzlink.de/tab-berichte. Download: www.kurzlink.de/tab-128
- ▶ Schoeneborn, S.: **Die Rolle verbraucherpolitischer Akteure bei konsumentenorientierter Kommunikation über Corporate Social Responsibility.** Metropolis, Marburg 2009, 38,- €, ISBN 978-3-89518-749-0
- ▶ Sieker, F. u. a.: **Konzept für bundeseinheitliche Anforderungen an die Regenwasserbewirtschaftung.** Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau 2009, 76 S., ISSN 1862-4804. Download: www.uba.de/uba-info-medien/dateien/3815
- ▶ Stern, N.: **Der Global Deal. Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen.** C.H. Beck, München 2009, 287 S., 19,90 €, ISBN 978-3-406-59176-1
- ▶ Straußberger, R; Uhde, N.: **Schwarzbuch Wald. Deutschlands Forstwirtschaft auf dem Holzweg.** BUND, Berlin 2009, 58 S., kostenlos. Download: www.bund.net/schwarzbuch-wald

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anne Schweitzer [ans], Zoé Thio [zt], Kerstin Wolter [kw]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der taz Genossenschaft bei.



TERMINE

OKTOBER

02.–03.10.,
Hamburg (D)

9. Umweltmedizinische Jahrestagung. Chronische Krankheiten in der Umweltmedizin

► IGUMED, M. Hollweck-Busacker, Fax +49 (0)40 / 30955626, E-Mail: mhollweck@fennerlabor.de, www.igumed.de

04.10., bundesweit (D)

Tag der Regionen

► Aktionsbündnis Tag der Regionen, Borgentreich, Tel. +49 (0)5643 / 948537, E-Mail: bund-nord@tag-der-regionen.de, www.tag-der-regionen.de

06.–08.10., Hamburg (D)

Tropentag 2009: Biophysical and Socio-economic Frame Conditions for the Sustainable Management of Natural Resources

► ASTAF, Eric Tielkes, Tel. +49 (0)5542 / 500753, E-Mail: info@tropentag.de, www.tropentag.de

08.10., Dresden (D)

Biodiversität praktisch. Gebietsheimisches Saat- und Pflanzgut im Einsatz. Tagung

► Deutscher Verband für Landschaftspflege, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 46533544, E-Mail: sekretariat@lpv.de, www.landschaftspflegeverband.de

08.–09.10., Hamburg (D)

Internationaler Business & Economic Summit

► Economic Forum Deutschland, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 963767-0, Fax -19, E-Mail: info@economic-forum-deutschland.de, www.economicforumdeutschland.de

08.–10.10., Ludwigsthal/Bayerischer Wald (D)

Nachhaltig wild. Rettung für Bärentraube & Co. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Martin Held, Tel. +49 (0)8158 / 251146, E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

09.10., Berlin (D)

Ökonomische Instrumente im Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit. Europäische Vorbilder und Perspektiven für Deutschland. Konferenz

► Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Damian Ludewig, Tel. +49 (0)30 / 510530-80, Fax -79, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

09.–10.10., Nürnberg (D)

Solidarische Stadtgesellschaft. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Jochen Wagner, Tel. +49 (0)8158 / 251146, E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

15.10., Hitzacker/Wendland (D)

3. Sozialforum in Deutschland. Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Tagung

► Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 242499-50, Fax -51, E-Mail: info@sozialforum2009.de, www.sozialforum2009.de

15.10., Berlin (D)

Herausforderung Wasser. Brauchen wir eine blaue Revolution? Tagung

► Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Kerstin Bergmann, Tel. +49 (0)30 / 28482327, E-Mail: mail@boelw.de, www.boelw.de/herbsttagung.html

15.–16.10., Schwedt/Oder (D)

Extensive Gestaltung von Weidelandschaften

► Brandenburgische Akademie, Tel. +49 (0)3332 / 838840, E-Mail: info@brandenburgische-akademie.de, www.brandenburgische-akademie.de

20.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Einführung in das Artenschutzrecht

► NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

22.–25.10., Kudowa Zdrój/Niederschlesien (PL)

4. Internationales Seminar für Bergtourismus

► Naturfreunde Internationale, Christian Baumgartner, Tel. +43 (0)1 / 892387711, E-Mail: christian.baumgartner@nfi-int.org, www.kurzlink.de/konf-bergtourismus09

24.10., Hannover (D)

Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konferenz

► Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen/Kritische Universität Hannover (KUH), Tel. +49 (0)511 / 27909 34, E-Mail: kontakt@rls-nds.de, www.rosalux.de/cms/?19570

25.10., Augsburg (D)

Verleihung des Deutschen Umweltpreises

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Nina Weichselfelder, Tel. +49 (0)541 / 9633916, E-Mail: n.weichselfelder@dbu.de, www.dbu.de/umweltpreis

26.–27.10., Köln (D)

3. Netzwerk21Kongress. Lokale Nachhaltigkeitsstrategien im Spannungsfeld der Praxis

► Grüne Liga, Gudrun Vinzing, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 44339165, E-Mail: gudrun.vinzing@grueneliga.de, www.netzwerk21kongress.de

29.–30.10., Osnabrück (D)

Fließgewässer im urbanen Raum. Tagung

► Netzwerk Fließgewässer im urbanen Raum (FluR), Britta Apelt, Tel. +49 (0)511 / 3028570, E-Mail: apelt@uan.de, www.uan.de, www.netzwerk-flur.de

30.–31.10., Göttingen (D)

Vom Klimawandel zum Hunger und zur Kriegsgefahr? Tagung

► Institut für Forschung und Bildung, Tel. +49 (0)551 / 50419330, E-Mail: ifb-goettingen@web.de, www.ifb-goettingen.de

NOVEMBER

02–06.11., Stralsund/Vorpommern (D)

Progress in Marine Conservation in Europe 2009.

Konferenz

► Bundesamt für Naturschutz, Henning von Nordheim, Tel. +49 (0)38301 / 8612-0, Fax -5, E-Mail: henning.von.nordheim@bfm-vilm.de, www.bfn.de/habitatmare (Conference)

02.–06.11., Internet

Klimaneutrale wissenschaftliche Klimakonferenz

► Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Franziska Mannke, Tel. +49 (0)40 / 42875-6324, Fax -6499, E-Mail: ftz-als@ls.haw-hamburg.de, www.klima2009.net

04.11., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Neue Entwicklungen im Naturschutzrecht

► NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

04.–05.11., Paris (F)

Global Forum on Eco-Innovation

► OECD, E-Mail: gfsd.eco-innovation@oecd.org, www.kurzlink.de/oecd-forum-eco-innov

05.11., Brüssel (B)

Nachhaltige Industriepolitik für Europa.

Jahrestagung

► Öko-Institut, Freiburg/Br., Tel. +49 (0)761 / 45295-0, E-Mail: event@oeko.de, www.oeko.de/jahrestagung

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Norddeutsche BNE-Konferenz

Partizipation lernen

Partizipative Bildungsansätze standen im Mittelpunkt der dritten NUN-Konferenz der norddeutschen Länder zur Unterstützung der UN-Dekade BNE in Schwerin. Biosphärenreservate gelten dafür als Testfall. Beschlossen wurde auch, bis 2014 in allen Ländern ein norddeutsches Zertifikat für die außerschulische Bildung einzuführen.

□ Die norddeutschen Länder vereint eine gemeinsame Geschichte, Kultur und der prägende Lebensraum Küste. Sie haben deshalb einen regelmäßigen Austausch aller Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vereinbart, um voneinander zu lernen und Synergien zu nutzen. Der Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014 – kurz NUN – gehören Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein an, Bremen nimmt als Gast teil. In einer länderübergreifenden Projektgruppe sind Akteure aus Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen vertreten. Alle zwei Jahre organisieren sie eine überregionale Konferenz. Die inzwischen dritte NUN-Konferenz fand Anfang September mit mehr als 220 Teilnehmern im Schweriner Schloss statt, hervorragend organisiert vom mecklenburg-vorpommerschen Umweltministerium.

Menschen an Bildungsprozessen beteiligen

Im Mittelpunkt stand die Diskussion darüber, wie weit die Partizipation in den einzelnen Bildungsbereichen vorangekommen ist. Es wurden gute Beispiele vorgestellt, Defizite benannt und neue Wege der Beteiligung an Bildungsprozessen herausgearbeitet. Lenelis Kruse-Graumann, Professorin an der Universität Heidelberg und Vizevorsitzende des Nationalkomitees der UN-Dekade BNE, sagte in ihrem einleitenden Vortrag, es genüge nicht, Wissen über Nachhaltigkeit zu vermitteln oder die Aneignung von Kompetenzen unabhängig von Inhalten zu fördern. Entscheidend sei vielmehr, Handlungserfahrungen in wichtigen Nachhaltigkeitsfeldern zu ermöglichen und die Menschen aufzufordern, tatsächlich etwas zu tun. Ähnlich

argumentierte Herbert Asselmeyer von der Universität Hildesheim, der Partizipation als Teil des innovativen Lernens und in gewissem Grad als unerlässlich für ein autonomes Handeln ansieht.

Länderübergreifender Bildungsaustausch

Die in Deutschland wohl einzigartige länderübergreifende Zusammenarbeit in der NUN ermöglicht einen intensiven Erfahrungsaustausch in allen Bildungsbereichen. Die Akteure der frühkindlichen Bildung diskutierten verschiedene Materialkisten, mit denen BNE in Kindertagesstätten besser umgesetzt werden kann. In der AG Schule fand das Thema Energie und Klima großes Interesse – hier wurde ein Leitfaden entwickelt, um Potenziale zu erkennen und durch partizipative Methoden besser nutzen zu können. Die Teilnehmenden aus der Beruflichen Bildung befassten sich mit Energie- und Ressourceneffizienz. Wie man vom Süden lernen kann und welche Rolle Partizipation bei Nord-Süd-Kooperationen spielt, stand auf dem Programm der AG Internationale Weiterbildung.

Vertreter norddeutscher Unesco-Biosphärenreservate schlossen sich zu einer neuen NUN-Arbeitsgruppe zusammen und diskutierten informelle Lernprozesse anhand einer Klimaschutzenerhebung für alle Landnutzungsformen. In Deutschland gibt es rund 30 solcher Modellregionen für nachhaltige Entwicklung. Welche Bedeutung BNE bei der Ansprache breiter Bevölkerungsgruppen haben kann, zeigte Klaus Jarmatz, Amtsleiter des Biosphärenreservates Schaalsee in Mecklenburg.

Schweriner Erklärung

In der außerschulischen Bildung läuft schon seit Jahren ein Zertifizierungsprozess in Schleswig-Holstein. Auf Grundlage der

dortigen Erfahrungen arbeiteten Vertreter aus Behörden und Nichtregierungsorganisationen einen neuen Kriterienkatalog aus. In einer auf der Konferenz vorgelegten „Schweriner Erklärung“, die von einer großen Mehrheit in der AG Weiterbildung unterstützt wurde, heißt es:

„Die existierenden Instrumente zur Qualitätssicherung und -entwicklung, wie z. B. EFQM oder EMAS, sind überwiegend zu aufwändig, zu teuer oder nicht auf die speziellen Bedarfe von Anbietern außerschulischer BNE in Norddeutschland ausgerichtet. Der in allen NUN-Ländern geplante Qualitätsentwicklungsprozess bietet allen Einrichtungen und Anbietern die Möglichkeit, ein NUN-Zertifikat zu erhalten. Durch die dazugehörige NUN-Dachmarke soll eine hohe Akzeptanz und größere öffentliche Wahrnehmung erreicht werden und daraus den Bildungsanbietern ein Marketingvorteil erwachsen.“

Alle norddeutschen Behörden und Bildungseinrichtungen wurden aufgefordert, bis zur 4. NUN-Konferenz 2011 den vorgelegten Kriterienkatalog zu diskutieren und Wege der Umsetzung zu beschreiben. Bis zum Ende der UN-Dekade 2014 sollen abgestimmte Qualitätsstandards für die außerschulische BNE in allen NUN-Ländern gelten, spezielle Weiterbildungsangebote aufgebaut und eine Marketingoffensive für die NUN-Dachmarke etabliert sein.

Nächste Konferenz 2011 in Hannover

Am Ende der Konferenz übergab der mecklenburg-vorpommersche Umweltschaatssekretär Karl Otto Kreer symbolisch den Staffstab für die nächste Konferenz in zwei Jahren an seinen Kollegen Bernd Althusmann aus dem niedersächsischen Kultusministerium. Beide zeigten sich beeindruckt von der geleisteten Arbeit und versprachen, das außerschulische NUN-Zertifikat voranzubringen. [Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Dirk Niewöhner, Schwerin, Tel. +49 / (0)385 / 588-6205, E-Mail: d.niewoehner@lu.mv-regierung.de, www.nun-dekade.de
- ▷ Schweriner Erklärung und Kriterienkatalog: www.nun-dekade.de/fileadmin/nun-dekade/dokumente/materialien

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundesverband: Neuer Veranstaltungskalender im Internet

□ Der Veranstaltungskalender des ANU Bundesverbandes im Internet wurde völlig neu gestaltet. Bequem lässt sich nach Zielgruppe, Veranstaltungsart und Ort unterscheiden – sortiert nach Postleitzahlen oder Bundesland. Einzelne Themen aus den Bereichen Umwelt- und Naturschutz sowie Globales Lernen können abgefragt werden. Derzeit sind mehr als 300 terminierte Veranstaltungen und über 800 Veranstaltungen abrufbar. Hinzu kommt eine Liste mit Lernorten, die kontinuierlich erweitert werden soll. Alle Anbieter können eigene Veranstaltungen und einen Steckbrief ihrer Einrichtung einstellen. Die Einträge werden auch an ausgewählte Newsgroups und Boards weitergegeben.

- ▷ www.umweltbildung.de/veranstaltungen.html
- ▷ E-Mail: netzwerk@anu.de

ANU Brandenburg: Förderung außerschulischer BNE-Einrichtungen

□ Außerschulische Umweltbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft in Brandenburg können beim Land Mittel aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung beantragen. Für die Jahre 2009 bis 2011 steht insgesamt eine Million Euro zur Verfügung. Gefördert werden mit bis zu 85 Prozent Maßnahmen zur Verbesserung von Infrastruktur und Ausstattung der Einrichtung im Sinne einer BNE. Fördergrundsätze und Antragsformular können im Internet abgerufen werden.

- ▷ www.anu-brandenburg.de

ANU Nordrhein-Westfalen: Dokumentation zur Umweltbildungswerkstatt 2009

□ Ganz praktisch ging es auf der Bildungswerkstatt „Biodiversität und Klimawandel – Neue Materialien für die BNE“ der ANU NRW im März zu. Mehr als 50 Fachleute nahmen daran teil. Mitveranstalter war die Umweltakademie NRW. Ergebnisse und

Leserbrief: Deutsche Hochschulen tun mehr für Nachhaltigkeit

Betrifft: „Nachhaltigkeit in Hochschulen: Verschläft Deutschland den Trend?“ von Maik Adomßent, ökopädNEWS 203, August/September 2009

Dr. Maik Adomßent von der Leuphana Universität Lüneburg stellt die Frage „Verschläft Deutschland den Trend?“ hinsichtlich der Nachhaltigkeit an Hochschulen. Auch wenn es Gründe dafür gibt, die Frage mit Ja zu beantworten, so gibt es doch mehr Aktivitäten an deutschen Hochschulen als die in diesem Beitrag aufgeführten. Der Artikel vermittelt den Anschein, die Hochschulen in Deutschland generell zu behandeln, ist aber in seiner Darstellung im Wesentlichen auf norddeutsche Hochschulen beschränkt und damit sehr selektiv. Wir möchten aus der Perspektive unseres Arbeitsalltags an der Universität Kassel aufzeigen, dass es an deutschen Hochschulen viele nennenswerte Aktivitäten zur Nachhaltigkeit gibt.

Die Universität Kassel hat bereits 1993 die Copernicus-Charta unterzeichnet, eine Stelle für Umweltkoordination eingerichtet, ein Graduiertenzentrum für Umweltforschung und Lehre aufgebaut sowie mehrere ausgewiesene Masterstudiengänge akkreditiert, von denen die Studiengänge Nachhaltiges Wirtschaften, Ökologische Agrarwissenschaften sowie Regenerative Energien und Energieeffizienz hier nur exemplarisch für viele andere genannt seien. An der Universität Kassel wurden drei Initiativen von der Unesco im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Auch in der Forschung ist Nachhaltigkeit ein zentrales Thema, wie das neu gegründete Kompetenzzentrum für Klimaschutz und Klimaanpassung (CliMA) zeigt. Die Universität Kassel nutzt ihr Umweltprofil jedoch nicht nur hochschulintern. So wurden bereits

2004 mit dem Umweltforschungszentrum Leipzig und 2006 mit dem Wuppertal Institut Kooperationsverträge abgeschlossen. Der SolarCampus und eine Auswahl von Bioprodukten in der Mensa sind Beispiele für erste etablierte Projekte im Arbeitsalltag der Universität.

Dies sind nur Beispiele für einige Aktivitäten in Kassel. Andere Hochschulen wie der Umwelt-Campus Birkenfeld an der Fachhochschule Trier, die Albert-Ludwigs-Universität, die sich als Solar-Uni in Freiburg begreift, die Universität Paderborn, die bereits seit 2000 ein registriertes Umweltmanagementsystem hat, und die Freie Universität Berlin, die einen Online-Leitfaden über Forschung und Lehre zu Nachhaltigkeit aufgebaut hat, sind lediglich der Anfang einer langen Liste von Initiativen an deutschen Hochschulen. Einen guten Überblick über das Thema gibt Uwe Schneidewind in seinem 2009 veröffentlichten Buch „Nachhaltige Wissenschaft“.

Zweifelsohne gehört die Universität Lüneburg zu den Pionieren in Sachen Nachhaltigkeit an deutschen Hochschulen, allerdings ist sie hier mit ihren norddeutschen Nachbarhochschulen zum Glück nicht allein auf weiter Flur.

Melanie Becker, Nadine Chrubasik, Heike Köckler

Kontakt: Dr. Heike Köckler, Center for Environmental Systems Research, Universität Kassel, Tel. +49 (0)561 / 8043910, E-Mail: koeckler@usf.uni-kassel.de, www.usf.uni-kassel.de

pädagogische Materialien beinhaltet die neue ANU-Broschüre „Wert der Vielfalt – Biodiversität und Klimawandel“. Eine Fotodokumentation sowie Vorträge über „Naturschutz mit und für MigrantInnen“ und „Die Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt‘: Anspruch und Potenziale für eine politischere Umweltbildung“ stehen im Internet.

- ▷ www.umweltbildung-nrw.de

ANU Bayern: Karte der Netzwerke

□ Die ANU Bayern und ihre Mitglieder und Partner haben eine Karte der kommunalen, regionalen und überregionalen Netzwerke der Umweltbildung/BNE erstellt. Sie zeigt einen großen Vernetzungsgrad in Bayern. Weitere Einträge sind erwünscht. Eine Druckfassung ist in Arbeit.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/vernetzung.html
- ▷ E-Mail: netzwerke@umweltbildung-bayern.de

ANU Hamburg: Entdeckerwochen im Wald

□ Als Folgeprojekt zur Biodiversitätsaktion vom letzten Jahr hat die ANU Hamburg gemeinsam mit den Revierförstereien ein attraktives Programm zum Walderleben für Familien und Kinder entwickelt. Unter dem Motto „Hamburg ist Vielfalt“ werden vom 28. September bis 18. Oktober 24 Veranstaltungen angeboten – von nachhaltiger Forstwirtschaft bis zum Tischleindeck-dich-Essen aus der Naturquelle Wald. Ein großes Farbposter sowie ein Programm für die Hosentasche laden ein.

▷ www.anu-hamburg.de

Otterzentrum Hankensbüttel: Naturerleben auf der Brücke

□ Etwas Vergleichbares gibt es bislang nicht: Die neue Naturerlebnisbrücke beim Otterzentrum Hankensbüttel bietet auf über 100 Meter Länge Wackelzonen, einen „Fußstapfad“, Wasserpumpen, ein überdimensionales Storchennest mit Fernrohr, interaktive Informationstafeln sowie Sicht-, Ruhe- und Aktivitätszonen. Seit Ende Juni ist so eine Umrundung des Isenahagener Sees möglich. Beim Bau wurden langlebige heimische Hölzer verwendet und auf eine chemische Behandlung verzichtet. Die Benutzung der Brücke ist kostenlos und unabhängig von einem Besuch des Zentrums. Brücke und Ufergestaltung kosteten insgesamt rund 370.000 Euro.

▷ www.otterzentrum.de

**SCHWERPUNKT: BILDUNG FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**
BNE-Defizite in Bundesministerien

□ Im Jahr 2000 forderte der Bundestag einstimmig die Bundesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur BNE vorzulegen. In ihrem aktuellen, 150 Seiten langen Bericht zieht die Regierung Bilanz über die letzten vier Jahre. Nachhaltige Entwicklung sei das Leitprinzip ihrer Politik und müsse in allen Bildungsbereichen verankert werden. In ihrem Sach-

standsbericht führt die Bundesregierung allerdings nur Elementarpädagogik, Schule, Hochschule und berufliche Aus- und Weiterbildung auf – außerschulische Bildung und informelles Lernen scheinen unbekannt. Erwähnt werden die UN-Dekade BNE als wichtiger Bezugspunkt sowie die Leistungen der gesellschaftlichen Akteure und der Länder. Interessant ist die Verankerung von BNE in den einzelnen Ressorts. Umfangreiche und sachkundige Beiträge können Bildungs-, Umwelt- und Entwicklungsministerium aufweisen. Defizitär sind die Darstellungen „BNE-ferner“ Ministerien. Das Verteidigungsministerium weist auf die Bedeutung des Umweltschutzes in der Ausbildung von Offizieren hin und merkt an, dass „nachhaltiges Handeln“ mehr als nur theoretisches Wissen bedeute. Das Bundeswirtschaftsministerium dagegen prüft erst noch, ob „die Nachhaltigkeit“ in der Neuordnung der Berufsbilder hinreichend berücksichtigt ist. Besonders enttäuschend ist der Beitrag des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Auf immerhin vier Seiten wird umfangreich dargestellt, wie durch Medienangebote das Leben von Kindern und Jugendlichen „nachhaltig bereichert“ werden kann.

▷ www.bmbf.de/pub/bericht_fuer_nachhaltige_entwicklung_2009.pdf

Rheinland-Pfalz: Behörden legen Aktionsplan BNE vor

□ Das Land Rheinland-Pfalz hat im März einen Aktionsplan zur BNE vorgelegt, der auch über die Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit im Land berichtet. Im Mittelpunkt steht die Umsetzung von BNE in der Schule, ergänzt durch außerschulische Lernorte und Partner. Weitere Bildungsbereiche werden nicht berücksichtigt. Daneben gibt es ein „Handbuch Umweltbildung“, das mehr als 100 Einrichtungen mit Steckbrief, Arbeitsschwerpunkten und Projekten auflistet. Beide Materialien können über das Internet bezogen werden.

▷ www.mufv.rlp.de/fileadmin/img/inhalte/nachhaltigkeit/Aktionsplan_UN_Dekade.pdf
▷ Handbuch: www.umdenken.de/?id=646

Thüringen: Verbände legen Aktionsplan BNE vor

□ Einen anderen Weg als Rheinland-Pfalz (siehe vorhergehende Meldung) hat Thüringen gewählt. Dort wurden Nichtregierungsorganisationen beauftragt, einen Aktionsplan BNE zu erstellen. Im Juni übergab Christine Fiedler vom Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen (akuTh) den neuen Aktionsplan 2009/2010 zur UN-Dekade an die Landesregierung. Die Broschüre stellt die Arbeit des Rundes Tisches, der Behörden und Kommunen vor, listet die von der Deutschen Unesco-Kommission ausgezeichneten Projekte auf und stellt im Hauptteil die Arbeit der vier Thüringer Regionen dar.

▷ Download: www.dekade-thueringen.de

Saarländischer Aktionsplan: Traditionelle Umweltbildung weiterentwickelt

□ Die UN-Dekade gab den „entscheidenden Anstoß, unsere traditionelle Umweltbildung thematisch und methodisch weiterzuentwickeln“, meint Umweltminister Stefan Mörsdorf im Vorwort zum saarländischen Aktionsplan BNE. Seit 2005 gibt es ein saarländisches Netzwerk, in dem Behörden und Nichtregierungsorganisationen zusammenwirken – allerdings ohne die entwicklungspolitische Bildung. Der Aktionsplan orientiert sich an Arbeitsfeldern wie Klimaschutz, Wald oder Abfall. Daneben geht er auf Zielgruppen ein und stellt einzelne Angebote vor. Didaktisch orientiert sich der Plan am Konzept der Gestaltungskompetenzen und einer „Lebenslangen Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

▷ Download: www.saarland.de/52238.htm

Jugendliche wollen mehr BNE im Unterricht

□ Sieben von zehn Jugendlichen fühlen sich durch die Schule nicht genug auf die Anforderungen einer globalisierten Welt vorbereitet. Sie wollen eine Bildung, die es ihnen ermöglicht, die Welt zukunftsfähiger zu gestalten. Globale Probleme wie Klimawandel, Hunger und Armutsbekämpfung

sollen stärker in Schule und Ausbildung behandelt werden. Das ergab eine repräsentative Studie der Bertelsmann-Stiftung unter Jugendlichen in Deutschland und Österreich. Die 14- bis 18-Jährigen zeigen demnach ein ausgeprägtes Bewusstsein für Fragen der globalen Zukunft. Eine Mehrheit kritisiert aber, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu wenig taten. Jeder zweite deutsche Jugendliche sieht jeden Einzelnen in der Pflicht, etwas zu ändern, um die weltweiten Probleme in den Griff zu bekommen.

▷ www.bertelsmann-stiftung.de

Wissen macht pessimistisch

□ Je weniger junge Menschen wissen, umso optimistischer sind sie, dass sich in den kommenden Jahren die Umweltsituation verbessern wird. Dies ergab die OECD-Studie „Green at Fifteen?“, die sich auf Daten aus der PISA-Erhebung 2006 stützt, welche die Naturwissenschaften zum Schwerpunkt hatte. Rund 90 Prozent der befragten SchülerInnen halten demnach Themen wie Luftverschmutzung, Artensterben oder Atommüll für wichtig. Doch rund 40 Prozent der 15-Jährigen konnten keine Quelle für sauren Regen nennen, wie etwa Fabrikemissionen oder Autoabgase. Den höchsten Schwierigkeitsgrad meisterten die SchülerInnen in Deutschland. Dabei gaben 90 Prozent die Schule als wichtigste Informationsquelle an, gefolgt von Medien, Internet, Büchern und der eigenen Familie. Deutsche Jugendliche sind aber auch deutlich pessimistischer als der OECD-Durchschnitt, vor allem in Bezug auf Energieversorgung, Artensterben und Abholzung.

▷ www.oecd.org/de/greenatfifteen

Orientierungsrahmen BNE in der Schule

□ Das Programm Transfer-21 hatte die Aufgabe, in den Jahren 2004 bis 2008 BNE in die Schule zu transportieren. Als Ergebnis wurde nun ein „Orientierungsrahmen BNE in der Schule“ veröffentlicht. Er besteht aus vier Broschüren, die unter An-

derem den aktuellen Stand der Diskussion zur Förderung von Gestaltungskompetenz und neu entwickelter Teilkompetenzen vorstellen. Weitere Themen sind die Anwendung der Gestaltungskompetenz durch BNE-Lernangebote, die Schulqualität von „BNE-Schulen“ mit ihren Qualitätsfeldern, Leitsätzen und Kriterien sowie Bausteine und Beispiele zur Schulprogrammarbeit.

▷ www.transfer-21.de

▷ Bezug: www.argus-werbeagentur.de/shop

Handeln für die Zukunft

□ In der Schweiz soll BNE in das Schulsystem integriert werden. Das hat die ErziehungsdirektorInnenkonferenz (EDK) beschlossen. Das Tätigkeitsprogramm bis 2014 führt Maßnahmen für Lehrpläne, Lehrerbildung und Qualitätsentwicklung von Schulen auf. Die Schule soll verstärkt zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Eine kostenlose Broschüre „Handeln für die Zukunft“ zeigt am Beispiel mehrerer Projekte, wie die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit mit Leben erfüllt werden können.

▷ Download: www.globaleducation.ch

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

06.10., München (D)

Landart und Kunst. Farb- und Formkompositionen. Seminar

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

06.10., Recklinghausen (D)

Sportplatz Wald. 14. Waldpädagogisches Forum

▷ www.nua.nrw.de

09.10., Wien (A)

Anspruch.Bildung.Widerspruch. Konferenz

▷ www.umweltbildung.at

12.10., München (D)

Planung, Bau und Nutzung von naturnahen

Spielräumen. Fachtagung

▷ www.anl.bayern.de

15.–16.10., Laufen/Oberbayern (D)

Humor im Naturschutz – auf der Roten Liste?

Workshop

▷ www.anl.bayern.de

22.10., Stuttgart (D)

Projekte leiten – zielführend und konfliktfrei

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

23.–24.10., Pullach bei München (D)

Zukunftspotenziale und Netzwerke der Umweltbildung. Tagung mit Festveranstaltung **10 Jahre Weiterbildung Umweltbildung/BNE**

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

24.10., weltweit

Internationaler Klimaaktionstag

▷ www.350.org

26.–27.10., Köln (D)

3. Netzwerk21Kongress. Lokale Nachhaltigkeitsstrategien im Spannungsfeld der Praxis

▷ www.netzwerk21kongress.de

27.10, Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Naturnahe Planung von Freiräumen für Schulen und Kindertagesstätten

▷ www.nna.de

29.–30.10., Benediktbeuern/Oberbayern (D)

Kluge Köpfe für große Aufgaben. Herausforderungen im Umweltschutz meistern. Symposium

▷ www.dbu.de/klugekoepfe

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de